

CHRISTIN
CHRIST UND
CuS
SOZIALISTIN
SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
6,- DM

53. Jahrgang
August 2000

2/2000

Hans Küng
Verirrungen des Vatikans

Udo Fleige
**Krieg auf Erden,
den Menschen ein Wohlgefallen**

Elisabeth Bohlken-Zumpe
Religiös-sozialistischer Rigorismus

Klaus Dräger, Annelie Buntenbach
**Die rot-grüne »Neue Mitte«
im Crash-Test**

und weitere Beiträge

Impressum

Christin und Sozialistin /
Christ und Sozialist (CuS)Herausgeber
Vorstand des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten (BRSD) e.V.:Dr. Martina Ludwig,
Maik Eisfeld,
Robert WallbornRedaktion
Darius Dunker, Aachen (v.i.s.d.P.)
Maik Eisfeld, Schlotheim/Thür.
Udo Fleige, Tübingen
Jürgen Gorenflo, Hamburg
Dörte Münch, Oberhausen
Matthias Nauwerth, Ellerbek
Christa Peter, Berlin
Oliver Wildner, HamburgAbonnements und Retours
BRSD c/o Martina Ludwig,
Hohensteiner Straße 12
09117 Chemnitz
Fon/Fax: 0371/85 77 366Kündigungen werden zum
Jahresende wirksam.Erscheinungsweise
vierteljährlichBezugspreis
jährlich DM 30 / € 15 (Ausland
DM 35 / € 17,50) inkl. Porto.Betrag bitte zu Jahresbeginn
überweisen an den BRSD e.V., Konto
189 389-464, Postbank Dortmund
(BLZ 440 100 46).Quittungen werden auf Wunsch
zugesandt. Förderabo DM 40 oder
mehr. Beträge über DM 30 sind als
Spende steuerlich absetzbar.CuS im Internet
www.brsd.deLayout
Darius Dunker, AachenDruck
Hephata-Werkstätten,
Mönchengladbach
Hergestellt auf Umweltschutzpapier

ISSN 0945-828-X

Inhalt

■ KIRCHE

Patrick Guyton interviewt Hans Küng
Verirrungen des Vatikans 4

■ INLAND

Klaus Dräger und Annelie Buntenbach
Die rot-grüne »Neue Mitte« im Crash-Test 6

■ INTERNATIONALES

Hermann Scheer
Vorgeschmack auf weitere Kriege um Gas und Öl 21
Udo Fleige
Krieg auf Erden, den Menschen ein Wohlgefallen 23
Informationsbüro Nicaragua
Euphorie in Nicaragua – Impfstoff gegen Armut? 27

■ GEMEINSAM LEBEN

Hubert Ostendorf
Öffne dich! Hephata reißt die Mauern ein 30
Elisabeth Bohlken-Zumpe
Religiös-sozialistischer Rigorismus 33

■ GESCHICHTE

Friedrich-Martin Balzer
Emil Fuchs: Erbe der Revolution (2. Teil) 42

■ BÜCHER

Gerd Lüdemann: Jesus nach 2000 Jahren (Heinz Röhr)
• Luise Schottroff, Marie-Theres Wacker: Kompendium
Feministische Bibelauslegung (Dörte Münch) • Christel
Beilmann: Eva, Maria, Erdenfrau; Heide Wunder, Gisela
Engel: Geschlechterperspektiven (Dörte Münch) • Ivan
Nagel, Jan P. Reemtsma: Reden zur Wehrmachtausstel-
lung (Alexandra Lünkens) • Ausstellungskatalog »Ge-
rechtes Geld – gerechte Welt« (Darius Dunker) • Oskar
Lafontaine: Das Herz schlägt links (Willy Spieler) 54

■ AUSSERDEM

Bundesnachrichten 26,32
Info-Coupon zum Religiösen Sozialismus 41
Briefe an die Redaktion 69

Keine Alternativen?

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer ist da, und endlich auch eine neue Ausgabe von CuS. Passend zur Urlaubszeit bietet dieses Heft besonders viele Rezensionen. HEINZ RÖHR stellt uns beispielsweise ausführlich GERD LÜDEMANN'S neues Werk vor, »Jesus nach 2000 Jahren. Was er wirklich sagte und tat.« DÖRTE MÜNCH bespricht weitere Veröffentlichungen zur Feministischen Theologie. Wir wünschen eine spannende Lektüre.

Viele von uns denken aber vielleicht auch gerade im Sommer darüber nach, ob denn dem Religiösen Sozialismus nicht auch eine gemeinschaftliche Lebensweise entsprechen müsste, ob wir nicht gerade in einer Zeit, in der – zumindest in Europa – der Kapitalismus nach dem Motto »there is no alternative« (Es gibt keine Alternative, vgl. den Artikel von KLAUS DRÄGER und ANNELIE BUNTENBACH ab Seite 6) dominanter denn je auftritt, die Alternativen im Kleinen leben müssten.

Von der Entwicklung eines solchen Versuchs berichtet ELISABETH BOHLKEN-ZUMPE, Enkelin von EBERHARD ARNOLD.

Entstanden als religiös-soziale Gemeinschaft entwickelten sich die Bruderhöfe, bei denen Bohlken-Zumpe aufwuchs, zu einer geschlos-

senen Organisation mit stark sektenhaften Zügen. Dieser erschütternde Beitrag knüpft damit an die Debatte um rigoristische Konzepte des Religiösen Sozialismus an, die ARNOLD PFEIFFER und REINHARD GAEDE in früheren Heften begonnen haben. Denn »es ist Rigorismus, wenn man das ursprünglich Gute des religiösen Sozialismus krampfhaft in Formen festhalten will, ohne sich die geistlichen Ursprünge immer wieder zu vergegenwärtigen«, mahnt Elisabeth Bohlken-Zumpe.

Wie wir unsere Überzeugungen vom Religiösen Sozialismus im Alltag konkretisieren können, welches Leben wir heute führen wollen, ist also eine wichtige Debatte. »Christin und Sozialistin / Christ und Sozialist« sollte nicht bloß einerseits christliche (bzw. religiöse) und andererseits sozialistische (bzw. politische) Themen bearbeiten, sondern tatsächlich wieder mehr beides zusammendenken. »Was sind unsere sozialistischen Fragen zur Religion? Was sind unsere religiösen Antworten auf die Politik?«

Diese Debatte zu führen, dazu sind Sie und seid Ihr herzlich eingeladen. Wir freuen uns über entsprechende Einsendungen an die Redaktion.

Darius Dunker



»Der moderne Erlöser«
(Saul Raskin, 1911)

Verirrungen des Vatikans



Der Tübinger Theologe und Kirchenkritiker HANS KÜNG ist mit dem Schuldbekenntnis nicht zufrieden. Er fordert: Der Papst muss sich, seine Vorgänger und die angebliche Unfehlbarkeit unter die Lupe nehmen. Mit Küng sprach PATRICK GUYTON.

Herr Professor Küng, eine Zeitung hat über das Schuldbekenntnis geschrieben: »Mea minima culpa« – ich bereue ein klein wenig. Trifft diese Zuspitzung zu?

Man kann eine solche Reaktion verstehen, weil die Schuld der Päpste, besonders die des gegenwärtigen Papstes, faktisch ausgeklammert bleibt. Man hat nur ganz allgemein von den »Söhnen und Töchtern der Kirche« gesprochen und die Hierarchie herausgehalten.

Die Kirche bekennt sich also nicht zu einer Art Kollektivschuld, sondern nur zu der Schuld, die einzelne Mitglieder auf sich geladen haben?

Im Hintergrund steht die theologisch fragwürdige Vorstellung, dass unterschieden werden könne zwischen der Kirche,

die unschuldig ist und heilig, und ihren Gliedern und Repräsentanten, die schuldig werden können. Das ist eine abstrakte Unterscheidung, die übersieht, dass gerade die Päpste an den Vergehen, Verirrungen und Verfehlungen schuld waren.

Woran denken Sie konkret?

Der erste Kreuzzug wurde von Papst Urban II. ausgerufen. Die Inquisition wurde von Papst Innozenz III. geschaffen, er führte »heilige Kriege« gegen Mitchristen. Die Folter zur Erpressung von Schuldgeständnissen wurde von Innozenz IV. legitimiert, die Hexenverfolgung von Innozenz VIII. Schuld sind die Päpste an der Ächtung Luthers, der Ver-

urteilung Galileis, Giordano Brunos und der Verurteilung der Menschenrechte.

Wie werten Sie die Aussagen zum Dritten Reich und zum Holocaust?

Es ist auch deswegen kein überzeugendes Schuldbekenntnis, weil der Holocaust gar nicht beim Namen genannt wird. Das ist besonders schlimm. Es heißt nur: Einige Christen haben gefehlt. Dabei weiß alle Welt, dass es Pius XII. versäumt hat, einen prophetischen Protest anzumelden und unter Umständen die Verbrecher in der Sache der Judenvernichtung, die ja teils Katholiken waren, zu exkommunizieren.

Hätte der Papst denn überhaupt ein umfassendes Schuldbekenntnis leisten können? Päpste gelten doch als unfehlbar.

Konsequent wäre das Aufwerfen der Frage gewesen, ob die Päpste, die in der Kirchengeschichte immer wieder solch kolossale Fehler gemacht haben, sich selbst Unfehlbarkeit zuschreiben sollten. Die Unfehlbarkeit wurde erst 1870 definiert. Ohne die Lösung dieser Frage, das habe ich schon 1970 gesagt, ist kein ehrliches Schuldbekenntnis möglich. Denn wer sich für unfehlbar hält, kann auch keine Fehler zugeben.

Liegt diese Halbherzigkeit eher an der Person dieses Papstes oder an der Struktur der katholischen Kirche?

Das liegt am römischen System und nicht so sehr an der Gestalt des Papstes. Man muss immerhin anerkennen, dass Johannes Paul II. gegen starke Widerstände in der Kurie ein solches Schuldbekenntnis wollte und es durchgesetzt hat. Er ist aber selbst in diesem römischen System gefangen. Er vertritt eine so enge römische Theologie, die eine Überprüfung der Grundlagen des eigenen Systems nicht zulässt. Man muss unterscheiden zwischen dem römischen System und der katholischen Kirche. Die Kirche gab es

schon tausend Jahre, bevor das römische System im 11. Jahrhundert begründet wurde.

Wird die Kirche mit diesem Schuldbekenntnis zukunftsfähig für das neue Jahrtausend?

Immerhin gibt es jetzt ein Beispiel, dass ein Schuldbekenntnis grundsätzlich möglich ist. Ich hoffe darauf, dass ein kommender Papst deutlicher reden wird. Vor allem müsste man erwarten, dass der Reue auch Taten folgen. Der Papst müsste sich auch mit den Theologen der Gegenwart versöhnen – etwa mit Teilhard de Chardin, Bernhard Häring, Eugen Drewermann, Leonardo Boff, Ernesto Cardenal, Jacques Gaillot, Mathew Fox.

Und mit Hans Küng.

Und mit Hans Küng auch, ja. Dass der Papst sich selbstkritisch überlegt, ob er gegenüber all denen richtig gehandelt hat, lässt sich nicht einmal indirekt herauslesen.

Inwieweit lädt die Kirche in der Gegenwart Schuld auf sich?

Es wäre durchaus angebracht gewesen, dass der Papst die 21 Jahre seines Pontifikats selbstkritisch überprüft. Wenn er beispielsweise in Nairobi angesichts der Slums »Wachset und mehret Euch« verkündet, so trägt er zur Übervölkerung bei. Er polemisiert gegenüber Empfängnisverhütung. Die Menschen würden ja auf ihn hören, wenn er vernünftig Stellung nähme. Thema Diskriminierung der Frauen: Er verkündet weiterhin, eine Frau könne nach Gottes Willen nie zum Priester geweiht werden. Und Thema Kirchenspaltung: Er müsste selbstkritisch erkennen, dass das Papsttum der Hauptgrund ist, weshalb die Christen gespalten sind, und müsste endlich von seinem absolutistischen, mittelalterlichen Rechtsprimat herunterkommen.

Nicht alles anders,
aber vieles besser?

Die rot-grüne »Neue Mitte« im Crashtest



Von KLAUS DRÄGER und ANNELIE BUNTENBACH

Die SPD gewann die Bundestagswahl 1998 erdrutschartig, weil sie die Gerechtigkeitslücke nach 16 Jahren neoliberaler Politik erfolgreich thematisieren konnte. Mit der Formel »Innovation und soziale Gerechtigkeit« versprach sie, das Land zu modernisieren. Ihr neuer Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen erlitt bei der Wahl zwar leichte Verluste, doch gemeinsam reichte es zu einer sicheren Mehrheit.

Der Regierungswechsel war allerdings eher Resultat einer Protestwahl gegen 16 Jahre Kohl und kein bewusster Aufbruch zu einer ausgewiesenen inhaltlichen Alternative. Wie bei den Bundestagswahlen zuvor sprachen sich nur rund 25 bis 30 Prozent der WählerInnen für ein programmatisch konturiertes rot-grünes Projekt aus. Vielen WählerInnen der beiden neuen Regierungsparteien ging es darum, vom gewohnten Bonner Sozialstaat noch eben so viel zu retten, wie irgend möglich war. Die Erfahrungen mit 16 Jahren Kohl hatten gezeigt, dass das Zurückschneiden des Sozialstaats,

die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Politik der Lohnzurückhaltung nicht zum versprochenen Abbau der Massenarbeitslosigkeit geführt hatten. Gleichzeitig wuchs die soziale Kluft bei den Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Viele der WählerInnen der neuen Regierungsmehrheit erwarteten, dass sie künftig von einer weiteren Demontage des Sozialstaats verschont blieben und die entstandene Gerechtigkeitslücke wenigstens etwas abgemildert würde. SPD und Grüne waren mit einer WählerInnenbasis konfrontiert, die in ihrer Mehrheit kaum aktive programmatische Anforderungen an einen Politikwechsel stellte. Sie suchte eher passiv Ruhe und Schutz vor weiteren sozialen Zumutungen.

Diese Erwartungskonstellation wurde insbesondere Oskar Lafontaines Plänen für eine neue europäische Nachfragepolitik, eine moderate Umverteilung bei Einkommen und Vermögen und eine neue internationale Finanzarchitektur zum Verhängnis. Ein Großteil des Wahlvolks war schlicht be-

fremdet und verstand die neuen Ansätze nicht. Die Wirtschafts- und Interessenverbände der Gutsituierten liefen Sturm, die Medien assistierten ihnen dabei. In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion und selbst bis in weite Teile der Gewerkschaften hinein blieb der alerte Finanzminister isoliert. Der grüne Koalitionspartner zeigte Unverständnis bis Desinteresse, die grüne Regierungslinke kam parallel mit dem Projekt des Atomausstiegs ins Schlingern. Lafontaines kleiner Think Tank im Finanzministerium um Heiner Flassbeck und Claus Noé stand allein gegen den Rest der sogenannten »Fachwelt«. So war Lafontaines Abgang nach dem ersten Halbjahr einer moderaten rot-grünen Reformpolitik nur folgerichtig.

Die Auseinandersetzung innerhalb der Regierung nach dem »Aufstand des Kapitals« (FAZ) gegen eine in der Tat vermurkste Ökosteuer, die erste Einkommensteuerreform und die Neuregelung der 630-DM-Jobs hatten gezeigt, dass die Mehrheit der Kabinettsmitglieder sowie der Partei- und Fraktionsführungen beider Koalitionspartner nicht bereit war, auch nur begrenzte und moderate Konflikte mit den Unternehmerverbänden und den Interessen der Vermögenden durchzustehen. Der Regierungswechsel in Hessen infolge der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft bestätigte die Regierung in ihrer Ansicht, dass sie nun zurückhaltender agieren müsse.

Nun wurde aus dem sozialdemokratischen Kanzleramt eine »Politik der zweiten Chance« propagiert. Rechts gewendete Grüne schlossen sich als »Motor der Reformen« beherzt Hombachs Strategie des »Dritten Weges« an. Die grüne Bundestagsfraktion profilierte sich in Fragen der Sozial- und Verteilungspolitik nunmehr mit Vorschlägen, die Wende zur »Angebotspolitik von links« schneller und entschlossener einzuschlagen als die SPD. Gemeinsamer Nenner dieses Kurswechsels ist es, möglichst

nichts zu unternehmen, was einen erneuten heftigen Widerstand von Kapital- und VermögensbesitzerInnen sowie Besserverdienenden hervorrufen könnte.

Die Politik der zweiten Chance mündete in die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien, das Schröder-Blair-Papier, in Pläne zur Subventionierung eines Niedriglohnssektors und einer die Unternehmen deutlich entlastenden Unternehmenssteuerreform. Das mit dem Titel »Zukunftsprogramm 2000« euphemistisch umschriebene Sparpaket ist das bisher härteste Austeritätsprogramm in der bundesdeutschen Geschichte.

Welche Konsequenzen hat diese Entwicklung für die Perspektive der Linken?

1. Der Dritte Weg führt zur Selbstvernichtung der Linken

Ob Grüne, ob Rote, ob »moderne« Konservative oder Liberale – sie alle eint der Glaube, Deutschland und Europa müssten sich den »Herausforderungen der Globalisierung« in einer Weise stellen, dass vorrangig die »Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft« gestärkt wird. Doch schon die Grundannahmen dieser Denkweise stoßen sich an der Wirklichkeit. In einer offenen Weltwirtschaft stehen weniger die Staaten als »Wirtschaftsstandorte«, sondern die (meist größeren multinationalen) Unternehmen miteinander im Wettbewerb. (Paul Krugman)

In den diversen deutschen und europäischen Standortdebatten wurde in regelmäßiger Folge stets ein neuer äußerer Feind ausgemacht, der die deutsche oder europäische Wirtschaft ins Abseits manövrieren würde. In den 80er Jahren waren es die Japaner, in den 90er Jahren die Tigerstaaten Südostasiens, die Schwellenländer Lateinamerikas oder die dynamischen

scheren »Reformstaaten« Osteuropas. Die Wirtschaftsverbände malten gar die düstere Perspektive an die Wand, dass ein Großteil der deutschen Investitionen wegen niedriger Löhne künftig in die noch ärmeren Entwicklungsländer gehen werde. Diese würden dadurch zu dynamischen Konkurrenten der Industrieländer auf dem Weltmarkt und minderten die Wohlstandsentwicklung in Europa. Seit Ende der 90er Jahre sind die USA wieder zum hauptsächlichsten Angstfaktor beim Thema Wettbewerbsfähigkeit geworden.

Die wirkliche Entwicklung der Weltwirtschaft hat die Thesen der roten, grünen und schwarzen Modernisierungs- und Wettbewerbsapostel gründlich widerlegt. Nach wie vor sind die westlichen Industrieländer – und hier insbesondere die USA und die EU – die Hauptprofiteure der sogenannten Globalisierung der Wirtschaft. Die Kluft zu den Entwicklungsländern hat sich indessen dramatisch vergrößert. In Wirklichkeit profitieren in den OECD-Ländern im wesentlichen die alten Eliten des industriellen und die neuen des digitalen Kapitalismus von der Entfesselung der Marktkräfte durch Deregulierung, Flexibilisierung und die völlige Freigabe der Finanzmärkte.

Die hochproduktive japanische Wirtschaft laboriert noch immer an den Folgen der Spekulationsblase im Immobiliensektor, deren Plätzen in den 80er Jahren die japanische Wachstumsrate in den Keller trieb. Die Finanzkrise in Südostasien und Russland hat die Dynamik der »Tiger« deutlich abgebremst. Viele regionale Ökonomien wurden in eine tiefe Krise mit wachsender Massenarmut gestürzt, von der sie sich derzeit nur schwer erholen. Die lateinamerikanischen Schwellenländer sind von dieser Entwicklung stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Und auch die derzeitige relative Stärke der USA beruht – so die Financial Times – eher auf einem unterschiedlichen Konjunkturver-

lauf zwischen Amerika und Europa als auf einem total neuen Kräfteverhältnis.

Statt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und des damit vielfach verbundenen menschlichen Leids die Forderung nach einem noch einmal gesteigerten weltweiten »Wettlauf der Besessenen« um noch mehr Wettbewerbsfähigkeit zu hinterfragen, versteifen sich die Propheten der »Modernisierung« in Politik, Kultur und Medien auf ein forsches »Weiter so!«. Unter den bekannteren etablierten Politikern Deutschlands wagte es nur Oskar Lafontaine, dieser Inszenierung offen zu widersprechen – mit bekanntem Ergebnis.

Die Ideologen des »Dritten Weges« in den roten und grünen Parteien nehmen den allgemeinen Diskurs um Modernisierung und bessere Wettbewerbsfähigkeit als Ausgangspunkt, um eine neue Synthese zwischen dem Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung und dem US-amerikanischen Neoliberalismus herzustellen. Ihre Vorstellung von Modernisierung ist eher altbacken: Sie wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Industriesektoren der 60er Jahre wie Automobil, Stahl, Chemie und Maschinenbau auf High-Tech Niveau stärken, Risikotechnologien wie der Gentechnik und der Nano-Technologie zum Durchbruch verhelfen und die »Wissensgesellschaft« ohne Risikoschutz durch wachstumsstarke Informationstechnologien und Medien auf den Weg bringen. Der Nachhaltigkeitsgedanke garniert zwar manche ihrer Reden und Papiere, spielt in der strategischen Orientierung des Modernisierungskurses jedoch kaum eine Rolle. Grüne und ökologisch orientierte Sozis bieten ein ähnliches Bild: der liberalisierte Strommarkt mit härtestem Preiskampf um »billige Energie« wird wider besseres Wissen und trotz Ökosteuer als neuer Handlungsrahmen vorbehaltlos akzeptiert. Die Auseinandersetzung geht nur noch darum, ob die erneuerbaren Energieträger und die Kraft-Wärme-Kopplung als Übergangstechnologie

zu einer nachhaltigeren Energiewirtschaft »eine Chance behalten«, d. h. ihre jetzige Nischenposition wenigstens verteidigen können.

Die »Neue Mitte« als deutscher Zweig des »Dritten Weges« hat noch nicht einmal Ulrich Becks Postulat einer »reflexiven Modernisierung« aufgegriffen (als einer Modernisierung, die ihre eigenen Grundlagen und Fehlentwicklungen kritisch hinterfragt), geschweige denn die Erkenntnisse Horkheimers und Adornos aus der »Dialektik der Aufklärung« produktiv verarbeitet. Ihre Vorstellung, im wesentlichen technologische Innovation erzeuge eine neue »lange Welle der Wohlstandsentwicklung« und bringe die Wirtschaft wieder auf einen dauerhaften Wachstumspfad, ist rührend naiv. Am Ende des letzten »langen Abschwungs« zwischen den beiden Weltkriegen musste da mehr zusammenkommen: der Neuanfang mit dem Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Kriegs, neue soziale Arrangements wie die Erweiterung des Sozial- zum Wohlfahrtsstaat und eine neue gesamtwirtschaftliche Politik, die die Marktliberalisierung der Zwischenkriegszeit ablöste. Damals relativ neue Massenprodukte wie Autos, Waschmaschinen und Kühlschränke gab es auch schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie führten in der Zwischenkriegszeit ebenso wenig zu einem dauerhaften Aufschwung wie heute die Computer oder das Internet.

Nun kann man den Anhängern des Dritten Weges allerdings nicht vorwerfen, sie hätten keine Konzepte für neue soziale Arrangements. Nur gleichen diese fast bis aufs Haar den alten aus der christliberalen Ära von Kohl. Im Mittelpunkt ihres Werbens stehen die sogenannten »gesellschaftlichen Leistungsträger«: hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen, vorausschauende und engagierte Manager und Unternehmer, innovative und fleißige Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, mutige Existenzgründer, hervorragend ausgebildete InformatikerIn-

nen, ÄrztInnen und IngenieurInnen, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler. Das ist fast die gleiche Zielgruppe, mit deren Hilfe in Biedenkopfs und Stoibers Bayerisch-Sächsischer Zukunftskommission eine »neue Renaissance der Selbständigkeit« ins Leben gerufen werden sollte.

Bei den Grünen müssen die gleichen Leistungsträgerschichten zwar noch ein wenig ökologisch sensibilisiert sein – den Platz der hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen nehmen bei ihnen außerdem vielleicht eher die weiblichen ExistenzgründerInnen und hippe Jugendliche ein – doch hat man sie genauso wie die Neue Mitte als zentralen Adressat der eigenen Politik auserkoren. Papiere zum segensreichen Wirken der Klein- und Mittelunternehmen für Jobs und Innovation sind – wider jede wirtschaftswissenschaftliche Empirie – bei Grünen und Sozis Legion. Bis in die politische Symbolik und die Selbstinszenierung ihrer Spitzenpolitiker hinein – Brioni- und Cerruti-Anzüge, Homestorys in Lifestyle-Magazinen – präsentiert sich die rot-grüne Mitte als Freund, Gönner und »Fleisch vom Fleische« der vermeintlichen Globalisierungsgewinner.

Allen anderen signalisiert die Neue Mitte denn auch, dass sie sich anpassen haben. Die Verteilungsverhältnisse, die 16 Jahre neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben geschaffen haben, werden im Kern als Grundlage der eigenen Politikentwürfe akzeptiert. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und den Staat zu entschulden, seien sogar weitere Umverteilungen nötig. So holt Eichels Sparpaket das Geld überwiegend bei denen, die keine wirksame Lobby haben: RentnerInnen, Erwerbslose, Wohngeld. Wer betont, der Staat müsse sparen, könnte ja auch betuchtere Gruppen ins Visier nehmen, wenn es um Ausgabekürzungen geht. Die Unternehmen sollen hingegen um etwa 4 Mrd. Euro steuerlich entlastet werden. Für jene Menschen, die auf Transfereinkommen

des Staates und der Sozial- und Rentenversicherung angewiesen sind, wird die Kohlsche Umverteilungspolitik in verschärfter Form durchgeführt.

Erst jetzt merken die Menschen, was es bedeutet, einen Mittelweg zwischen »Rheinischem Kapitalismus« und »Angelsächsischem Modell« zu suchen: für die sozial Schwachen wird es durch die Bank weniger geben, als im gewohnten, ohnehin schon stark gerupften Bonner Sozialstaat. Obwohl es einen Nachholbedarf bei der Erhöhung der Sozialhilfe gibt, bleibt sowohl bezüglich des Leistungsniveaus als auch bezüglich der von Kohl eingeführten »Arbeitspflicht«-Modelle alles beim alten – mit Option auf weitere Verschärfungen. Die wohlklingende »Grundsicherung im Alter« orientiert sich an diesem von der realen Wohlstandsentwicklung überholten Sozialhilfeniveau.

Den Plänen für einen Niedriglohnsektor liegt ein antiquiertes Gesellschaftsmodell der »Dienstbotengesellschaft« zugrunde: Die Besserverdienenden brauchen billige Arbeitskräfte in Haushalt, Garten, Gastronomie, Einkaufs- und Erlebniswelten, weil sie wegen überlanger Arbeitszeiten keine Zeit und Muße haben, diese Dinge selbst zu erledigen. Die geringer Qualifizierten schließlich werden in ein Ghetto kaum existenzsichernder Löhne ohne Weiterentwicklungschancen eingesperrt – die Armut verfestigt sich. Je breiter der Niedriglohnsektor, um so größer allerdings der Druck auf das Tarifgefüge – was auch die Einkommensposition der Mittelschichten nach unten treibt. So entsteht eine »duale Wirtschaft«, die das untere Drittel der Gesellschaft dauerhaft von der Teilhabe an der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung aussperrt, die Mittelschichten in einen beständigen Abwehrkampf gegen ihren potentiellen Abstieg ins untere Drittel treibt, während die neuen und alten Eliten materiell immer kräftiger absahnen, aber für viele andere erfreuliche Dinge des Lebens einfach keine Zeit mehr haben.

Von manchen US-amerikanischen neoliberalen Heißspornen unterscheiden sich die Strategen des Dritten Weges insofern, als sie sicherlich verhindern wollen, dass in Deutschland und Europa keine Arme und kein Armer verhungern muss. Doch schon der Begriff des »Existenzminimums« wird immer unschärfer – in jedem Fall sollen die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala bereit sein, ein Niveau der sozialen Absicherung hinzunehmen, das auch unterhalb des bisher gewohnten Lohn- und Sozialtransferriveaus liegt. Dass dabei nicht nur das untere Drittel im Visier ist, zeigt die von einigen Sozialdemokraten und Grünen losgetretene Debatte um die Notwendigkeit von Lohnrunden in den nächsten Jahren, die nur einen Inflationsausgleich (bei weiter explodierenden Unternehmensgewinnen) bringen sollen. In Europa haben sich die Regierungschefs für die Lohnpolitik schon auf die Formel geeinigt, dass die Löhne in der EU nur soweit steigen dürften, dass das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (maximale Obergrenze derzeit bei 2 %) nicht gefährdet wird.

Im Unterschied zur Konfrontationspolitik Henckelscher Prägung sollen diese Ziele bei der Neuen Mitte jedoch im Konsens mit den Gewerkschaften durchgesetzt werden – auf Grundlage ihrer erheblich geschwächten Ausgangsposition nach 16 Jahren christliberaler »Reformen«. Die rot-grüne Koalition will sie im Gegensatz zu Kohl mit im Boot haben, um ihren eigentümlichen »Neoliberalismus mit anderen Mitteln« (Michael Felder) beim Umbau des Sozialstaats und der Arbeitsgesellschaft ohne Widerstände voranzutreiben. Das zentrale Instrument ist ein Neokorporatismus neuer Art: das »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit«, aber auch im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik verschiedene »Konsensrunden« mit den Unternehmern zur Energie- und Umweltpolitik. Der Unterschied zum Korporatismus der 60er und 70er Jahre ist deutlich:

damals ging es um ein gegenseitiges Geben und Nehmen zwischen Arbeitnehmervertretungen, Arbeitgebern und Staat. Heute sind die Arbeitgeber kaum zu Zugeständnissen bereit – ihr oberstes Ziel ist die sogenannte »Wettbewerbsfähigkeit«, eine Politik der Lohnmäßigung, Kostensenkung und der Steigerung des »Shareholder Value«. Der Staat kann unter selbstgesetzten Sparzwängen nichts mehr für die ArbeitnehmerInnen einbringen – selbst die nötigen (hohen) Subventionen für die Verbreiterung des Niedriglohnsektors bereiten den beteiligten Akteuren viel Kopfzerbrechen. Im Szenario der Neuen Mitte wird von den Gewerkschaften eine Politik bis hin zur Selbstaufgabe verlangt. Ihre Rolle soll künftig darin bestehen, den von ihnen vertretenen Interessengruppen die nötigen Anpassungen an die schöne neue Welt optimal zu verkaufen und für Ruhe zu sorgen. Die Gewerkschaften sind in diesem Modell nicht mehr die kollektive Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen, sie verzichten auf ein allgemeinpolitisches Mandat, und sollen nur noch »den einzelnen gegen Willkür schützen«. »Die traditionellen Konflikte am Arbeitsplatz (müssen) überwunden werden«, die Gewerkschaften sollen »in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten«. (Schröder-Blair-Papier) Die Gewerkschaften sollen folglich als Transmissionsriemen staatlicher und unternehmerischer Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit fungieren. Nicht wenige in den Gewerkschaftsspitzen sehen darin dann auch die letzte Chance, überhaupt noch einen gewissen gesellschaftlichen Einfluss der traditionellen Arbeiterbewegung zu erhalten.

Die neue Mitte propagiert schließlich eine autoritär-populistische Macherkultur, die an demokratischen Institutionen und repräsentativen Interessenvertretungen vorbei »nicht die Zuständigen, sondern die Innovativsten« (Bodo Hombach) zusammenbringt, um so mehr Tempo bei der Mo-

dernisierung zu erzeugen. Die breite Bevölkerung hat dann gefälligst den in solchen selbsternannten Kungelrunden getroffenen Beschlüssen der Spitzenmodernisierer zu folgen, sonst drohe der Untergang.

Insgesamt signalisiert die rot-grüne Neue Mitte der breiten Mehrheit: »Ihr müsst mit weniger auskommen. Vorrang hat die Wettbewerbsposition unserer Industrie, das Wohlergehen der Unternehmen und die Motivation der Leistungsträger. Ihr müsst euch anpassen. Wenn ihr euch sehr anstrengt, könnt ihr zumindest etwas oberhalb des Existenzminimums überleben unsere aktivierende Arbeitsmarktpolitik hilft euch dabei. Wer das nicht schafft, muss auch nicht verhungern, kriegt aber künftig weniger als heute. Ihr müsst all eure Kraft und eure Ideen für den Erfolg unserer Unternehmen auf den Weltmärkten geben. Aber bei allen strategisch wichtigen Entscheidungen fragen wir nicht euch, sondern die innovativen Macher. Im übrigen was unseren Unternehmen Probleme bereiten könnte (Verteilungspolitik, ordnungsrechtliche Maßnahmen für die Umwelt oder für Frauen etc.), unterlassen wir lieber. Denn gegen die Interessen der Wirtschaft (d.h. der Kapitaleigentümer und der ihnen verbundenen sozialen Schichten) kann dieses Land nicht regiert werden.«

Die sozialdemokratischen Stammwählerinnen verstanden die Botschaft und merkten, dass sie in diesem Kalkül nur noch als Restgröße und Fußabtreter vorkamen. Oskar Lafontaine bilanziert: »Die Politik, die von Teilen der Publizistik fälschlicherweise als Modernisierung gepriesen wird, ist jetzt sechs Monate lang gemacht worden. Die Reaktion der Wähler ist eindeutig und unmissverständlich.« (Welt am Sonntag, 26.9.1999) Dass nicht alles anders, aber vieles besser werden sollte, hatten sie sich so nicht vorgestellt. Das heterogene Potential der Grünen spaltete sich nach dem tiefgehenden Konflikt um den Kosovokrieg nochmals entlang der kombinierten Ökologie- und Gerechtigkeitsfrage. Sie waren sauer auf das Ausbleiben

umweltpolitischer Erfolge und die Wendung der grünen Bundestagsfraktion zum Wirtschaftsliberalismus. Bündnis 90/Die Grünen setzen ihre wahlpolitische Talfahrt fort, die schon vor der Bundestagswahl begonnen hatte. Bei der Europawahl 1999 und bei der Kommunalwahl in NRW verloren sie bis zur Hälfte ihrer früheren WählerInnen.

Die StammwählerInnenschaft der SPD floh in die Wahlenthaltung, die Partei landete von Wahl zu Wahl tiefer im Keller – zuletzt in Sachsen bei 10,7 Prozent. Die CDU triumphierte, obwohl sie kaum mehr WählerInnen mobilisieren konnte als in vorangegangenen Wahlen. Die Entwicklung ist eindeutig: durch das rapide Wachstum der NichtwählerInnen bestimmen Minderheiten die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten. Verstärkt wurde dieser Trend, indem rot-grüne PolitikerInnen ständig Parolen wiederholten, die früher nur Margaret Thatchers Mund zu hören waren: »TINA – There is no alternative (Es gibt keine Alternative!)«. Die Politik der »zweiten Chance« hat in eine tiefe Krise der bundesdeutschen Demokratie geführt. Die rot-grüne Neue Mitte ist gegenwärtig dabei, das Potential für einen in Ansätzen möglichen Politikwechsel in Deutschland und Europa zu spalten und abzustoßen. Der »Dritte Weg« führt geradewegs in die Selbstvernichtung der Linken.

Selbst wenn die Regierung sich mit dieser Strategie zu einem späteren Zeitpunkt stabilisieren sollte – grundlegende Unterschiede zur Umverteilungspolitik der christliberalen Ära sind nicht mehr zu erkennen (andere Nuancen gibt es immer). Die politischen Gewichte in Deutschland werden deutlich nach rechts verschoben. Zwar gibt es noch »Rechts« und »Links« auf der Ebene politischer Symbolik, doch beim praktischen Output der Politik wird alles sehr beliebig und austauschbar. Eine unterscheidbare »Linke« mit Massenappeal existiert nicht mehr – mit Ausnahme der PDS im Osten. Doch sie profitiert fürs erste davon, ge-

schiebt das Label der »sozialen Gerechtigkeit« zu übernehmen, ohne ein alternatives strategisches Projekt anbieten zu können.

2. Die »Chance Europa« ist blockiert

Der Regierungswechsel zu rot-grün in Deutschland festigte die Mehrheit von Mitte-Links-Regierungen in der Europäischen Union – der letzte wichtige Dominostein für eine Abkehr vom bisherigen neoliberalen Entwicklungspfad in Europa war gefallen. Doch obwohl nun 12 von 15 EU-Staaten Mitte-Links regiert werden, gibt es keinen Politikwechsel. Oskar Lafontaine biss mit seinen Initiativen für eine neue internationale Finanzordnung und eine nachfrageorientierte gesamtwirtschaftliche Politik in Europa selbst beim Wunschpartner Frankreich auf Granit.

Die mögliche Alternative lag greifbar nahe. 11 EU-Staaten bilden jetzt schon eine Währungszone namens Euroland. Drei weitere (Großbritannien, Dänemark, Schweden) könnten jederzeit mitmachen, wenn sie es denn politisch wollten. Griechenland hat gute Chancen, bis 2001 den Beitritt zur Währungsunion zu schaffen. Die »gemeinsame Souveränität« (Gerhard Schröder) der Eurozone ist gesamtwirtschaftlich wesentlich stärker, als die jedes europäischen Nationalstaats. Die Außenwirtschaftsabhängigkeit der EU beträgt nur 8 Prozent, bei den einzelnen Mitgliedstaaten variiert sie zwischen 25 und rund 40 Prozent. Eine gemeinsame gesamtwirtschaftliche Strategie vorausgesetzt, ist Euroland viel eher in der Lage, der »Globalisierungsfalle« zu entkommen, als jeder europäische Nationalstaat für sich alleine. In Euroland kann sich die Wirtschaftspolitik viel stärker auf die Binnenwirtschaft und Binnennachfrage konzentrieren, als es die bisherigen nationalen Wirtschaften allei-

ne vermochten. Die »Wettbewerbsfähigkeit« verliert an Gewicht. Denn die Nachfrage der einheimischen Unternehmen und Privathaushalte kann sich zu 92 % in Produkte und Dienstleistungen »Made in Europe« umsetzen. Wird der osteuropäische Raum in diese makroökonomische Kooperation einbezogen, so gewinnt »Europa« tatsächlich jene wirtschaftspolitische »Souveränität« zurück, die seine Nationalstaaten im Zuge neoliberaler Globalisierungsstrategien zu einem guten Teil verloren haben.

Vorausgesetzt, es gibt in diesem großen Währungsraum eine gemeinsame Koordination der Wirtschaftspolitik (Delors »Wirtschaftsregierung«), so kann Europa sich mit einer binnenwirtschaftsorientierten Industrie-, Struktur-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Regionalpolitik auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad begeben, mit einer harmonisierten Unternehmens- und Vermögensbesteuerung und einem System des Fiskalföderalismus die Handlungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates wiederherstellen.

Es kann Einkommens- und Entwicklungsunterschiede ausgleichen und sogar eine Sozialunion errichten, indem es mit Instrumenten wie der europäischen Sozialpolitik-Schlange oder dem Korridor-Modell Sozialdumping ausschaltet und die soziale Sicherheit in den weniger entwickelten Regionen schrittweise verbessert. Euroland bietet sogar das Potential für eine gleichgerichtete, expansive Haushaltspolitik aller seiner Mitgliedstaaten als Alternative zur Austeritätspolitik der neoliberalen Ära.

Jeder von der öffentlichen Hand einigermaßen klug investierte Euro zieht wegen der Größe des europäischen Binnenmarkts etwa 3 Euro an privaten Investitionen und Konsumentenausgaben nach sich. Damit können öffentlichen Investitionen bei einem durchschnittlichen effektiven Steuerebene von 30% weitgehend selbstfinanzierend sein. Die expansive Haushaltspolitik kann in mittlerer Sicht also ohne neue Verschuldung ge-

staltet werden. Der Schlüssel zu einer Abkehr vom neoliberalen Pfad liegt in Europa – dem Übergang zu einer demokratischen, zivilen, ökologischen und sozialen Politischen Union.

Die Politische Union, die von der neuen Mitte-links-Mehrheit angestrebt wird, ist allerdings anderer Natur: »Wir wollen ein neues Europa für die neue NATO, und wir wollen die neue NATO für ein neues Europa« (Gerhard Schröder). Die »Staatwerdung Europas« über Euro und Währungsunion wird ergänzt durch eine gemeinsame militärische und sicherheitspolitische Ordnungsmachtspolitik der EU. In der strategischen Kriegsführungsfähigkeit will man mittelfristig mit den USA gleichziehen. Eine weitere Säule der Politischen Union bildet ein europäischer »Raum von Freiheit und Sicherheit« – die gemeinsame Innen-, Justiz-, Asyl- und Flüchtlingspolitik, die eine Stärkung staatlicher Repressionsapparate und die Abschottung der »Festung Europa« nach außen zur Aufgabe hat.

Der neue Kommissionspräsident Romano Prodi hat sich darüber hinaus zum Ziel gesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union durch weitere Deregulierungsschübe und »Strukturreformen« im Europäischen Binnenmarkt zu stärken. Die Europäische Kommission soll dabei getreu der Ideologie des »Dritten Weges« die Rolle eines »vorwärtstreibenden Maklers« und Prozessmoderators zwischen Industrie, Gewerkschaften, Europäischem Parlament und Ministerräten übernehmen.

Das »neue Europa« des Dreigestirns Schröder-Blair-Prodi wird sowohl autoritär als auch marktliberal, allerdings weder ökologisch noch sozial: außenpolitisch strebt es zur geeinten imperialen Ordnungsmacht auf dem alten Kontinent und seinen angrenzenden Einfluss-Sphären in Afrika und Eurasien, innenpolitisch zur für Flüchtlinge unüberwindbaren »Festung Europa« und wirtschaftspolitisch zu einem dem freien

Spiel der Marktkräfte und der eisernen Hand staatlicher Kürzungsprogramme überlassene »Standort Europa«.

Die Schwachstelle der europäischen Mitte-Links-Regierungen liegt in den anders gepolten Erwartungen beachtlicher Teile ihrer WählerInnenschaft. Europäische Reformkräfte, die die Politische Union Europas als Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialunion, als solidarische Währungsunion, als liberale Flüchtlings- und zivile Außenpolitik buchstabieren, können durchaus Gehör finden. Allerdings müssen sie eine hohe Hürde überspringen: bisher noch weitgehend nationalstaatlich orientierte Kräfte sind gefordert, sich zu einem europäischen Strategiedialog zusammenzufinden, um eine europaweite sozialökologische Reformbewegung aufzubauen.

3. Die Grünen haben ihren Umbau zur liberalen Scharnierpartei weitgehend abgeschlossen

Noch zu Beginn der 90er Jahre sah sich die grüne Strömung der Realpolitiker als pragmatische Reformisten an, die an der Seite Oskar Lafontaines und der linken Sozialdemokratie für moderate ökologische und soziale Reformen stritt. Sie verstand sich als »postmaterialistische Linke«, die in einer Strategie kleinster Schritte zusammen mit der SPD Deutschland erneuern wollte. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre hat sie ihre Selbstverständnis radikal verändert. Immer mehr wurden Deutungsmuster und politische Konzepte aus dem geistigen Arsenal des Neoliberalismus aufgesaugt und in grünen Politspeak übersetzt.

So war bald die Rede von der notwendigen »Renaissance der Selbständigkeit« (Hubert Kleinert), von einer »nachhaltigen Finanzpolitik« (Oswald Metzger), von einer

grünen »Angebotspolitik von links« (Margarete Wolf), von der »Entdeckung des Marktes« (Tom Koenigs), von der Senkung des Spitzensteuersatzes und einer die Gewinne entlastenden Unternehmenssteuerreform (Christine Scheel), von »Generationengerechtigkeit« bei der Rente (die durch eine Rentenniveausenkung wie bei der CDU durch einen demografischen Faktor erreicht werden sollte) oder vom Vorrang für kleine und mittlere Unternehmen. Diese Umorientierung wurde in der Folgezeit in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik radikalisiert und am Primat der »Marktauglichkeit« ausgerichtet (eigene Vorschläge zum Niedriglohnssektor, verschärftes Rentenkonzept Thea Dückerts, Umweltpolitik im Dialog mit der Wirtschaft, die neuesten Vorschläge Margarete Wolfs zu einer neuen »liberalen« grünen Wirtschaftspolitik etc.). Der grüne NRW Bauminister Michael Vesper bringt den neuen Geist auf den Punkt und verlangt ein »klares Bekenntnis der Grünen zur Wirtschaft«. Nur bei der Ökosteuern orientierte man sich zeitweise an alten sozialdemokratischen Konzepten (Einnahmen verwenden, um Lohnnebenkosten zu senken).

Mit diesem programmatischen Wechsel verband sich ein Tausch der Bündnispartner innerhalb der SPD: bald focht man an der Seite von Technokraten wie Sigmar Mosdorf oder von Strategen der Neuen Mitte wie Bodo Hombach. Künftig galt es, Sozis wie Oskar Lafontaine von »sozialistischen Experimenten« abzuhalten. Die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion hatte die Partei in der öffentlichen Wahrnehmung damit bald als Gruppierung zwischen SPD und CDU positioniert, die prinzipiell mit beiden Koalitionen abschließen kann und die SPD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aggressiv in Richtung des Hombachschen Modernisierungskurses (mit umweltpolitischen Einsprengseln) treibt.

Die grüne Linke hatte auf diesen Strategiewechsel der Realos vorerst keine gemeinsame politische Antwort. Grüne Linke mögen an der einen oder anderen Frage noch bis zu 40 % der grünen Parteitag delegierten für ihre Anliegen mobilisieren, aber sie haben kaum mehr eine Mehrheitschance und liegen politisch tiefer am Boden denn je. Spätestens mit dem Kosovo Parteitag der Grünen hat sich gezeigt, dass eine latente Mitte-Rechts-Mehrheit sich in der Partei verfestigt hat. Die grüne Linke ist ähnlich wie Jusos und SPD-Linke in die Rolle einer strukturellen Minderheit geraten.

Die Entwicklung einer Globalalternative zur Strategie des Dritten Wegs ist zur Schlüsselfrage geworden, wenn die grüne Linke überhaupt als attraktive und aktive Minderheitsströmung überleben will. Auf Prozesse der Meinungsbildung und des Interessenkampfes in der Gesellschaft kann sie ohnehin nur Einfluss nehmen, wenn sie sich mit anderen, ähnlich orientierten Kräften in Bündnissen und Netzwerken zusammenfindet. Innerhalb der Grünen muss sie einen Neuanfang als robuste Minderheit wagen, die in der Diskussion um den Kurs der Regierungspolitik, um Grundsatzfragen und die Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms offensiv agiert.

4. Ein alternatives Projekt: Teilhabegesellschaft und Zukunftsfähigkeit

Die Neue Mitte hat einen derzeit nicht zu unterschätzenden Vorteil gegenüber der Linken: sie formuliert ein in den Grundzügen klares strategisches Gesamtprojekt. Ihr Nachteil ist, dass sie die wirklichen Krisenursachen damit nicht lösen, sondern die zahlreichen Probleme und Widersprüche nur im autoritären Korsett einer dualen und von oben konzertierten Wirtschaft für eine

Zeitlang einsperren kann. Für die große Mehrheit der Bevölkerung steht keine Verbesserung ihrer Lage in Aussicht, der Weg zu einer zukunftsfähigen ökologischen und sozialen Entwicklung bleibt versperrt. So postuliert die Neue Mitte z.B. eine Politik der Chancengleichheit, verbaut mit ihrem Niedriglohnssektor jedoch einer großen Zahl von Menschen die Chance auf reale Weiterentwicklung ihrer Qualifikationen und Fertigkeiten und die Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung der übrigen Gesellschaft.

Ein alternatives Projekt der Linken kann demgegenüber reale Anforderungen an die Ausgestaltung einer »Teilhabegesellschaft« formulieren, die von der Neuen Mitte bloß rhetorisch und symbolisch propagiert wird. Teilhabegesellschaft und Zukunftsfähigkeit könnten zu Schlüsselthemen der Linken in der Zukunft werden.

Dafür wird es nicht genügen, die immer noch aktuellen und zielführenden Einzelreformen aus dem programmatischen Repertoire der Linken bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu propagieren – sei es eine konsequentere Ökosteuernreform, ein klares umweltpolitisches Ordnungsrecht, eine revitalisierte Vermögen- und Erbschaftsteuer oder eine Vermögensabgabe, verbindliche Frauenquoten in der Privatwirtschaft oder ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor. Mensch kann mit Recht darauf verweisen, dass die rot-grüne Bundesregierung in verteilungspolitischen Fragen im europäischen Vergleich besonders mutlos agiert. Selbst die Vorbilder der »Modernisierer« wie Großbritannien (Sondersteuer auf Profite privatisierter ehemaliger staatlicher Unternehmen zur Finanzierung von Jobprogrammen für Jugendliche) oder Dänemark (Ökosteuern, Arbeitsmarktabgabe für höhere Einkommen) wagen sich deutlich weiter vor als Deutschland. So richtig diese punktuellen Verweise auf energischere Reformen in anderen Ländern sind – aus einer Summe von Einzelreformen wird noch lange kein stra-

tegischer Gegenentwurf. Deshalb konzentriert sich dieser Text z.B. nicht auf neue Vorschläge zur Rentenpolitik oder andere konzeptionelle Entwürfe in einzelnen Politikfeldern, deren Wichtigkeit unbestreitbar sind. Es geht an dieser Stelle zunächst um Leitbilder und Strategien für eine erneuerte linke Politik als Alternative, nicht als bloße Variante zum »Dritten Weg«.

Im Zentrum dieser Alternative steht die neue Verteilungsfrage, weil die gegenwärtigen Verteilungsverhältnisse ganz wesentlich zur Blockade einer zukunftsfähigen Entwicklung führen. Nicht von ungefähr entzündet sich hieran immer wieder der »Aufstand des Kapitals« und die gemeinsame Mobilisierung von neoliberalen Medien und Lobbyverbänden – sei es im Gesundheitswesen, beim Atomausstieg (Rückstellungen, Wer gewinnt – wer verliert), bei der Einkommensteuerreform, bei der Rente oder beim Sparpaket. Nichts ist in Deutschland so tabuisiert wie eine Korrektur der Verteilungsverhältnisse – wer gerne Tabus bricht, findet hier ein weites, unbestelltes Feld.

Ein Alternativprojekt der Linken zum »Dritten Weg« könnte sich um zwei zentrale Themen gruppieren, die eine weitreichende Perspektive eröffnen:

- Zukunftsfähigkeit – eine neu gefasste Form der Vollbeschäftigung, Nachhaltigkeit und Emanzipation verknüpfen;
- demokratische Teilhabegesellschaft.

Der Übergang zu einer zukunftsfähigen Entwicklung ist inzwischen zu einer harten Verteilungsfrage geworden. Wenn die Forderungen der Klimaforscher ernst genommen werden, den Energie- und Ressourcendurchsatz der Wirtschaft bis 2050 um 80 bis 90 Prozent zu verringern, dann gibt es für das alte Modell der Verteilung von Wachstumsgewinnen zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen keine dauerhafte Zukunft mehr. Weil das technologische

Einsparpotential schnell an seine Grenzen stößt, würde weiteres Wirtschaftswachstum mit der Zeit die Effizienzgewinne auffressen und die Umwelt wieder gefährden.

Eine lebenswerte Gesellschaft für alle lässt sich dann nur herstellen, wenn Erwerbsarbeit und Reichtum in der Gesellschaft gleichmäßiger verteilt werden. Dies stellt höhere Ansprüche an eine Politik der Umverteilung, als wir sie vom bisherigen Modell des »Rheinischen Kapitalismus« kennen. Hinzu kommt die Aufgabe, allen, die es wünschen, einen realen Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit zu schaffen und Arbeit zwischen Frauen und Männern gleichmäßig umzuverteilen. Das Instrumentarium für eine ökologische Effizienzrevolution und den Übergang zu ökologischeren Lebensstilen (Gut leben statt viel haben) ist weitgehend beschrieben.

In der Beschäftigungspolitik führt kein Weg vorbei an einer konsequenten Arbeitsumverteilung (drastische Arbeitszeitverkürzung, Stärkung des Dritten Sektors, öffentlich geförderte Beschäftigung, kollektive Absicherung und sozialstaatliche Rahmensetzung für neue Jobformen, Frauenförderung, Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen etc.). Wer den nötigen ökologischen Umbau und den Ausbau der sozialen und Bildungsinfrastruktur nicht durch horrende Staatsverschuldung finanzieren will, muss erst recht Vermögen, Unternehmen und hohe Einkommen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit besteuern. Wie der polnische Ökonom Michal Kalecki gezeigt hat, hat eine umverteilende Steuerpolitik durchaus belebende Wirkung für die Wirtschaft (das dänische Beispiel stützt diese These im übrigen auch).

Die Idee der Teilhabegesellschaft setzt nicht nur auf gestärkte BürgerInnenbeteiligung in den Kommunen und erweiterte demokratische Teilhaberechte der StaatsbürgerInnen (wie z.B. bei Volksentscheiden und Referenden). In der britischen Debatte

um die Stakeholder Society geht es in der Tat auch um eine gleichmäßigere Verteilung des Produktivvermögens in der Gesellschaft. Die Neue Mitte will das Thema mit Peanuts-Reformchen wie verbesserten vermögenswirksamen Leistungen vom Tisch kriegen. Wer jedoch eine breite Perspektive auf die Teilhabegesellschaft eröffnen will, kommt z.B. an den ursprünglichen schwedischen Vorschlägen zu einer schrittweisen Übertragung des Produktivvermögens an die ArbeitnehmerInnen über Fondsmodelle kaum vorbei.

Ein weiterer Eingriffspunkt ist die Diskussion um neue Managementmodelle und flache Hierarchien. Wenn von den Beschäftigten verlangt wird, im Rahmen einer »modernen Arbeitsorganisation« künftig unternehmerisch zu denken und zu handeln, warum sollen sie dann keine reale Mitentscheidungsgewalt über das Wie, Wann und Was der Produktion haben? Und warum sollen nach wie vor nur die Unternehmensspitzen darüber entscheiden, für welche strategischen Investitionen der erwirtschaftete Gewinn verwendet wird?

Das Postulat der Teilhabegesellschaft setzt die Frage nach einer zeitgemäßen Form der Wirtschaftsdemokratie auf die Tagesordnung. Wolfgang Ullmann fragt zu Recht: »Wie soll demokratische Kontrolle und je eine klare Identifizierbarkeit von Verantwortlichkeiten und Haftbarkeiten geschehen, wo es personale Subjekte nicht mehr gibt, sondern nur noch Strukturen von mittlerweile digitaler Flexibilität?« Und weiter: »Sind wir bereit, die Geteiltheit des Lebens und alles Lebendigen als die unantastbare Voraussetzung allen Eigentums anzuerkennen?«

Ullmann plädiert für eine Alternative zum possessiver Eigentumsbegriff der kapitalistischen Marktwirtschaft wie des Staatssozialismus: »Der Inhalt eines partizipativen Eigentumsrechtes ist bestimmt durch Personalisierung und Operationalisierung. Unter Personalisierung ist genau das zu verstehen,

was das Treuhandkonzept des Zentralen Runden Tisches vorsah. Das Gesamtvermögen – nicht nur das Geldvermögen – der DDR sollte erfasst und allen BürgerInnen nach einem über Volksentscheid festzulegenden Schlüssel durch Urfpandbriefe zugeteilt werden. Der Sinn dieses Konzeptes war, das Volkseigentum wirklich als solches zu behandeln und es von seiner entfremdeten Hegemonisierung als Staatseigentum zu befreien. Außerdem wären durch diese Maßnahme die durch eine demokratiefeindliche Privatisierung unterbrochenen Relationen zwischen Eigentum und Öffentlichkeit schlagartig wiederhergestellt und aktiviert worden. Das führt zum anderen Merkmal des partizipativen Eigentumsrechtes, seiner Operationalisierung. In dem Maße, wie Eigentum monetarisiert und formalisiert wird, kennt es keine andere Bewegungsform mehr als die der Wertänderung und der Information über sie. Daraus erklärt sich auch, dass die inhaltliche Produktivität und Innovationskraft dieses Eigentums ständig abnimmt. Ganz anders das partizipative Eigentum. Entscheidend für dasselbe ist nicht das Verfügen, sondern das Teilhaben, wie an der Luft, die wir atmen (...).«

Ullmanns Schlussfolgerung: »Durch Teilhabe kann es eine individuelle Beteiligung an öffentlichem Eigentum wie an genossenschaftlichem Eigentum geben. Persönliches Eigentum kann umgekehrt kommunikabel werden wie Sachen, die wir nach Absprache und auf Zeit verleihen. Genossenschaftliches Eigentum kann über Pacht und Schuldrecht partizipieren an öffentlichem Eigentum wie an gesamtgesellschaftlichem, den für alle Menschen unerlässlichen Lebensgrundlagen. (...) Kunst, Kunstwerke, Wissenschaft und ihre Ergebnisse müssen prinzipiell für öffentlich erklärt werden.«

Ullmanns Vorstellungen sind sicher im einzelnen diskussionswürdig und zu hinterfragen – doch bietet sein partizipativer Eigentumsbegriff interessante Schnittstellen zu Diskussionen in anderen Foren – etwa die der Ökologiebewegung um die Notwendigkeit einer »ökologischen Allmen-

de« (Schutz gemeinsamer ökologischer Lebensgrundlagen der Menschen wie Gene, strategische Wasserressourcen, Luft, Naturstoffe etc. vor ihrer Vereinnahmung als Privateigentum oder »geistiges Eigentum« von Firmen), die der Open-Source-Informatiker um das Konzept des »Copyleft« und eine »Ökonomie des Schenkens« oder jene der BUND/Misereor-Studie oder von fortschrittlichen Designer-Kreisen zu ökologischen Leasingkonzepten (Verbraucher zahlen nur den Gebrauchswert eines Gutes, das Produkt bleibt Eigentum des Herstellers, der Haftung übernimmt, Reparaturen vornimmt und es am Ende entsorgt). Der Hannoveraner Sozialforscher Michael Vester merkt an: »Die Wissensgesellschaft schafft aber nicht nur neue, kompetentere Eliten, sie macht die Autorität von Eliten auch schrittweise überflüssig, wenn sie Kompetenz immer weiter in die Mitte der Gesellschaft verlagert. Die Verlagerung der Kompetenz nach unten wird ohne eine Verlagerung der Kontrolle nach unten nicht auskommen.« Die Teilhabegesellschaft ist jedenfalls nicht ohne einen neuen Zugang zur Eigentumsfrage zu denken.

5. Strategische Perspektive: Politische Umgruppierung der Linken

Die strategische Perspektive, über eine Regierungsbeteiligung sozial-ökologische Reformpolitik wenn auch in kleinsten Schritten voranzutreiben, ist durch die Wende zur »Politik der Zweiten Chance« vollständig verbaut worden. Ein gemeinsames rotgrünes sozial-ökologisches Reformprojekt, auf das vor der Bundestagswahl so viele gehofft hatten, gibt es nicht mehr. Auf der Ebene der Parteipolitik betrifft dies nicht nur SPD und Grüne, sondern auch die PDS.

Die PDS hat im Westen aufgrund ihrer politischen Herkunft und der fortgesetzten

DDR-Nostalgie eines bedeutenden Teils ihrer östlichen WählerInnenbasis nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten, als glaubwürdige linke Alternative angenommen zu werden. Doch dies ist nicht ihr einziges Handicap. Die Ergebnisse ihrer Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und ihrer Tolerierungspolitik in Sachsen-Anhalt lassen keine bedeutsamen Unterschiede zur Regierungspolitik von Rotgrün im Bund und in den Ländern erkennen. Innerparteilich ist sie damit zerrissen zwischen der Rolle als konsequente Opposition gegen die Politik der Neuen Mitte einerseits und dem Zugehen auf die Schröder-SPD (und inzwischen auch auf die Ost CDU) zur Ermöglichung weiterer Regierungsbeteiligungen in den ostdeutschen Bundesländern andererseits. Auch für sie ist nicht in Sicht, mit den avisierten Koalitionspartnern einen tragfähigen Minimalkonsens über sozial-ökologische Reformpolitik zu finden. Sie ist damit eher Bestandteil des Problems der Erneuerung der Linken statt Teil seiner Lösung.

Unter dem Vorzeichen des Dritten Wegs und der »Modernisierung« ist die Strategie der Regierungsbeteiligung zur Durchsetzung sozial-ökologischer Reformpolitik in eine Sackgasse geraten. Der bei vielen grünfundamentalistischen oder revolutionär-sozialistischen Linken verbreitete Umkehrschluss, Regierungsbeteiligungen aus prinzipiellen Gründen abzulehnen, führt allerdings auch nicht weiter. Allein durch konsequente Oppositionspolitik lassen sich zwar Modifizierungen der Regierungspolitik durchsetzen oder bestimmte Entwicklungslinien verzögern und verhindern. Dies hat der Widerstand der Anti-AKW-Bewegung in den 80er Jahren exemplarisch gezeigt. Sie ermöglicht allerdings nicht die Neugestaltung von Politik entlang einer alternativen Entwicklungslogik.

Entscheidend für einen solchen Politikpfad ist das Zusammenspiel einer entschlossenen, reformorientierten Regierung

auf Grundlage eines politischen Minimalkonsenses und von sozialökologischen Reformbewegungen in der Gesellschaft, die an der Umsetzung der Reformpolitik vor Ort teilnehmen und eine zögerliche Regierung durch eigene Aktionen unter Druck setzen können. Beide Bedingungen ein sozial-ökologischer Minimalkonsens der Regierenden und aktive, selbstbewusste Bewegungen – sind derzeit bekanntlich nicht gegeben. Der Erneuerungsprozess der Linken muss deshalb darauf abzielen, durch politische Umgruppierungen darauf hinzuwirken, diese Bedingungen herzustellen. Ein Ausblenden der Regierungsfrage wird ihr dabei nicht viel nützen.

Nicht wenige intellektuelle Linke setzen darauf, dass eine programmatisch erneuerte und damit auch in Wahlen wieder populärer gewordene Linke durch eine Regierungsbeteiligung mehr durchsetzen könne, als dies mit SPD und Grünen in ihrer heutigen Verfassung möglich ist. Diese Erwartung bricht sich allerdings an den realen Machtverhältnissen. Der Aufstand des Kapitals gegen den ersten zögerlichen Reformschub unter Lafontaine ist ein mahnendes Beispiel. Ohne eine gesellschaftliche Bewegung im Rücken, die mindestens genauso wirksam Druck für ihre Interessen entfalten kann wie die Wirtschaftsverbände und neo-liberalen Medien für die Kapitaleseite, wird auch ein solcher Versuch kläglich scheitern. Auch wenn wir in einer Mediengesellschaft leben, funktioniert die Politik nun einmal nicht nach dem Modell des herrschaftsfreien Diskurses von Jürgen Habermas, wonach der- oder diejenige gewinnt, der oder die die besseren Argumente parat hat.

Vorrangige Aufgabe der Linken ist es deshalb zunächst, in der Gesellschaft Potentiale für sozial-ökologische Reformpolitik neu zu bündeln und die Verständigung auf ein gemeinsames strategisches Projekt zu fördern. Weil die politischen Fronten in der Auseinandersetzung um die Politik der Neuen Mitte

quer zu den Parteigrenzen von SPD, Grünen und PDS verlaufen, ist die Gründung neuer (Kleinst-) Parteien für die nötige gemeinsame Verständigung genauso kontraproduktiv wie der Versuch, den linken Erneuerungsprozess gleich mit der Frage der Parteiform zu überfrachten. Da ein großer Teil der noch aktiven emanzipatorischen Kräfte – Umweltverbände, Frauengruppen, Netze linker GewerkschafterInnen, MigrantInnenverbände, Jugendgruppen etc. – ohnehin parteilich kaum oder nicht gebunden sind, wird ein solches Vorgehen den notwendigen Diskurs über gemeinsame Inhalte, Strategien und Aktionsmöglichkeiten unmöglich machen.

Für eine Bündelung linker, ökologischer, solidarischer und feministischer Potentiale in der Gesellschaft sind Netzwerke wesentlich sinnvoller. Es ist bei dieser Organisationsform egal, ob einzelne Aktive ein grünes, sozialdemokratisches oder PDS-Parteibuch haben, solange gemeinsame Strategien, Konzepte und Aktionsmöglichkeiten entwickelt werden können, die alle zusammen voranbringen. Die Netzwerkform erleichtert es auch, den unterschiedlichen sozialen Milieus des potentiellen Reformlagers gerecht zu werden.

Die verschiedenen, häufig an Einzelthematiken orientierten Netzwerke in der Bundesrepublik stehen vor einer entscheidenden Frage: entweder sie beißen sich vereinzelt und mit ihrer jeweiligen schwachen Kräften an der rot-grünen Konterreform die Zähne aus – oder sie versuchen, aus ihren jeweiligen Blickwinkeln Gemeinsamkeiten mit anderen Netzwerken und Initiativen zu finden, die Kräfte zu bündeln und einige wenige gemeinsame Strategien und Aktionen zu entwickeln. Eine solche Vorgehensweise wurde bereits z.B. von der »Initiative für eine andere Politik«, vom »Netzwerk für eine zukunftsfähige Politik« oder vom »Jugendbündnis für eine zukunftsfähige Po-

litik« in Ansätzen entwickelt, die in unterschiedlicher Zusammensetzung ein Spektrum von NaturwissenschaftlerInnen über Umwelt- und Dritte Welt-Gruppen bis zu GewerkschafterInnen versammeln. Es erscheint sinnvoll, diese Kräfte noch weiter zu bündeln, bisher nicht an diesen Prozessen beteiligte Initiativen zur Mitarbeit einzuladen und eine Diskussion über Alternativen und Handlungsmöglichkeiten zur Politik der Neuen Mitte in Gang zu setzen. Programmatisch-konzeptionelle Erneuerung, die Entwicklung von Strategien, die Ansprache heterogener sozialer Milieus, der Aufbau funktionstüchtiger Strukturen und gemeinsamer Aktionen sollten dabei in einem dialogischen Prozess Hand in Hand gehen. Interessierte politische Kräfte in Parlamenten und Regierungen können die öffentliche Wirkung der Netzwerke verstärken, indem sie sich positiv auf deren Forderungen und Aktionen beziehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten sowohl mediale als auch parlamentarische Unterstützungsarbeit leisten. Gelingt dieses Zusammenspiel, so würde es in Deutschland überhaupt wieder möglich, strategische politische Alternativen in eine massenwirksame Diskussion zu bringen.

Die neue Mitte birgt ein erhebliches Potential für neue politische Differenzierungen: »Dieser Riss wird vor allem zwischen den »neuen Hegemonen« – der Elite der mehr oder minder modernisierten Technokraten – und der neuen Arbeitnehmermitte verlaufen. Wenn in der Mitte die Angst vor Arbeitslosigkeit und ungewisser Zukunft abnimmt, wird deutlicher, dass sich jener untere Teil der Neuen Mitte mit der passiven Rolle, für mehr soziale Sicherheit bescheidenere Tarifabschlüsse hinzunehmen, nicht abfinden wird.« Als Konsequenz der von der Neuen Mitte enttäuschten Reformererwartungen »kommt es mit der Zeit zu verschiedensten neuen Protestbewegungen der moderneren sozialen Gruppen – insbesondere Arbeiter und Angestellte, Schüler und Studierende, Frauen und diskriminierte Gruppen.

Ihre Forderungen werden sich nicht auf materielle Umverteilungen beschränken; Sie wollen mitbestimmen, wenn es um ihre Zukunft geht.» (Michael Vester)

Eine erneuerte Linke darf sich also nicht ausschließlich als Interessenvertretung der ModernisierungsverliererInnen und Marginalisierten verstehen, wenn sie Erfolg haben will. Sie muss vielmehr auf eine politische Umgruppierung quer durch verschiedene soziale Milieus setzen. Die Anliegen der breiter werdenden Schichten der sozial Ausgeschlossenen gilt es mit den Fragen der Gestaltung der »Wissensgesellschaft« und des ökologischen Umbaus so zu verknüpfen, dass die Linke insbesondere in die von Vester prognostizierte Differenzierung im Milieu der modernen Arbeitnehmermitte und in die Umbrüche in den postmaterialistischen Milieus der Hedonisten und Liberalintellektuellen orientierend eingreifen kann. Mit einer bloßen Neuauflage der »postmaterialistischen« Politik der Grünen in den 80er Jahren – die heimliche Sehnsucht vieler AktivistInnen aus dem linksgrünen Milieu – kann diese Umgruppierung nicht bewerkstelligt werden. Dafür sind die Anliegen der Ökologie, der Emanzipation von Frauen, der Demokratisierung, der Integration von ImmigrantInnen und Flüchtlingen inzwischen zu sehr mit der neuen Verteilungsfrage verknüpft.

Das Potenzial zum Aufbau einer anti-neoliberalen politischen Strömung, die auf gemeinsamen Interessen von Frauen, MigrantInnen, »neuen ArbeitnehmerInnen«, prekär Beschäftigten und neuen Selbständigen gründet, ist durchaus vorhanden. Die politische Kunst wird darin liegen, diese Interessen hinreichend miteinander zu verknüpfen und eine jeweils milieugerechte Form der politischen Ansprache zu finden. Dies ist die entscheidende Aufgabe im Erneuerungsprozess der politischen Linken in Europa und in Deutschland.

Vorgeschmack auf weitere Kriege um Gas und Öl

Der Tschetschenien-Konflikt liefert nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten und alternativen Nobelpreisträgers HERMANN SCHEER einen Vorgeschmack auf brutal eskalierende Ressourcenkriege.

Herr Scheer, Sie sehen den Einsatz russischer Truppen in Tschetschenien weniger als einen Krieg gegen Banditen und Mörder, als um Ressourcen?

Der Tschetschenien-Krieg ist Teil eines zunehmenden Ressourcenkonfliktes. Das war schon im ersten Tschetschenien-Krieg der Fall. Auch damals war es zu vereinfachend, von einem Befreiungskampf eines kleinen Volkes gegen das große zu sprechen. Es ging vor allem um die Frage, wer den Zugriff auf die direkt durch Grosny verlaufende Erdölpipeline und damit eine Beteiligung an den Einnahmen hat.

Und heute?

Was gegenwärtig in Tschetschenien stattfindet, erscheint als Aufflackern des politischen Islamismus. Doch das ist geschürt. Solche Stimmungen sind von Nutzen bei dem Vorhaben, die kaukasischen und transkaukasischen Erdöl- und Erdgasquellen privilegiert zu erschließen – unter Ausgrenzung der russischen Interessen. Jüngstes Beispiel ist der Gegenwart von US-Präsident Bill Clinton geschlossene Vertrag zwischen der Türkei,

Aserbaidschan und Georgien über den Bau einer Pipeline von Baku nach Ceyhan.

Kasachstan und Turkmenistan sicherten auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul zu, ihr Öl über diese neue Route zu liefern.

Wenn Russland völlig aus dem Spiel gebracht wird, weil seine Pipelines nicht mehr benutzt werden und ihm Einnahmen verloren gehen, führt das zu einer Störung des Verhältnisses mit Russland. Dadurch dass Regionen, die früher zur Sowjetunion gehörten, als westliches Interessengebiet definiert werden, weil es dort Ressourcen gibt, verliert man einen konstruktiven Einfluss auf die russische Regierung. Schon jetzt sind die Öl- und Gasförderländer Kaukasiens und Transkaukasiens Nato-Kooperationsländer – mit der Option auf eine spätere Mitgliedschaft. Das treibt Russland in eine sich radikalisierte Position.

Damit birgt die Region um das Kaspische Meer, in der eines der weltweit größten Erdölvorkommen von rund 200 Milliarden Barrel Öl vermutet wird, erhebliches Konfliktpotenzial?

Das zeigten schon die Vorfälle innerhalb Georgiens, zwischen Aserbaidschan und Armenien um die Enklave Berg-Karabach und in Tadschikistan, wo nach außen zwei Clans um die Macht kämpfen. Es geht dort längst um Ressourcen. Es wird so getan, als gäbe es einige irrationale Glaubensführer und ein paar orthodoxe Altkommunisten, die um den politischen Einfluss kämpfen. Hinter all diesen Konflikten steckt – wer auch immer daran partizipiert – der Kampf um die Beteiligung am Ressourcengeschäft, dem größten Geschäft der Welt.

Wo drohen weitere Gefahren?

Der Tschetschenien-Krieg liefert nur einen Vorgeschmack auf künftig eskalierende Ressourcenkonflikte. Die Kurve der abnehmenden Verfügbarkeit fossiler Reserven und jene des steigenden globalen Verbrauchs kreuzen sich aller Voraussicht nach zwischen 2030 und 2040. Das sind die Weltkrisenpunkte. Es muss alles darangesetzt werden, dass wir sie nicht erreichen. Sonst kommt es zu zahllosen lokalen Konflikten, die eine Region nach der anderen ins Chaos stürzen. Auch werden China und Indien, die zusammen mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung stellen und einen riesigen Importbedarf an Energie mit zweistelligen Zuwachsraten haben, nicht zulassen, dass sich die Länder Westeuropas und die USA, die heute schon 75 Prozent der Weltressourcen verbrauchen für 10 Prozent der Weltbevölkerung, auch noch der letzten Ressourcen vor ihrer Haustür bedienen.

Sondern?

China und Indien werden versuchen, dagegen einen Machtfaktor zu bilden zusammen mit Russland. Das sind drei Atomkräfte, die zusammen 40 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Ich befürchte seit einigen Jahren das Entstehen eines Dreierbündnisses. Primakow hat das nun vor wenigen Wochen vorgeschlagen. Logische Konsequenz wäre eine nach Asien verschobene Neuauflage einer Blockkonfrontation zwischen Amerika und Europa einerseits und der eurasischen Region andererseits, die zum Hauptkampfplatz um die zur Neige gehenden Ressourcen werden könnte und zugleich ein Nord-Süd-Konflikt ist.

Wir entnehmen den Beitrag den ORL Informationen Nr. 91 mit freundlicher Genehmigung von Ohne Rüstung Leben e.V. aus Stuttgart.



Karte: ORL Informationen

Krieg auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen

oder: Soll Krieg nach Gottes Willen wieder sein?

Von UDO FLEIGE. Gewidmet Gustav Pfeiffer, Religiöser Sozialist, (geboren am 16. Februar 1920, gestorben am Reformationstag, 31. Oktober 1999 in Reutlingen), und seiner Frau Ruth Pfeiffer.

Müssen Christinnen und Christen sich am Völkerrecht orientieren?

Okay, die Völkerrechtler sind sich ziemlich einig: Die 79-tägige Militäraktion der NATO gegen serbische Truppen im Kosovo im Jahre 1999 verstieß erstens gegen die UN-Charta, zweitens war sie völkerrechtswidrig und drittens war die Beteiligung der deutschen Truppen daran auch noch grundgesetzwidrig. – Muss uns als Christinnen und Christen aber die Meinung der Juristen interessieren, ist sie gar für uns maßgeblich? – Nein, maßgeblich ist sie nicht. Und was die Völkerrechtler (und Völkerrechtlerinnen?) kommentieren, ist eigentlich ein Thema für eine juristische Zeitschrift und nicht für eine religiöse wie CuS. Maßgeblich ist für die Jüngerinnen und Jünger die berühmte Frage Martin Niemöllers: »Was würde Jesus dazu sagen?«, und die Aussage der Apostelgeschichte »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« (Apg 5,29).

Gut, die drei großen deutschen wissenschaftlichen Institute für Friedensforschung sind sich in ihrem »Friedensgutachten 1999« einig darin, dass dieser 1999er Krieg in Jugoslawien nicht nur gesetzwidrig war, sondern mit seinen 37500 Einsätzen auch ein militärischer Fehlschlag und sein erklärtes Ziel klar verfehlt hat (nämlich die ethnischen Säuberungen im Kosovo zu unterbinden). Hat uns das als KatholikInnen und ProtestantInnen zu interessieren oder ist es gar für uns maßgeblich? – Nein, eigentlich nicht. »Du bist von Gott angenommen und akzeptiert, unabhängig von Leistungen« haben Katholiken und Lutheraner am 31.10.1999 in der St. Anna-Kirche zu Augsburg nach fast 500 Jahren Streit über die Rechtfertigungslehre feierlich unterschrieben; die katholische und die protestantische Kirche haben sich darauf geeinigt, dass Martin Luther gar nicht so falsch lag, als er behauptete, die Rechtfertigung der Gläubigen geschehe »sola gratia«, »allein aus Gnade«. – Und sind wir nicht allzumal Sünder, ob wir nun im Kosovo militärisch eingegriffen hätten oder nicht, wie Erhard Eppler jüngst meinte?

Soll Krieg nach Gottes Willen wieder sein?

Wir haben da das große Problem, dass Gott sich leider nicht laut und deutlich äußert und das kleine Problem, dass sich die berufenen Interpretinnen und Interpreten des Wortes Gottes nicht so ganz einig sind.

Nach dem Zeiten Weltkrieg schien die Sache noch erstaunlich klar zu sein. Der Vorsitzende der Christlich-Sozialen-Union, Franz Josef Strauß, wollte, dass jedem Deutschen, der noch einmal zum Gewehr greift, die Hand abfällt. Der Ökumenische Rat der Kirchen proklamierte in seinem Gründungsjahr 1948 feierlich: **»Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein«.**

40 Jahre später, am 30. April 1989 formulierte die Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR immer noch: **»Die Menschheit muss sich in ihrer Verflochtenheit als Überlebensgemeinschaft organisieren in einer verbindlichen Rechtsgestalt, die den Schwächeren schützt und Konflikte politisch löst«.**

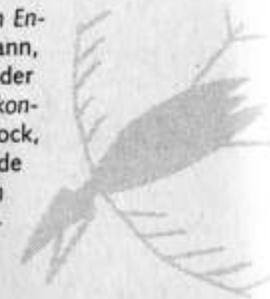
Auch im 1999er Jugoslawienkrieg blieben zumindest die internationalen Kirchenbünde eindeutig pazifistisch: Der Vatikan, der Lutherische Weltbund und der Ökumenische Rat der Kirchen verurteilten die NATO-Militäraktion von Anfang an. **»Vergebens hat der Papst das Ende der NATO-Luftangriffe gefordert, vergebens fordern ÖRK und Vatikan ein Stopp des Bombens während des orthodoxen Osterfestes. Ohne Ergebnis kehren die päpstlichen Diplomaten aus Belgrad zurück, wo der Vatikan seine Nuntiaturn – im Gegensatz zur westlichen Welt – geöffnet hält. Unerhört bleibt die Osterbotschaft vom Weltkirchenrat in Genf, wo Protestanten, Anglikaner, Pfingstkirchen und Orthodoxe Frieden fordern«.** (Vgl. Publik-Forum Nr. 8, 1999)

Doch andere Kirchenführer waren da gänzlich anderer Meinung: Georg Carey, Pri-

mas der Kirche von England, Karl Lehmann, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und Erich Kock, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland sind vollauf auf der Seite ihrer Verteidigungsminister und unterstützen den Krieg als **»ultima ratio«**, als »letzte Möglichkeit«. (Vgl. Publik-Forum a.a.O.) – Wer ist in dieser Angelegenheit der wahre Prophet: Papst Johannes Paul II, der katholische Bischof Lehmann, der evangelische Bischof Kock oder Griechenlands orthodoxer Erzbischof Christodoulos, der dem »heroischen Volk der Serben« seine »vollkommene Solidarität« zusichert?

Eins kann man ziemlich sicher sagen: Kirchenführer (und Kirchenführerinnen?), die der Meinung ihres jeweiligen Verteidigungsministers sind, setzen sich schon mal von vornherein dem Verdacht aus, Hofpropheeten in der Tradition des Staatskirchentums zu sein, wie wir sie auch aus der Biblischen Geschichte kennen. Das heißt gleichwohl noch nicht, dass sie das auch sind. Zu ihrer Entschuldigung kann man vielleicht sagen: Die großen Kirchen der Christenheit waren – seit Kaiser Konstantin im Jahre 321 n.Chr. das Christentum zur Staatsreligion erhob – nie pazifistisch.

Pazifistisch war die Christenheit vor der konstantinischen Wende; danach waren es nur noch kleine Minderheiten innerhalb der Kirche, z.B. die traditionellen Friedenskirchen der Mennoniten und der Quäker. Deshalb ist es nicht besonders erstaunlich, wenn sich Vertreter (und Vertreterinnen?) der Kirche und andere Menschen mit theologischen Argumenten für einen militärischen Einsatz aussprechen.



Und was sagt der Religiöse Sozialismus?

Man sagt dem Religiösen Sozialismus zwar eine Neigung zum Pazifismus nach, doch so ganz stimmt das auch nicht. Es gibt bedeutende Leute aus dem Umfeld des Religiösen Sozialismus und der mit ihm verwandten Befreiungstheologie, die durchaus keine Pazifisten waren. Ich erinnere an Helmut Gollwitzer, der Geld für Waffen für die Guerilla in El Salvador sammelte und an Ernesto Cardenal, der von der **»Heiligkeit der Revolution«** in Nicaragua sprach. Und selbst unser religiös-sozialistische Patriarch Leonard Ragaz verließ in seiner Schrift **»Sozialismus und Gewalt«** (1919) seinen streng pazifistischen Pfad: **»Nehmen wir einmal an, ein gewisses Maß an Gewalt sei unvermeidlich. Dann ist es unsere Aufgabe, dieses Maß so klein als immer möglich zu halten. Dann müssen wir wissen, was für eine schwere Verantwortung wir auf uns laden, wenn wir zur Gewalt greifen, und möge diese noch so berechtigt sein. [...] Wenn wir in der höchsten Not zur Gewalt [...] meinen greifen zu müssen, dann sollten wir es tun in tiefem Erbeben der Seele und unter Aufgebot aller guten Geister. [...] Darum aber steht eins auf alle Fälle fest: Ob wir nun glauben, ganz ohne Gewalt auskommen zu können oder nicht, so ist doch die Verherrlichung der Gewalt ein Frevel [...] Kann Gewalt uns einen Schritt vorwärts bringen, so vielleicht einen halben (wenn nicht zwei!) zurück.«** (Vgl. CuS Heft 1/1984)

Hat die NATO Ragaz gelesen? Hätte Ragaz die NATO in ihrer Militäraktion gegen Jugoslawien gar unterstützt? – Die NATO zieht ja nicht mehr mit Pauken und Trompeten in den Krieg wie der Deutsche Kaiser anno 1914. Nein, die NATO scheint in der höchsten Not zur Gewalt gegriffen zu haben. Und sah man dem deutschen Verteidigungsminister im Fernsehen nicht das Erbeben der Seele an? Und hat die NATO nicht

den Sekt zu ihrem eigenen 50. Geburtstag wegen des Krieges abbestellt? Und hat die NATO nicht versucht, das Maß so klein als immer möglich zu halten, chirurgisch präzise nur militärische Ziele angegriffen und die Zivilbevölkerung geschont? ... Oder?

Fazit

Wir wissen nun immer noch nicht, was der Liebe Gott denkt, wen er beim jüngsten Gericht auf die linke Seite stellen wird und wen auf die rechte. Wir werden es auch nie wissen. Sicher ist für mich: Der Pazifist wird nicht automatisch auf der rechten Seite des Thrones stehen. Vielleicht kennen Sie die folgende kleine Geschichte: **Kommt ein Mann zur Himmelspforte und möchte von Petrus eingelassen werden. Doch Petrus lässt ihn nicht herein. Der Mann versteht das nicht, zeigt Petrus seine Hände und sagt: »Da muss ein Mißverständnis vorliegen. Schau, Petrus, ich habe ganz saubere Hände«. Petrus entgegnet: »Eben drum«.**

Fast genauso sicher bin ich, dass Helmut Gollwitzer, Ernesto Cardenal, Dietrich Bonhoeffer und Pater Alfred Delp nicht automatisch in der Hölle landen werden, weil sie die Revolution in Mittelamerika bzw. das Attentat auf Hitler mehr oder weniger direkt unterstützt haben.

Es gibt aber in unserer jüdisch-christlichen Tradition ein paar wunderbare Geschichten zum Umgang mit der Gewalt, zum Beispiel die Geschichte vom Propheten Elia. Im ersten Buch der Könige wird berichtet, wie Elia für einen guten Zweck, für Gott selber, 450 Baalspriester umbringen lässt. Zunächst ist er stolz auf seine Tat, gürtet sich, läuft vor dem Wagen des Königs her. Das erinnert mich an den NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark, der nach dem Kriegseinsatz vom 24.3.-13.6.99 gegen Ex-Jugoslawien sagte: **»Wir haben genug zerstört und**

getroffen, der Konflikt hat zu den Bedingungen der NATO geendet« (taz 18./19. 9. 1999).

Doch irgendwann müssen Elia Zweifel gekommen sein, er geht auf den Berg Horeb, versteckt sich in einer Höhle und möchte eine Antwort von Gott bekommen. Der Herr antwortete: Komm heraus, und stell dich auf den Berg vor den Herrn! Da zog der Herr vorüber: Ein starker, heftiger Sturm, der die Berge zerriß und die Felsen zerbrach, ging dem Herrn voraus. Doch der Herr war nicht im Sturm. Nach dem Sturm kam ein Erdbeben. Doch der

Herr war nicht im Erdbeben. Nach dem Beben kam ein Feuer. Doch der Herr war nicht im Feuer. Nach dem Feuer kam ein sanftes, leises Säuseln. Als Elia es hörte, hüllte er sein Gesicht in den Mantel, trat hinaus und stellte sich an den Eingang der Höhle. (1. Könige 19) – Die leise Stimme, die Elia hört, befiehlt ihm, sein Mandat niederzulegen, und Elischa, den Sohn Schafats aus Abel-Mehola, an seiner Stelle zum Propheten zu salben. — Ich finde, unser Verteidigungs- und unser Außenminister könnten daraus lernen.

TAGUNG

Aktuelle Friedenspolitik und christliche Friedensvision

Eine gemeinsame Tagung von Pax Christi (Bistumsstelle Paderborn), Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, Internationaler Versöhnungsbund (Deutscher Zweig) und Kommende (Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn)

wann? 29. September – 1. Oktober 2000
wo? Kommende, Brackeler Hellweg 144, 44291 Dortmund

Nicht erst seit dem Bundeswehreininsatz im Kosovo ist in der deutschen Politik die Tendenz erkennbar, angesichts bestimmter Konfliktkonstellationen auf den Einsatz militärischer Mittel zu setzen. Als Organisationen, die seit vielen Jahren dem Einsatz für Gerechtigkeit mit gewaltfreien Mitteln verpflichtet sind - und zum Teil in jüngster Zeit durch die Diskussion um „humanitäre Interventionen“ vor eine innere Zerreißprobe gestellt wurden - wollen wir uns auf der Tagung zum einen vor Augen führen, welches Ausmaß die Neigung zu einer militärgestützten Außenpolitik inzwischen erreicht hat. Zum anderen fragen wir danach, welche Visionen und welche Handlungsstrategien wir dem eigentlich entgegengesetzten haben. Und nicht zuletzt wird es bei der Tagung um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen der Organisationen und die Suche nach Ansatzpunkten zukünftigen gemeinsamen Handelns gehen.

Freitagabend	Ulrich Hahn (Vors. Versöhnungsbund): Tolstoj als Pazifist und Sozialist
Samstagvorm.	Andreas Zumach (Journalist): Neue Entwicklungen militärgestützter Außenpolitik Deutschlands und der NATO
Samstagnachm.	durch Experten begleitete Arbeitsgruppen zu den Themen: Ziviler Friedensdienst (S. Willmutz), Aktionen Zivilen Ungehorsams (W. Sternstein), Alternative Wirtschafts- und Finanzpolitik (N.N.), Spiritueller Grundlagen (S. Eberle)
Samstagabend	Gottesdienst
Sonntagvorm.	Verabredung gegenseitiger Unterstützung und Entwicklung gemeinsamer Handlungsperspektiven
Kostenbeitrag:	ca. DM 80,- (einschl. Vollpension)



Anmeldungen bitte an: Pax-Christi-Bistumsstelle Paderborn, Elisabeth Engel, Brauersdorfer Str. 1, 57250 Netphen, Tel.: 02738/69 10 58 (hier ist ab Mitte August auch das endgültige Programm der Tagung erhältlich)

Euphorie in Nicaragua – Impfstoff gegen die Armut?

VOM INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA

Die zweite Unabhängigkeit...

Am 16. September 1999 organisierte die nicaraguanische Regierung auf dem Platz der Kathedrale eine große Party und proklamierte den Tag als die »zweite Unabhängigkeit Nicaraguas«. An diesem Tag war Nicaragua vom IWF (Internationaler Währungsfond) auf die Warteliste für die Aufnahme in die Gruppe der HIPC-Länder (High Indebted Poor Countries, Hoch verschuldete arme Länder) gesetzt worden. Man verschenkte Limo und belegte Brote, und über dem Platz hing eine überdimensionierte Piñata (mit Süßigkeiten gefüllte Puppe) mit einem großen hübschen Dollarzeichen.

Kurz vorher war zur Feier des Tages eine Messe in der Kathedrale am Metrocentro zelebriert worden. Erzbischof Montenegro beteiligte sich an der staatlich inszenierten Euphorie und sprach zu seinen Gläubigen: »Wir feiern nicht, arm zu sein, sondern den Impfstoff gegen die Armut gefunden zu haben«. Mit der Propagandashow sollte die Bevölkerung davon überzeugt werden, dass Nicaragua demnächst 80% seiner Auslandsschulden erlassen bekäme, und die Regierung erfolgreich am wirtschaftlichen Aufschwung arbeitet.

Dem allerdings ist in mehrfacher Hinsicht nicht so. Der Zugang zur HIPC-Initiative bleibt an die Erfüllung des Strukturpassungsprogramms ESAF geknüpft. Mitte 2000 ist Prüftermin, und erst dann wird Er-

folg oder Misserfolg der Maßnahmen definiert und über die Höhe möglicher Entschuldungen beschieden. Der Gegenwertfonds ist vom Tisch. Die Treffen von Köln und Washington haben die Möglichkeit hergestellt, dass Schulden aus der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, die sog. weichen Schulden, zu 100% erlassen werden können. Dazu muss die Regierung nun in Einzelverhandlungen treten, die Ergebnisse sind also auch hier noch offen.

Die Bundesregierung behält sich derweil diese Streichung noch vor. Lange hat man mit den NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen) über die Einrichtung eines Gegenwertfonds diskutiert. Diese Möglichkeit wäre bei einer Gesamtstreichung vergeben. Allerdings kann man davon ausgehen, dass der Gegenwertfonds nun vom Tisch ist, denn die nicaraguanische Regierung, wissend um die Möglichkeit eines 100%igen Erlasses, wird sich wohl kaum noch auf eine solche Gängelung einlassen. Darüber hinaus wurden für bilaterale Handelsschulden und multilaterale Verpflichtungen, doch nur soweit sie im Pariser Club verhandelt werden, Erlassquoten von 90% (»im Einzelfall höher«) festgelegt. Es sind aber nicht die gesamten 6,2 Milliarden Dollar Auslandsschulden Nicaraguas in den Entschuldungsprozess einbezogen. Wie sich die tatsächliche Erlassquote auswirken wird, weiß heute niemand mit Bestimmtheit zu sagen. Alle verbleibenden Schulden müssen natürlich zurückgezahlt werden. Ob sich der Anteil des Staatseinkommens, den Nicaragua für den Schuldendienst aufwendet, durch den Pro-

zess letztlich wesentlich senken wird, bleibt also offen.

...oder nachhaltiger aussaugen und abhängig machen?

Es gibt auch Berechnungen des IWF, die besagen, dass die Schuldenlast trotz der Entschuldungsinitiative in den nächsten 6 Jahren nicht wesentlich sinken wird. HIPC bedeutet nicht Schuldenerlass, sondern Rückzahlung unter anderen Bedingungen. Die sogenannten Hilfgelder nach dem Hurrikan Mitch, die auf der Stockholmer Konferenz im Mai 1999 verhandelt wurden, sind mehrheitlich keine Schenkungen, sondern langfristige Kredite, die den Schuldenberg zusätzlich anwachsen lassen werden.

Die Erfüllung des ESAF-Programms als Bedingung, um in den Genuss der HIPC-Initiative zu kommen, beruht im wesentlichen auf zwei Säulen: Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Verringerung des Handelsbilanzdefizits: Der Staatsapparat wurde abgespeckt und hinterließ Zehntausende von Arbeitslosen, genauso wie die Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe und die Reduzierung der Armee. Die öffentlichen Ausgaben für Soziales, Gesundheit und Erziehung wurden drastisch gesenkt, Tarife für Strom, Wasser und Transport sowie Verbrauchssteuern ständig erhöht.

Kurzfristige Bauprogramme nach Mitch haben die wachsende Arbeitslosigkeit vorübergehend gebremst und verschleiern die strukturellen Probleme. Mittlerweile leben 85,6% der nicaraguanischen Bevölkerung in Armut, über die Hälfte davon »in extremer Armut«. Die Auswirkungen von Mitch haben die Tendenz noch beschleunigt. Das Handelsbilanzdefizit vergrößert sich trotz ansteigender Exporterlöse. Die Bremsung wird künstlich durch Auslandshilfe und

die Überweisungen der nicaraguanischen MigrantInnen im Ausland (ca. 800 Millionen Dollar jährlich) abgedeckt. Weder Regierung noch Opposition haben ein langfristiges Konzept, die strukturellen Ursachen der Armut und sozialen Misere in Nicaragua anzugreifen. ESAF und HIPC werden unter diesen Bedingungen das Land nachhaltiger aussaugen und abhängiger machen. Good governance!

Neue Bedingungen

Damit nicht genug, haben IWF und Weltbank Ende September 99 neue Bedingungen für die Länder aufgestellt, die an der HIPC-Initiative teilnehmen wollen. Sie fordern eine Strategie mit sozialen Programmen zur Reduzierung der Armut sowie eine Politik, die good governance in den Schuldnerländern gewährleistet. Unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Betreuung des IWF (»oder einer anderen internationalen Finanzierungsinstitution [IFI]«) sollen die Programme erarbeitet und kontrolliert werden. Für Nicaragua würde dies einerseits die Nichtregierungsorganisationen und politische Institutionen gegenüber dem korrupten Regierungsapparat stärken, andererseits aber auch die politische Abhängigkeit und das Hineinregieren durch die internationalen Finanzorganisationen fördern.

Gleichzeitig ist eine solide Basis für die Regierungspolitik und eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Opposition verlangt. In diesem Kontext wird der Pakt zwischen Regierungspartei PLC und FSLN von den Finanzinstitutionen als Schritt zur inneren Stabilität und mehr Regierungsfähigkeit begrüßt. (Vergl. dazu CuS 1/2000 S. 22ff) Die Ergebnisse der Geberkonferenz von Stockholm stehen in engem Zusammenhang mit HIPC und den neuen Bedingungen.

Nicaragua und die übrigen zentralamerikanischen Länder wurden zu mehr Transparenz im Umgang mit den internationalen Hilfgeldern aufgefordert, sowie zur Stärkung der Kontrollmechanismen und mehr innerer politischer Stabilität. Die Zuspitzung des Konfliktes mit dem Nationalen Rechnungshof wie die Weigerung der Regierung, gegen die staatliche Korruption vorzugehen, haben Ende 1999 zu einer Verzögerung weiterer Auszahlungen von Seiten der Geberländer und der internationalen Institutionen geführt. Die nicaraguanische Regierung hat offensichtlich geglaubt, dass es ausreiche, die makroökonomischen Bedingungen zu erfüllen, um in den Genuss der teilweisen Schuldenstreichung durch HIPC zu kommen, und die Forderungen von Stockholm nicht ernst genommen. Jetzt sehen sie sich damit konfrontiert, dass die Bedingungen von Stockholm integraler Bestandteil dieses Paketes sind. In Stockholm wurde den zentralamerikanischen Nationen insgesamt 9 Milliarden Dollar bilaterale und multilaterale »Wiederaufbauhilfe« in Aussicht gestellt, davon 2,5 Milliarden für Nicaragua. Was nicht deutlich gesagt wird ist, dass diese Summe auch die Gelder miteinbezieht, die bereits vor dem Hurrikan Mitch zugesagt waren, und dass die Mehrzahl der zugesagten Gelder keine Schenkungen sondern langfristige Kredite sind, die die Auslandsverschuldung wieder anwachsen lassen werden. Ein Jahr nach Mitch ist von diesen Zusagen nur ein kleiner Teil wirklich festgeschrieben worden. Nach Aussagen der nationalen Koordination der nicaraguanischen Nichtregierungsorganisationen (CCER) sind von den möglichen 2,5 Milliarden bisher nur 68 Millionen konkret. Im Jahr nach Mitch ist die internationale »Hilfe« sogar zurückgegangen.

Hat Nicaragua in den letzten 5 Jahren jährlich etwa 500 Millionen Auslandshilfe erhalten, so waren es laut CCER bis Ende August 1999 266 Millionen Dollar. Laut dem Jahresbericht 1999 von Oxfam werden auch

zugesagte »Hilfen« nur verschleppt ausgezahlt. Der Jahresbericht kritisiert vor allem die Europäische Union und Spanien. Der gleiche Bericht kritisiert außerdem, dass die Gelder oftmals in große Infrastrukturprojekte gesteckt werden, die nichts mit den Folgen von Mitch oder der Bekämpfung der Armut zu tun haben. Demnach gehen z.B. mehr als die Hälfte der spanischen Gelder, die als Kredit vergeben werden, in den vierspurigen Ausbau der Straße von Managua nach Granada. Die Regierung Taiwans kanalisiert ihre »Hilfe« an den zuständigen staatlichen Strukturen vorbei, direkt ans Präsidialamt. Dort wird das Geld für Projekte verwendet, mit denen sich die Regierungspartei im kommenden Kommunalwahlkampf profilieren kann. Damit zahlt Taiwan seinen Preis dafür, dass die nicaraguanische Regierung in den internationalen Gremien die Anerkennung Taiwans unterstützt.

»Die Regierung hat Geld ausgegeben, aber nicht investiert«. Mit diesen Worten kommentierte ein Bürgermeister die Situation. Noch heute gibt es keinen zusammenhängenden Plan für die Verwendung der Mitch-Hilfgelder. Es gibt wahllose Einzelprojekte, in deren Mittelpunkt aber nicht die direkt betroffene Bevölkerung steht, sondern große Infrastrukturprojekte und fragwürdige ländliche Entwicklungsprogramme, die eher den exportorientierten mittleren und großen ProduzentInnen zugute kommen, als den kleinen BäuerInnen und der Förderung der Lebensmittelproduktion.

Ökologische Programme, die die Anfälligkeit des Landes gegenüber sogenannten Naturkatastrophen verringern könnten, spielen kaum eine Rolle. Sichtbar wird die Verwendung der Auslandshilfe durch die Regierung einzig im Fernstraßen- und Brückenbau und vor allem auf den großen Schildern, die neben den Baustellen verkünden: »Hier baut die Regierung von Arnaldo Alemán...«

Aus: »movidad« 5/99, Rundbrief des Informationsbüro Nicaragua und der Informationsstelle El Salvador

Öffne dich! Hephata reißt die Mauern ein

Seit vielen Jahren wird CuS in den Hephata-Werkstätten in Mönchengladbach gedruckt. Hephata, vor 140 Jahren als »Heil- und Pflegeanstalt für blödsinnige Kinder« gegründet, ist heute »zum Sinnbild einer Revolution geworden«, schreibt HUBERT OSTENDORF.



Hephata kommt aus dem Aramäischen, der Sprache Jesu, und heißt »Öffne dich«. Der Name ist in letzter Zeit zum Sinnbild einer Re-

Evangelische Stiftung

HEPHATA
WERKSTÄTTEN

anerkannte Werkstatt für Behinderte

volution geworden. Denn seit fünf Jahren sind 1500 Menschen mit einer geistigen Behinderung und 1200 Mitarbeiter dabei, an verschiedenen Standorten der Evangelischen Stiftung Hephata die alten Anstaltsmauern einzureißen und in Wohnungen in der Stadt und die Umgebung zu ziehen – ein in Deutschland in dieser Konsequenz einmaliger Prozess der Selbstbefreiung.

Heike Aring (37) lebt in einer Wohngruppe für geistig Behinderte in Mönchengladbach. Wie in einer Studenten-WG sitzt sie mit ihren vier Mitbewohnern am Tisch. Im Hintergrund läuft der Fernseher. »Wer sein Leben selbst in die Hand nehmen will, braucht Sicherheit« – der Slogan einer Versicherungsgesellschaft ist das Stichwort für Frau Aring: »Ich lasse mir von keinem vorschreiben, was ich tun soll.«

Fast alle zentralen Einrichtungen, wie etwa die Großküche oder der medizinische Dienst, sind aufgelöst worden. »Eine starre Infrastruktur hat etwas Normierendes«, erläutert Johannes Degen, Direktor der Stiftung und Initiator des neuen Denkens. Oberster Grundsatz und Maßstab allen Handelns ist für den promovierten Theologen die Selbstbestimmung. Entsprechend heißt es in der 1996 neu gefassten Satzung: »Alle Dienste haben sich am Wohl und an den Interessen der Behinderten zu orientieren, die, so weit möglich, ihr Leben selbst gestalten.«

Das dies nicht immer so war, berichtet Christoph Munzert. Der 49-Jährige hat bis zu seinem Umzug in die ehemalige Hausmeisterwohnung in einem Massenquartier gelebt, mit vier bis zehn Personen pro Zimmer. Der Alltag in diesem Anstaltsgebäude war streng geregelt, von den Tischzeiten bis hin zur Verpönung des Damenbesuches.

Heute arbeitet Munzert als Kellner in der stiftungseigenen Cafeteria. In seiner Wohnung kann er tun, was eigentlich selbstverständlich ist: Kommen und gehen, wann er will, und mitbringen, wen er will. Leider hat er derzeit keine Freundin. »Aus der letzten Bekanntschaft wurde nichts«, sagt er und ringt die Hände. »Vielleicht lerne ich ja auf Mallorca eine Frau kennen«, lacht er verschmitzt und ergänzt: »Ich liebe die Welt und will raus in die Freiheit.« Munzert fährt mit bei einer Reise, die Hephata anbietet. Die Teilnehmer bestimmen Ziel und Ablauf selbst.

Hephata ist vor 140 Jahren als »Heil- und Pflegeanstalt für blödsinnige Kinder« gegründet worden. In der Nazizeit wurden von dort 180 Menschen deportiert und ermordet. Noch bis Ende der sechziger Jahre herrschte hinter den Anstaltsmauern ein brachialer Erziehungsstil. Ein ehemaliger Bewohner erinnert sich: »Nach dem Essen gab es sehr oft wegen irgendwelcher Verstöße gegen Gebote eine Strafe, die als »Augen weg« bekannt war. Wir mussten unsere Arme auf dem Tisch verschränken und den Kopf darauf legen. In dieser Haltung mussten wir dann bis zu zwei Stunden ausharren.« Wer nachts nicht schlafen konnte, sei mit einer Decke über dem Kopf auf den Flur gestellt worden. Mitten im Schlafrum habe ein einziger Topf für die Notdurft von zwölf Jungen gestanden. Schließlich: Besuch war nur alle 14 Tage erlaubt, in den Schulferien mussten die Kinder auf dem Kartoffelfeld arbeiten. Wer sich der harten Sitten durch Flucht zu entziehen suchte wurde in einen grau-weiß-gestreiften Sträflingsanzug gesteckt und musste 14 Tage Arrest im »Besinnungstübchen« absitzen.

Zum Glück sind diese Zeiten vorbei«, findet Manfred Hartmann (42). Er arbeitet als Gärtner. Der kräftige Mann ist Mitglied einer Gruppe, die sich Selbstbestimmt leben nennt. Hier diskutieren über 60 behinderte Menschen ihre Probleme und suchen nach Lö-

sungen. Die Hilfe von Professionellen brauchen sie dabei nur selten. »Ich weiß doch selbst, was für mich gut ist«, sagt Hartmann, der mal in seiner eigenen Gruppe, hier in dem ehemaligen Haus für Mitarbeiter, mal bei seiner Freundin in einer anderen Wohnung von Hephata lebt.

In der Stiftung vermeidet man bewusst das Wort »Außenwohngruppe«. Denn Außenwohngruppen bedingen nach wie vor das »Innen« einer anstaltlichen Sonderwelt. Direktor Degen und seine Mitarbeiter setzen stattdessen auf Dezentralisierung. In Mönchengladbach, Essen und anderswo entstehen »gemeindeintegrierte, wohnortnahe und kleinteilige« Lebensgemeinschaften, in denen Menschen mit Behinderung selbst bestimmen, wie sie leben möchten. Von der Farbe der Wände über die Organisation der Mahlzeiten bis hin zur freien Arztwahl: Alles wird in der Gruppe oder persönlich entschieden. Die Unterstützung durch Heilerziehungspfleger oder andere Mitarbeiter wird als Assistenz und nicht mehr wie früher als Betreuung definiert. Veränderung fängt bei der Sprache an. »Wir arbeiten kundenorientiert«, erklärt Johannes Degen, der die ehemalige Anstalt im Sinne dieser Philosophie eher als Unternehmen betrachtet – ein Unternehmen, in dem Begegnung stattfindet und die Entdeckung, dass Menschen mit intellektuellen Einschränkungen oft große etwa künstlerische Fähigkeiten haben. In der Gruppe Querformat 95 zum Beispiel entstehen spektakuläre Werke, die in Ausstellungen gezeigt und verkauft werden.

Oder die Zeitung Nix da: ein spannendes Blatt, das von geistig behinderten Menschen geschrieben, bebildert und gedruckt wird. In der aktuellen Ausgabe gewährt Heike Aring freimütig Einblick in ihre Seele. Ihr Wunsch für das Jahr 2000: »Die Leute sollen sich nicht mehr über mich lustig machen. Zum Beispiel mit »Spasti« oder »die aus der Klapsmühle«. Dann schäme ich mich für meine Be-

hinderung. Ich möchte besser damit umgehen lernen.«

Während die Mauern aus Stein auf dem Hephata-Gelände nach und nach eingerissen werden und einem neuen Stadtteil für 100 Behinderte und 1000 Nichtbehinderte weichen, sind die menschlichen Mauern längst noch nicht überwunden. Aber: »Durch das neue Konzept werden Kontakte ermöglicht, die dazu beitragen. Vorurteile abzubauen«, sagt Dieter Kalesse, bei Hephata für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. »Behinderte leben in üblichen Umfeldern mitten in der Gesellschaft. Durch den Verkauf von Grundstücken auf dem Gelände werden die neuen Wohnheiten der Stiftung finanziert. Unter dem Strich ist der neue Ansatz kostenneutral«, erklärt Kalesse. »Wir brauchen mehr Geld für mehr Mitarbeiter und haben höhere Fahrtkosten. Dafür sparen wir Mittel bei den aufgelösten zentralen Diensten ein.«

Was veranlasst eine Anstalt dazu, sich selbst aufzulösen? Wer zwischen den Zeilen liest, entdeckt auch wirtschaftliche Gründe. »Es gibt im Rheinland Regionen, in denen zur Zeit noch nicht ausreichende Angebote für Menschen mit Behinderung vorhanden sind. Es ist unser Interesse, diese Felder und Standorte aktiv zu besetzen und es nicht anderen zu überlassen, hier tätig zu werden«, heißt es in einer aktuellen Festschrift. Doch es geht um mehr: »Wir brauchen eine radikale Handlungsänderung«, beschwört Hephata-Chef Degen, der mit seinen Ideen das alte System des Wegsperrrens angreift. »Wer kundenorientiert arbeitet, kann nicht mehr die professionelle Bevormundung und Macht ausspielen«, sagt er. Auf dem Nachhauseweg durch den großen, beinahe idyllischen Park von Hephata, wo noch dieses Jahr mit dem Bau von Reihenhäusern begonnen werden soll, treffe ich Wolfgang Schafranitz (63) wieder, der während unseres Gesprächs kaum etwas gesagt hat. Er wolle auch zum Bahnhof, sagt er. Wir fahren gemeinsam mit dem

Bus. »Ich muss noch einkaufen, dann zu einem Freund, und anschließend fahre ich nach Hause«, erzählt er. Selbstbestimmt leben, ganz normal.

Aus: Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen (Oberursel), Ausgabe 2/2000, mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

BUNDESNAHRICHTEN

Neuer Vorstand

Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD) hat auf der Mitgliederversammlung im Mai d.J. zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt.

Maik Eisfeld aus Schlotheim in Thüringen wurde als Nachfolger von Matthias Nauwerth zum Bundessprecher gewählt. Er schreibt: »Ich sehe es als wichtige Aufgabe an, religiösen Menschen sozialistische Ideen nahe zu bringen, sowie umgekehrt Personen, die sich als sozialistisch oder kommunistisch definieren, für eine religiöse Lebensweise zu gewinnen.«

Robert Wollborn hat von Philipp Stratmann das Amt des Bundeskassenführers übernommen.

Martina Ludwig ist weiterhin Bundessekretärin.

Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung des BRSD findet am Rande der Tagung in der Kommende in Dortmund (siehe S. 26) am Samstag, dem 30. September von 13.30 bis 14.30 Uhr statt. Näheres dazu im Mitglieder-Rundbrief Nr. 58 vom 16. 7. 2000.

Religiös-sozialistischer Rigorismus

VON ELISABETH BOHLKEN-ZUMPE

Was macht eine vom Heiligen Geist geführte Gemeinde zu einer Sekte? Das war die Frage meines Vaters HANS ZUMPE an meinen Großvater Dr. EBERHARD ARNOLD, als er sich in jungen Jahren der Bruderhof-Gemeinschaft anschließen wollte. Mein Großvater antwortete:

*Die ersten haben den Geist,
die zweiten das Vorbild,
die dritten die Erinnerung.
Die vierten aber sind Gefangene der Gesetze,
wenn sie nicht immer erneut um die
Führung des Heiligen Geistes bitten!*

Das hat meinen Vater immer wieder dazu geführt, sich bewusst zu machen, dass wir Menschen ohne den Geist und die Führung Gottes gar nichts vermögen.

Die religiösen Sozialisten

Nach dem ersten Weltkrieg war Europa erschüttert über das furchtbare Leid, die Not, Angst und Armut, die der Krieg in den Schützengräben Frankreichs mit sich brachte. Dass der Mensch fähig ist, eine solche Katastrophe über die Menschheit zu bringen, erfüllte viele Theologen und Soziologen mit Angst und Grauen. Mein Großvater war einer von vielen, die nach einem neu-

en Lebensweg suchten, der sowohl christlich wie kommunistisch sein sollte.

Er hatte als 16-jähriger eine Bekehrung zu Jesus erlebt und wollte, zusammen mit meiner Großmutter, diesem »Inneren Ruf« folgen und sein ganzes Leben der Nachfolge Jesu weihen und sich durch den Heiligen Geist führen lassen.

Geboren am 26. Juli 1883 in Königsberg (Ostpreußen) studierte er Theologie, Philosophie und Pädagogik in Breslau, Halle und Erlangen. Die Erweckungsbewegung übte einen starken Einfluss auf ihn aus. Das führte zum Bruch mit der Landeskirche. Dabei ging es erstens um die Kindertaufe und zweitens um das Wort Gottes. Es sollte nicht nur in den Kirchen, sondern überall im ganzen Land verkündet werden. So war er ein viel gefragter Redner in den großen Städten Deutschlands. Er hielt Vorträge zu den Themen »Freiheit für Juden«, »Das Urchristentum in der Jetztzeit«, »Die soziale Not«, »Die Not und Knechtung der Masse« und zu vielen anderen Themen. Er sprach unter anderem in Dresden, Hamburg, Berlin und Halle und in vielen anderen Städten. Nach diesen Vorträgen gab es jedes Mal Diskussionen über alle Lebensfragen.

Doch dann kam der Augenblick, in dem mein Großvater fühlte, dass die Zeit der Gespräche und Diskussionen ein Ende haben

muss, und dass es an der Zeit sei, zu handeln und das Evangelium wirklich zu leben. Er suchte Wege, nach seinem Glauben zu leben und der Ungerechtigkeit in der Welt zu begegnen. Er wollte »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« für alle Menschen und setzte sich darum mit den vielen religiösen Sozialisten in Verbindung.

Sehr beeindruckt war er von LEONHARD RAGAZ aus der Schweiz, aber auch von J. G. CORDES und EMIL BLUM. In dieser Zeit war er aber auch sehr angetan von dem Zeugnis der beiden BLUMHARDS aus Bad Ball. Der Glaube an die Allmacht Gottes und das Opfer Jesu Christi, standen immer für ihn im Mittelpunkt seiner Gedanken und des Handelns. Das führte im Jahr 1920 zu seinem Entschluss, Berlin mit Frau und fünf Kindern zu verlassen und auf dem Lande in Sannerz (Hessen) eine Gemeinschaft, den »Bruderhof«, zu gründen. Zu dieser Zeit stand er in regem Kontakt mit Gleichgesinnten wie zum Beispiel mit der »Werkhof-Gemeinschaft« von Leonhard Ragaz in Zürich (Schweiz) oder auch dem »Habertshof« in Schlüchtern.

In den ersten Jahren in Sannerz kamen viele Menschen zu ihm, die das einfache Leben mit ihm teilen wollten. Viele davon stammten aus der Jugendbewegung. Im Jahr 1922 kam es zu einer »Spaltung von Geistern«, wie Eberhard Arnold sagte, und mit nur sieben Mitgliedern gründete er einen im Glauben fest verankerten Bruderhof mit völliger Gütergemeinschaft. Die Gleichgesinnten, die nun kamen, waren meistens Menschen, die auch bleiben wollten. So wurde das Haus in Sannerz bald zu klein. Man fand einen verfallenen Bauernhof in der Rhön, in dem es zu einem wirklichen Gemeinschaftsleben in aller Armut, aber mit viel Freude und Enthusiasmus kam.

1930 vereinigte sich die Gemeinschaft mit den Hutterern in den Vereinigten Staaten, die aus der Wiedertäuferbewegung stammen und nach vielen Verfolgungsjahren in

Nordamerika ein friedliches Leben aufbauen konnten: Alle Regeln der Hutterer, die noch aus der frühen Neuzeit stammten, wurden übernommen. Das sollte dem Bruderhof in der Rhön in der Zukunft noch viel Kopfzerbrechen bereiten. Obwohl Leonhard Ragaz und Eberhard Arnold sehr viel gemeinsames Glaubensgut hatten, gab es für Leonhard Ragaz doch schwerwiegende Punkte, in denen er nicht mit Eberhard Arnold übereinstimmte.

Das war z.B. die Auffassung von Eberhard Arnold, dass Beschlüsse, die von der Gemeinschaft einstimmig gefasst worden waren; »durch den Heiligen Geist gegeben« seien. Leonard Ragaz vertrat dagegen die Ansicht, dass man den Heiligen Geist niemals besitzen könne, sondern dass er uns immer wieder neu geschenkt werden müsse. Er fand es auch nicht richtig, dass die Brüder und Schwestern des Bruderhofes bei den Wahlen in Deutschland auf die Wahlzetteln geschrieben haben: »Wir erkennen nur Gott als Obrigkeit an« (dies nach den Worten Jesu: *Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist, aber Gott, was Gottes ist*).

Während der Werkhof in den ärmsten Stadtteilen von Zürich wirkte, gingen doch immer mehr seiner Mitglieder zum Bruderhof in der Rhön – und später zum Alm-Bruderhof in Lichtenstein – weil sie zur Überzeugung gekommen waren, dass die Gemeinschaft des Bruderhofs noch besser und vollkommener sei. 1935 starb Eberhard Arnold unter Narkose bei einer Beinamputation. Es wurde insgeheim gemunkelt, dass er im »Auftrag des Staates« nicht aus der Narkose aufwachen durfte.

Mein Großvater hatte nie ein Blatt vor den Mund genommen und in seinen Vorträgen offen und freimütig gegen das Nazi-Regime Stellung bezogen. Nach dem Tod meines Großvaters übernahm mein Vater Hans Zumpe mit 28 Jahren die Leitung der Gemeinschaft, wie es Eberhard Arnold testamentarisch festgelegt hatte. Der Bru-

derhof war nun schon auf einhundert Personen angewachsen. Die Bruderhöfer waren inzwischen über vier Länder verstreut, auf Deutschland, England, Liechtenstein und Holland. Auf der Flucht vor den Nationalsozialisten, von denen sie als Kommunisten verfolgt wurden, suchten sie eine neue Heimat. Diese fanden sie für ein paar Jahre in England, wo sich viele Engländer und auch Holländer anschlossen, so dass die Gemeinschaft nun schon 350 bis 400 Seelen zählte. Aber auch England mussten sie wiederum verlassen, weil die Gemeinschaft pazifistisch war, und Deutschland England den Krieg erklärt hatte. In Paraguay fanden sie dann eine neue Heimat. Bis 1960 sind die Bruderhöfer in Paraguay geblieben.

So wie überall in der Welt, wo Menschen zusammenleben, kam es auch in unserer Gemeinschaft zu einem Machtstreit. Die Brüder meiner Mutter vertraten die Ansicht, dass sie als Namensträger des Gründers des Bruderhofs, als »Arnolds«, in erster Linie Anspruch auf die Führung der Gemeinschaft hätten, und nicht mein Vater Hans Zumpe, obwohl es im Testament meines Großvaters so festgelegt worden war. Diese internen Streitigkeiten zehrten sowohl innerlich als auch äußerlich an der Substanz der Gemeinschaft. Das war um so tragischer, weil schwere Jahre in Paraguay für die nun auf 600 bis 700 Gläubige angewachsene Gemeinschaft im Urwald folgten. Vor allem die Kinder wurden oft ein Spielball neuer Ansichten und Reglementierungen.

Über meinen Großvater Eberhard Arnold ist schon viel geschrieben worden, nicht zuletzt eine Biographie von Markus Baum mit dem Titel: *Stein des Anstoßes. Eberhard Arnold 1883–1935*, erschienen 1996 im Brendow-Verlag. Ich halte es daher an der Zeit, dass ich selbst zu dem Wandel in dieser Bruderhof-Gemeinschaft Stellung nehme. Dass eine tief gläubige Suche nach

einer christlich-sozialen Gaubens- und Lebensform nun in der vierten und fünften Generation zu solch einem Rigorismus und Fanatismus führen würde, hätte wohl damals niemand ahnen können. Doch man kann immer wieder beobachten, dass die Nachfahren des Gründers einer neuen Lebensweise durch ihre Anhänger verherrlicht werden und immer mehr den Platz Gottes einnehmen.

Rigorismus und Fanatismus in der Kinder- und Jugendziehung

Als Kind nimmt man alles von seinen Eltern und Erziehern an und meint, dass dies das einzig wahre ist. Jedenfalls ging es mir so. Die Bruderhof-Erziehung lag tief begründet in den Anschauungen meines Großvaters, der immerhin auch Psychologie studiert hatte, und meiner Großmutter Emmy Arnold, die aus einem weltfremden und pruden adeligen Elternhaus aus Riga stammte. So wurde jedes kindliche Interesse am Unterschied der Geschlechter und der Vereinigung von Mann und Frau streng bestraft. Die Strafen bestanden aus:

1. Schweigegebot

Das bestand darin, dass das Kind ein bis drei Tage schweigen musste. Es durfte kein Wort sprechen, weder in der Schule noch zu Hause. Diese Strafe wurde für kleine Unwahrheiten oder Übertreibungen verhängt.

2. Ausschluss aus der Kindergemeinschaft

Ein so bestrafte Kind durfte nicht zur Schule gehen, sondern es musste in der Küche oder in der Waschküche arbeiten und wiederum mit niemandem ein Wort sprechen. Diese Strafe wurde für sexuelle Neugier oder vermeintliche Neugier ausgesprochen.

3. Ausschluss aus der Familie (Schule und Kindergemeinschaft)

Das war die Strafe, die verhängt wurde, wenn die Erzieher oder Eltern etwas von einem »Unreinen Geist« zu spüren glaubten. Diese Kinder wurden dann auf einen anderen Bruderhof geschickt (in Paraguay hatten wir drei Bruderhöfe) und man kam zu relativ fremden Brüdern und Schwestern und wurde den ganzen Tag über bewacht und beobachtet. Eine solche Verbannung konnte zwei bis drei Wochen dauern.

4. Ganz weg vom Elternhaus und dem eigenen Bruderhof

Das war die schlimmste Strafe. Diese Strafe habe ich nie verstanden, aber es gab Kinder, die Monate lang unter der Betreuung eines älteren Bruders oder Schwester waren. Wir durften nicht mit ihnen sprechen und man wusste, dass es um irgendeine sexuelle Sünde ging. Niemals konnten sie den Weg zurück in die Kindergemeinschaft finden.

Was man in der frühen Kindheit als Befreiung vom Druck der Erzieher und Eltern erfahren hat, das gebraucht man auch später im Leben immer wieder.

Aus meiner Kindheit

Ich war vielleicht 6 Jahre alt, als ich folgendes Erlebnis hatte. Auf unseren Hof in Primavera waren große Baumstämme gebracht worden, um neue Häuser zu bauen. Ich spielte mit meiner besten Freundin Evi auf dem Hof. Wir sprangen von einem Stamm zum anderen und fühlten uns frei und froh.

Da kamen drei bärtige Brüder daher (einer war mein Onkel) und riefen uns mit strenger Stimme zu: »Was tut ihr da? Was spielt ihr?« Wir wussten nicht, was die Frage sollte und jede von uns wurde von einem Bruder zu unseren Eltern gebracht. Meine Eltern waren zur Zeit nicht da, weil meine Mut-

ter an einer schweren Tuberkulose erkrankt war. So wurde ich zu Verwandten gebracht. Meine Tante und mein Onkel drangen in mich und übten einen schweren Druck auf mich aus. Ich sollte »ehrlich sagen, welches Spiel wir gespielt hatten.«

Was ich mir auch ausdachte – es wurde nicht geglaubt. Ich wurde in eine Stube eingesperrt, um mir vor Gottes Angesicht zu überlegen, warum ich nicht ehrlich sein könne. Aber ich hatte doch gar nichts verschwiegen und dachte nur darüber nach, was sie wohl von mir hören wollten, denn den Druck konnte ich nicht länger ertragen. Weil wir pazifistisch erzogen wurden dachte ich, »Krieg« ist wohl das schlimmste Spiel. Ich flüsterte meiner Tante ins Ohr: »Wir haben Soldat gespielt«, was natürlich gar nicht stimmte. Meine Tante schlug mich und sagte: »Jetzt lügst du auch noch. Zur Strafe bekommst du heute Abend nichts zu essen und zu trinken und musst draußen schlafen.«

Das »Draußen« war für uns das aller Schlimmste. Wir hatten Baumwollfelder, und beim hellen Mondlicht schimmerte die weiße Baumwolle unheimlich in der Nacht. Die Geräusche der Tropennacht und das viele Ungeziefer machten mir Angst. Zu allem Unglück hatte sich eine Kuh im Baumwollfeld verlaufen, und ich meinte, es sei der Teufel selbst mit seinen großen Hörnern. Ich kniff meine Augen zu und traute mich nicht zu bewegen. Es war eine lange Nacht.

Am nächsten Morgen kam meine Freundin Evi mit ihrer Mutter, und es wurde mir gesagt, dass Evi schon ehrlich alles bekannt habe. Die Erwachsenen ließen uns einen Augenblick allein und ich fragte gleich meine Freundin: »Was hast du denn gesagt?«

Sie antwortete: »Ach, das ist doch einfach. Man muss sagen, was sie hören wollen! Ich habe gesagt, dass wir die Unterhöschen runter getan haben, um unsere Hintern zu vergleichen!« Auf die Idee war ich nicht gekommen, und erleichtert beichtete ich nun diese Sünde. Zehn Tage durften wir mit nieman-

dem sprechen und nicht in die Schule gehen. Ich musste in der Waschküche arbeiten und Babywindeln zusammenfalten – und wir waren noch keine sieben Jahre alt.

Das Leben in Paraguay war aber auch schön und wir empfangen auch viel Liebe. Die Strafen fanden wir normal, weil wir nichts anderes kannten. Wir waren auf den Bruderhöfen arm, und um zu überleben, mussten wir das Land bebauen. Oft wurde die Ernte entweder durch die Trockenheit, durch Ungeziefer oder durch Heuschreckenplagen total vernichtet. Viele kleine Kinder und Babys starben in dieser Zeit, und wir größeren Kinder fühlten uns mitverantwortlich, zu helfen und unseren Teil dazu beizutragen, dass das Gemeinschaftsleben möglich war. Die Gemeinschaft bestand aus acht verschiedenen Nationalitäten. In der Schule wurde auf Deutsch unterrichtet, weil wir viele deutsche und schweizerische Lehrer hatten. Später wurde in der Schule halb auf Englisch und halb auf Spanisch unterrichtet.

Eine Zeitlang unterrichtete mein Onkel HEINI ARNOLD nachmittags in der Schule. Er hatte eine landwirtschaftliche Ausbildung in der Schweiz gehabt. Er bildete religiöse Gruppen in den verschiedenen Altersstufen, die er »Sonnentrupp« nannte. Man konnte in diese Trupps eintreten, wenn man tapfer war und sich bewiesen hatte. Diese Tapferkeitsprüfung bestand z.B. darin, durch eine wilde Kuhherde zu laufen, »denn Jesus beschützt dich ja«, oder im Dunkeln allein durch den Wald zu laufen, »denn Gott lässt ja keinen Sperling fallen ohne seinen Willen.« Ich aber war ängstlich.

Meine drei Jahre ältere Schwester war Mitglied im Club, und ich beneidete sie darum, aber ich hatte einfach nicht den Mut, mein Leben zu riskieren. So las mein Onkel mir aus Eberhard Arnolds Buch über die ersten Christengemeinschaften vor und fragte mich dann: »Nun, kleine Bette, wärst

du bereit, dir aus Liebe zu Jesus deine Augen mit einem glühenden Eisen ausbrennen zu lassen? Wärest du bereit, in einer Pfanne mit heißem Öl zu braten aus Liebe zu Jesus? Oder durch Löwen dich zerfleischen zu lassen?«

Aber nein, ich hatte Angst und konnte mir gar nicht vorstellen, dass Jesus wirklich lieb ist, wenn er solche Dinge von mir will. Zum Glück kam mein Vater wieder nach Hause und machte diesen Dingen ein Ende.

20 Jahre später

Es ist das Jahr 1960. Ich hatte inzwischen eine Ausbildung zur Krankenschwester in London gemacht. Die Bruderhöfe in Paraguay waren unterdessen aufgegeben worden. Man ist in die Vereinigten Staaten übersiedelt. Mein Vater ist, wie 623 andere Mitglieder, nach 30 Jahren Gemeinschaftsleben auf die Straße gesetzt worden. Der Führer der Gemeinschaften ist nun mein Onkel Heini Arnold. Er war Anfang der 50er Jahre von Paraguay aus in die Staaten geschickt worden, um finanzielle Hilfe für Primavera zu suchen. Er traf viele Menschen aus den Kreisen der Brethren, Quäker und anderer religiöser Gruppen, die er für das Gemeinschaftsleben interessieren konnte. Ein neuer Bruderhof wurde 1954 in den Staaten gegründet.

Mein Onkel sah nur »böse und dunkle Geister« im fernen Paraguay und schickte einige seiner Anhänger nach Primavera, um dort jeden Einzelnen zu befragen, wie sein Verhältnis zu Jesus Christus sei und ob so ein Mitglied (welches doch sicher 20 Jahre im Urwald ohne Entgelt geschuftet hatte), wirklich Jesus lieber hat, als Frau und Kinder, ja lieber als das Leben selbst.

Ein großes Chaos entstand und ganze Familien mit acht bis zehn Kindern wurden ohne Geld fortgeschickt. In der Hauptstadt Asunción trafen sie sich wieder, um bei der

deutschen, englischen oder Schweizer Botenschaft Geld und Papiere für eine Reise in ihr jeweiliges Vaterland zu bekommen. Es waren völlig verstörte Menschen und unglückliche Kinder, die aus der Bahn geworfen waren. Über all dem stand die Frage der armen Menschen nach dem »Warum, Wozu und Wohin«.

Ich war von England über Deutschland nach Amerika gefahren, und war ein volles und überzeugtes Mitglied der Gemeinschaft geworden. Ich war 25 Jahre alt und versuchte zu verstehen, um was es eigentlich ging. Die treuen Anhänger von Heini Arnold wurden mit großen gecharterten Flugzeugen in die Staaten oder nach England gebracht. Viele meiner Freunde aus der Kindheit sah ich wieder, aber viele auch nicht mehr. Ich arbeitete als Krankenschwester für die Gemeinschaft und war viel in der Familie meines Onkels Heini Arnold.

Meine Eltern lebten nicht mehr zusammen. Meine Mutter blieb weiterhin in der Gemeinde und mein Vater musste auf Geheiß der Gemeinschaftsleitung außerhalb des Bruderhofes Buße tun. Er arbeitete in Weinsberg als psychiatrischer Krankenpfleger. Es blieb ihm gar nichts anderes übrig, weil er zu lange aus seinem früheren Beruf heraus war, den er in Deutschland einst ausgeübt hatte.

Ganz unerwartet brach dann das Gericht über mich herein. Jemand warf die Frage auf, ob ich mich als Krankenschwester vielleicht für etwas Besseres halte, ob ich vielleicht auch neidisch sei auf meinen Vetter, meine Kusinen und die Kinder meines Onkels, die zur Familie des Führers der Gemeinschaft gehörten. Es wurde angezweifelt, dass ich mein Gebet wirklich in Demut und Hingabe verrichte. Es wurde mir gesagt: »Du brauchst nicht mehr zu den Mahlzeiten zu kommen, und auch die Versammlungen brauchst du nicht mehr zu besuchen. Deine Arbeit als Krankenschwester kann ein anderer

tun. Richte du Deinen Geist auf Gott, tue Buße und bitte um Vergebung deiner Sünden«.

Täglich wurde ich von Brüdern vorgelesen und verhört, weil sie wirklich meinten, dass ich während meiner Ausbildung in England irgend eine schwerwiegende Sünde begangen haben muss, weil der Führer Heini das zu fühlen meinte. Mit der Familie Arnold durfte ich fortan auch ich nicht mehr verkehren. Meine Großmutter war ganz unglücklich und sagte immer wieder: »Bettchen, nimm einfach alles an, dann ist es am schnellsten wieder vorbei!«.

Ich wollte es ja, aber ich wusste einfach nicht, was man von mir erwartete. So wie früher als Kind, war ich wieder bereit, jede Sünde zu nennen, damit nur der Druck, der auf mich ausgeübt wurde, endlich wieder aufhörte. Ich wäre im Stande gewesen, selbst einen Mord zu bekennen, weil ich diese furchtbaren Aussprachen nicht mehr ertragen konnte.

Inzwischen hatte man mich in ein kleines Häuschen auf einem Hügel umquartiert. Niemand durfte mit mir sprechen und ich musste tagtäglich WCs putzen. In so einer Gemeinschaft gibt es viele WCs. Das Schlimme war eigentlich, dass alles, was ich auch tat, immer negativ ausgelegt wurde. Wenn ich zum Beispiel etwas Mut gefasst hatte und fröhlich meine Klobürste durch die WCs schwang, wurde gesagt: »Seht doch einmal wie oberflächlich sie noch ist.«

Wenn ich aber durch die vielen Tränen die Bürste gar nicht mehr sehen konnte, dann sagten sie: »Seht doch: einmal wie sie sich in großen und kleinen Kreisen um sich selbst dreht!«

Ich durfte nicht mehr zu den Kranken oder Kindern, die mich liebten, sondern musste mich total auf mein »Inneres« konzentrieren. Ich fühlte mich wie eine ausgequetschte Traube, aus der man unbedingt den einheitlichen Wein machen wollte oder ein Weizenkorn, welches sich nur noch in einem Brot profilieren konnte.

Oft dachte ich, dass das Leben so keinen Sinn mehr hat und dass ein Ende davon viel einfacher und schöner sein würde, denn meinen Glauben hatte ich nicht verloren. Ich wollte nicht weggeschickt werden. Ich wollte meinem Taufgelübde treu bleiben. Also beichtete ich alles, was ich mir nur ausdenken konnte.

Eines Tages wurde wieder einmal schwerer Druck ausgeübt, und ich versuchte alles vorzubringen und mir als Schuld aufzuladen, was in meinem Leben irgendwo schief gelaufen war. Die Brüder aber sagten: »Elisabeth, your sins are so terribly boring!« (Deine Sünden sind ja so furchtbar langweilig), worauf ich sagte, dass ich eben nichts Spannendes zu bekennen habe.

Am selben Tag kam ein Brief von meinem heutigen Mann Hans, den ich zufällig in die Hände bekam, darin fragte er mich, ob wir nicht zusammen ein Leben aufbauen können. Ich schrieb einen ganz kurzen Brief zurück: »Ich bin durcheinander und weiß nicht, was Gott von mir will. Bitte habe Geduld«. Mit Hans' Brief und meiner Antwort ging ich zu meinem Onkel, und er sagte: »So, jetzt hast du dich nun selbst raus gesetzt. Gehe und suche dir eine Arbeit. Den Hans kannst du aber nicht heiraten, denn er ist homosexuell!«

So bin ich ohne einen Pfennig Geld vom Bruderhof weggegangen und habe in New York City Arbeit gefunden. Sobald ich das Geld für eine Überfahrt zusammen hatte, bin ich nach Holland zu Hans gefahren. Hans und ich sind nun schon 37 Jahre sehr glücklich verheiratet. Übrigens bekam Hans Jahre später einen Brief von der Bruderhof-Gemeinschaft, um ihn zu informieren, dass ich lesbisch sei. Dieser böse und gemeine Rufmord, um uns auseinander zu bringen, ist doch etwas, das in meiner Kindheit nicht möglich gewesen wäre.

Dieses ewige Auf und Ab der Gefühle! Einmal beinahe im Himmelreich, jedenfalls »Im Reich Gottes auf Erden«, und dann wieder verdammt zu sein in die schrecklichsten

Höllenqualen. Das ist etwas, was ich nicht mehr ertragen konnte. Ich wog zu der Zeit nur noch 40 kg und war sehr depressiv.

Am besten kann ich diese Situation an Hand von zwei Gedichten verdeutlichen, die ich 1960 kurz nacheinander geschrieben habe:

Woodcrest Bruderhof Juni 1960

Mit meinem Gott

*Da kann ich über Berge springen;
Freude muss mein ganzes Sein durchdringen;
Das meine Lippen Lob nur singen
Und die weiten Wälder davon klingen.*

Mit meinem Gott

*Ist jedes Werk vollbracht.
Verschwunden ist die Nacht.
Die Sonne wieder lacht,
Das Leben Freude macht!
Denn mein Gott –
Nimm von mir Angst und Beben.
Sieht mein sehndend Streben
Kann allein vergeben,
Und gibt uns das ewige Leben
Durch seinen Sohn.
Der Mensch, wahrhaftiger Mensch
Uns wurde!
Amen*

September 1960

*Mein Gott, mein Gott
Warum hast Du mich verlassen?
Muss in Schuld und Sünde ich erblassen.
Wie Ketten föhl ich es um meinen Leib,
Und meine arme Seele schreit.
In trostlos, dunkler Einsamkeit.*

Mein Gott, mein Gott

*Hörst Du mich nicht?
Verdammt mich schon Dein Zorn-Gericht?
Mein Herr und Gott, willst Du verdammen
Zutiefst mich in der Hölle Flammen?
Nimmst Du von mir, Dein teures Pfand
Deines Sohnes blut'ge Hand?*

Ach nein, ach nein
Ich halt sie fest.
Die Hand, die mich nicht fallen lässt.
Verzweifelt halt ich mich an ihr,
Mein Gott, mein Gott,
Noch zürnst Du mir?
Um Deines Sohnes heil'ges Blut,
Das mein einzig Hab und Gut.
Beschwör ich Dich:
»Gott, sei mir gut!«

Resümee eines religiösen Sozialismus, der zum Rigorismus führen muss

Viele Fragen bleiben bestehen. Warum lassen wir uns dies alles gefallen? Warum schreien wir es nicht in die Welt hinaus, dass eine dergleichen Gehirnwäsche niemals von Gottes Liebe kommen kann? Warum nehmen wir Sünden auf uns, die wir gar nicht begangen haben? Warum dauert es so lange, bis man nach solchen Erlebnissen wieder zu sich selbst gefunden hat? Wie ist es nur möglich, dass etwas, das wirklich aus dem Glauben entstanden ist, zu solchen Ausmaßen führen kann?

Ich denke, dass hier zweierlei eine Rolle spielt. Zum einen maß sich der Führer einer Gemeinschaft immer mehr an. Er glaubt, das einzige Instrument Gottes auf Erden zu sein, und er verlangt, dass seine Ansichten in jedem Fall als göttlich hinzunehmen sind. Zum anderen sind es die Menschen selbst, die es viel einfacher finden, geführt zu werden, als sich unabhängig und selbstverantwortlich auf eigene Füße zu stellen. Der Führer wird verherrlicht und so mit einem Heiligenschein umgeben, dass die Anhänger der Meinung sind, dass man die Bibel nicht mehr nötig hat, weil alle Schriften »des Führers« ja direkt von oben her kommen. Man glaubt wirklich, »Gottes Königreich auf Erden zu bauen.«

Da passt das Wort von Jesus nicht mehr hinein: »Mein Reich ist nicht von dieser Welt«. Eigentlich ist es eine Gotteslästerung und eine anmaßende Arroganz von Menschen, die meinen, »die Stimme Gottes auf Erden zu sein!«

Nicht allein auf dem Bruderhof ist das zu beobachten, sondern in vielen Sekten in der ganzen Welt. In Deutschland denke ich an die Marienschwestern in Darmstadt (siehe das Buch: *Wenn Mauern fallen* von zwei ausgetretenen finnischen Schwestern, 1997, oder *Wenn Gebundene frei werden* von einer kanadischen Ex-Schwester, 1998). Die Gründerin, MUTTER BASILEA (Dr. KLARA SCHLINK), gibt vor, als Braut Jesu der Welt neue und tiefere Glaubensvorstellungen zu geben, mehr als die Bibel dies könne. Oder der »Christus-Staat« (siehe *Universelles Leben. Die Prophetin und ihr Management* von Hans Walter Jungen, 1996). Es geht hierum Menschenverherrlichung in einem Maße, das einem Angst einjagen kann.

Was den Bruderhof betrifft, denke ich an das Anfangswort meines Großvaters. Der Bruderhof ist nun in seiner vierten Generation. Die Führer meinen wirklich, dass der Heilige Geist sich durch eine kleine Gruppe einfangen lässt, und dass man ihn von seinen Eltern erben kann. Ich denke, dass Eberhard Arnold ein mahnender und aufrichtiger Evangelist war, der eine Botschaft für die Menschheit hatte. Sein Sohn Heini wollte alles »nach Eberhard Arnolds Vorbild« ihm gleich tun und ihm folgen. Der Sohn von Heini, JOHANN CHRISTOPH ARNOLD, pflegt nur noch »die Erinnerung an die Botschaft seines Vaters«. Er hat im Moment alle Macht in seinen Händen, lässt Bücher in seinem Namen schreiben und gibt sich als Seelsorger aus, ohne je Theologie studiert zu haben. Er sagt: »Wir brauchen die Bibel gar nicht zu lesen, denn wir LEBEN das Wort Gottes.«

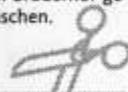
Wir Menschen außerhalb des Bruderhofs dürfen keinerlei Kontakt mit unseren Familien haben, die noch auf dem Bruderhof

leben. Meine Mutter, die nun 89 Jahre alt ist, habe ich seit vielen, vielen Jahren nicht gesehen. Sie musste sogar ein Schreiben unterzeichnen, »dass ihre Kinder nicht informiert werden dürfen, wenn sie krank ist oder sterben sollte«, denn unser Geist würde Unruhe in die Gemeinschaft bringen.

Die Bruderhofbewegung, die aus dem Glauben entstanden ist und so gut begonnen hat, ist nun zu einer strengen kalten Sekte geworden. All dies sieht der Besucher allerdings nicht, denn die Formen sind geblieben und machen für Außenstehende einen so harmonischen und christlichen Eindruck. Erst wenn man Mitglied wird, offenbaren sich die großen Schwierigkeiten und dann meint man, dass es zu spät wäre umzukehren, und dass man sich anpassen und treu

bleiben müsse. Es ist Rigorismus, wenn man das ursprünglich Gute des religiösen Sozialismus krampfhaft in Formen festhalten will, ohne sich die geistlichen Ursprünge immer wieder zu vergegenwärtigen, oder zu glauben, dass der Geist der Gründer dieser neuen Lebens- und Glaubensform nicht mehr gegenwärtig sei, und lediglich die Gesetze und Regeln sowie die alleinige Macht des Führers würden die Gemeinschaft zusammenhalten.

Elisabeth Bohlken-Zumpe, die heute in den Niederlanden lebt, hat 1991 ein Buch über ihre Jahre auf dem Bruderhof in englischer Sprache geschrieben. Es trägt den Titel *Torches Extinguished*, was soviel heißt wie »erloschenes Licht«. Es gibt einen Einblick in das Innere des Bruderhofes aus der Sicht eines auf dem Bruderhof geborenen und dort aufgewachsenen Menschen.



INFO-COUPON

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, dass wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluss von Menschen verschiedener Berufe, Theologinnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, Arbeiterinnen, Studentinnen usw.

Ich will mehr wissen

über Religiösen Sozialismus

- Bitte schickt mir weitere Informationen über den BRSD.
- Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Ich möchte eintreten!
Der Mitgliedsbeitrag beträgt zur Zeit 90 DM pro Jahr (ermäßigt 50 DM) inklusive CuS-Abonnement.
- Ich möchte *Christin und Sozialistin / Christ und Sozialist* abonnieren.
- Ich möchte ein Abo verschenken.
Das Abonnement kostet zur Zeit 30 DM (im Ausland 35 DM / 17,50 €) inklusive Versand.

Vorname: _____

Nachname: _____

Straße Nr.: _____

PLZ Ort: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Bitte einsenden an:
BRSD, c/o Martina Ludwig, Hohensteiner Str. 12,
09117 Chemnitz, Telefon/-fax: 0371-8577366

Emil Fuchs: Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober.

2. TEIL

Schlaglichter aus den »Wochenberichten« von Emil Fuchs im Bundesorgan der Religiösen Sozialisten (1931-1933)
Zweiter Teil der Dokumentation mit Anmerkungen von FRIEDRICH-MARTIN BALZER

Die Präsidialkabinette

Zu Brünings vierter Notverordnung merkte der Chronist am 20.12.1931 an: »Sie stellt einen unerhört schweren Eingriff in das gesamte Wirtschaftsgefüge dar. Sie senkt die Löhne und Gehälter. Aber sie will gleichzeitig durch ein ausgeklügeltes System von Preissenkung und Senkung der Produktionskosten... den Ausgleich schaffen. Das Ziel soll sein: Schaffung deutscher Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und Ankurbelung der Wirtschaft im Innern. Da die Senkung der Löhne erst erfolgen soll, wenn die Preissenkung da ist, so ist ein Preiskommisсар [der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, F.M.B.] ernannt, der die Absichten der Regierung verwirklichen soll.«¹ Nur wenig später kommentierte Fuchs, daß es geradezu das Ziel dieser Politik sei, »die Lasten der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.«² Und eine Woche später konstatierte Fuchs: »Eine endgültige Rettung wird es für die Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht geben!«³

Statt beim Militär und der illegalen Aufrüstung zu sparen, energische Arbeitsbeschaffung und staatliche Kontrolle der Indus-

trie und Banken zu organisieren, scheiterte die Preissenkungspolitik und ihr Preisbeobachter Goerdeler. »Davon, daß Goerdeler mit den Hauptbeteiligten, nämlich mit den Verbrauchern, das heißt in erster Linie mit der Arbeiterschaft über Preissenkung verhandelt habe, hat noch niemand etwas gehört.«⁴ Andererseits habe sich Goerdeler nicht gegen die Weigerung der pharmazeutischen Industrie, eine 10prozentige Preisreduzierung laut Notverordnung durchzuführen, durchgesetzt. »So sieht also der Preisabbau aus, wenn sich einflußreiche Industriegruppen einfach weigern, ihn durchzuführen.«⁵ Auch die »preiserhöhende Politik«⁶ des Landwirtschaftsministers Schiele habe sich, so stellte der Wochenberichtstatter am 24.1.1932 fest, gegen den Kurs des Preisbeobachters durchgesetzt. Sarkastisch vermerkte Fuchs unter Bezugnahme auf Goerdeler: »Vor kurzem hat er auch die Roggenpreise »besprochen«, wobei er erklärte, daß der Roggen- und Roggenmehlpreis genau verfolgt werde und daß Vorsorge getroffen werde und damit eine Preissteigerung, die zu einer Erhöhung der Brotpreise führen müßte, nicht einträte. Diese »Besprechung« des Roggens hat Erfolg gehabt: am selben Tag stieg der Preis um 15 Pfennig.«⁷ Konsequenterweise bezeichnete Fuchs das Brüning-Kabinett nach dessen Sturz als »Wohlfahrtsanstalt für die Großagrarien« sowie »für die Großbanken«⁸.

Die außenpolitische Regierungstätigkeit Brünings beurteilte Fuchs rückblickend folgendermaßen: »Brüning wehrte sich noch

gegen eine völlige Unterwerfung [unter den geeinigten englischen und französischen Imperialismus, F.M.B.] und suchte Verständigung mit Frankreich auf dem Weg über London und New York. Aber die gelungene politische Isolierung wurde immer fühlbarer, die Kapitalisten und Generäle sahen ein, daß sie eine selbständige aktiv-imperialistische Außenpolitik nur innerhalb des französischen Antisowjetblocks treiben können.«⁹ Fuchs sah deutlich: »Die deutsche Schwerindustrie wittert Kriegsprofit: Sie erkaufte sich Aufrüstung und Reparationserleichterung für ein Militärbündnis mit dem »Erbfeind«. So kämpfen diese Herren, die ihre Trompeter die nationalsten Töne blasen lassen, für die nationale Freiheit. Sie zeigen damit, daß sie unfähig sind, die nationale Frage zu lösen. Hier liegt also der Grund für das verstärkte Streben nach Hitler: denn von Hitler kann man ja sicher sein, daß er diese Wünsche seiner Auftraggeber erfüllen wird. Er hat sich oft als Retter vor dem Bolschewismus angepriesen. Bei ihm braucht man nicht im Zweifel zu sein, daß er alles, was dann innenpolitisch notwendig ist, verschärfter Terror gegen die Arbeiterschaft, Militarisation der Jugend, verschärfte Zensur, eine kleine Inflation zur Finanzierung des Feldzuges, kurz alles, was eine Verschärfung der Faschisierung bringt, durchführen wird.«¹⁰

Zwar möge es durch japanische Rüstungsaufträge nach Deutschland etwas mehr Arbeit geben. Das deutsche Proletariat habe jedoch kein »Interesse daran, durch die Lieferung des Kriegsmaterials, mit dem die japanischen und chinesischen Proletarier getötet werden und der Krieg gegen Sowjetrußland vorbereitet wird, Arbeit zu bekommen. Niemals! Die Arbeit, die das europäische Proletariat jetzt vielleicht bekäme, würde es nur zu bald selbst in den Krieg stürzen. Deshalb ist es die Aufgabe des Proletariats, gegen die Kriegslieferungen zu kämpfen, um den Krieg zu verhindern.«¹¹

Fuchs erkannte, daß die kapitalistische Weltwirtschaftskrise »alle jene Vereinbarungen und Bindungen, auf denen die scheinbare politische Beruhigung während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den Jahren 1925 bis 1928 beruhte, aufgelöst und über den Haufen geworfen«¹² habe. Die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Gruppen seien wieder aufgebrochen. »In verdoppelter Schärfe wird nun der Kampf um die Neuaufteilung der Welt geführt. Die Gegensätze innerhalb der imperialistischen Staaten können aber leicht so stark werden, daß sie nur in dem gemeinsamen Krieg gegen den Raum, den das Proletariat der imperialistischen Ausbeutung entzogen hat, gegen Sowjetrußland, ein Ventil finden können. Zumal da starke Kräfte in jedem Land daran arbeiten, dieses Ventil zu öffnen, und zumal da Japan schon offen zu militärischen Vorbereitungen übergegangen ist.«¹³ Als »ungeheuer groß« schätzte Fuchs die Gefahr ein, »daß diese kriegerischen Aktionen des japanischen Imperialis-

- 1 PdW vom 6. bis 13. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 51 vom 20.12.1931, S. 124.
- 2 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931, in: RS 1932, Nr. 1 vom 3.1.1932, S. 4.
- 3 PdW vom 26. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.1.1932, S. 8.
- 4 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931, in: RS 1932, Nr. 1 vom 3.1.1932, S. 4.
- 5 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.1.1932, S. 8.
- 6 PdW vom 10. bis 16. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 4 vom 24.1.1932, S. 16.
- 7 PdW vom 17. bis 23. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 5 vom 31.1.1932, S. 20.
- 8 PdW vom 5. bis 11. Juni 1932, in: RS 14. 1932, Nr. 25 vom 19.6.1932, S. 100.
- 9 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.6.1932, S. 96.
- 10 PdW vom 22. bis 28. Mai 1932, in: RS 1932, Nr. 23 vom 5.6.1932, S. 92.
- 11 PdW vom 6. bis 12. März 1932, in: RS 1932, Nr. 12 vom 20.3.1932, S. 48.
- 12 ebd.
- 13 ebd.

mus heute oder morgen zur offenen Intervention gegen die Sowjetunion werden.«¹⁴ Zunächst einmal aber profitierten »alle kapitalistischen Länder von dem Raubzug Japans durch die Rüstungsaufträge, die Japan vergibt.«¹⁵

Nach diesem Ausflug in die Wirtschafts- und Außenpolitik aus der Sicht von Emil Fuchs soll ein kurzer Abschnitt über die Innenpolitik der Brüning-Ära folgen, in dessen Mittelpunkt der Reichswehr- und Innenminister General Groener steht. Über den nicht nur bei Kommunisten wegen seiner Rolle bei der Liquidierung der Novemberrevolution¹⁶ und der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verhassten Vertreter des »Ancien Régime« schrieb Fuchs am häufigsten. Kritik übte Fuchs auch an Groeners Einstufung der nationalsozialistischen »Deutschen Studentenschaft« als »unpolitischen Verein«¹⁷, obwohl doch der »Fall Dehn«¹⁸ noch vor Augen stehe.

Fuchs kritisierte die offene Duldung des SA-Terrors durch die Polizei und merkte zu Groeners Erklärung, wonach der »ruhige Verlauf« des Urnengangs für die Neuwahl des Staatsoberhauptes im März 1932 der »Auffassung des Reichsinnenministers Recht geben« habe, bitter an: »So ganz ruhig, wie das Ministerium meint, ist der Wahltag allerdings nicht verlaufen. Es sind allein am Wahltag vier Arbeiter von Nationalsozialisten ermordet worden. Ganz »ruhig« sind sie ermordet worden und »trotz« der SA-Konzentrationen, Herr Minister! Allerdings sind es ja nur vier – und vier Arbeiter.«¹⁹ Es ist müßig, darüber zu streiten, ob Emil Fuchs vom Klassenkampfdenkmal oder von Nächstenliebe zu solchen klaren Aussagen getrieben wurde. Klassenkampfdenkmal und Nächstenliebe sind hier ein und dasselbe.

Anstoß nahm Fuchs auch an der Neujaahrsbotschaft 1931/1932 des Innenministers Groener, der erklärt hatte: »Wenn ich für das deutsche Volk einen Wunsch habe, dann ist es der, daß es die Ausdauer besitze,

den Kampf um seine Freiheit durchzuhalten, dessen Sieg auf Arbeit und Opfer beruht.« Gegen diese Sozialdemagogie wandte Fuchs ein: »Um wessen Freiheit übrigens? ... die Verteilung der Opfer [ist nur] wieder einmal so, daß es eine Irreführung ist, zu behaupten, es handle sich um den Freiheitskampf des deutschen Volkes. Eine Irreführung der öffentlichen Meinung, die eigentlich unter Herrn Groeners Pressegesetz fallen müßte. Denn auch der Innenminister wird wohl die Arbeiterschaft zum »Volk« rechnen. Für diese fällt aber bei diesem »Freiheitskampf« immer nur Lohnabbau ab.«²⁰

Die Präsidialregierung Papen war laut Fuchs »die Regierung der schnellsten Faschisierung, sie ist eine Übergangslösung: dahinter steht Hitler und die offene faschistische Diktatur.«²¹ Gegen die Pläne des Innenministers v. Gayl, die Regierung »unabhängig von Parteieinflüssen«, d.h., unabhängig vom Reichstag zu machen, was nach einem vorhergehenden Verbot der KPD durch »Verfassungsänderung« beschlossen werden sollte, argumentierte Fuchs: »Die Bourgeoisie sieht sich immer stärker von der »Antikapitalistischen Sehnstuchtwelle« bedroht und fürchtet daher, im Reichstag ihren kapitalistischen »Ausweg« aus der Krise nicht durchsetzen zu können, da sie nicht die Entlarvung der Nazis... riskieren will.«²² In einer der nächsten Ausgaben fragte Fuchs weitsichtig: »Wenn aber erst die KPD verboten ist, wer folgt dann? Gewerkschaften? SPD? Im Programm des Faschismus liegt es.«²³ In einem Brief an Eckert vom 18. November 1931 hatte Fuchs bereits geschrieben: »Das muß doch jedem klar sein, daß eine SPD, die die KPD opferte, selbst auch bald am Kreuz wäre.«²⁴

Die Papen-Regierung stütze sich »hauptsächlich auf die Nazis, deren Forderungen für eine Tolerierung (Aufhebung des SA-Verbots, Neuwahlen) sie erfüllt. Die Harzburger Front macht zunächst Arbeitsteilung: Die deutschnationalen »Pappenheimer« übernehmen die Ministersessel und die Verantwort-

ung, die Nazis stellen die Mandate, und man gibt ihnen noch einmal die Möglichkeit, durch Neuwahlen ihre parlamentarische Stellung und ihren Einfluß auf ihre Anhänger zu verstärken.«²⁵

Zur Präsidialregierung von Papen vom 1.6.1932 schrieb Emil Fuchs als Pfarrer und Professor für Religionswissenschaft in Kiel: »Eine Präsidialregierung der ostpreußischen Junker, des IG-Farbentrusts und der Generale, mit wohlwollender Unterstützung der Nazis, führt die deutsche Politik. Als Gegengabe für die Tolerierung wird die Regierung das SA-Verbot in irgendeiner Form aufheben, und man spricht weiter davon, daß Preußen durch einen Reichskommissar den Nazis ausgeliefert werden soll.«²⁶ Die dann

tatsächlich erfolgte Absetzung der preußischen Regierung bezeichnete Fuchs dann als »faschistischen Staatsstreich«, bei dem die Reichswehr eine »entscheidende Rolle« gespielt habe und gewillt sei, ihre Rolle bei der »Aufrichtung und Befestigung des offenen Faschismus fortzusetzen.«²⁷

Fuchs ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, wie die Papen-Regierung zustande gekommen war. Der Grund sei, »daß die deutsche Bourgeoisie, vor allem ihre drei Hauptrichtungen, die Schwerindustrie und die Großagrarien zusammen mit den Generalen, Brüning nach Hause schickte, da er diesen Herren noch nicht genug abgebaut hat«. Die Papen-Regierung »wird abgebaut

14 PdW vom 31. Juli bis 7. August 1932, in: RS 1932, Nr. 33 vom 14.8.1932, S.132.

15 PdW vom 6. bis 12. März 1932, in: RS 1932, Nr. 12 vom 20.3.1932, S. 48.

16 Siehe Wolfgang Ruge, Friedrich Ebert am 10. November 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Berlin (DDR), 1978, H. 11, S. 955-971; Siehe auch Georg Fülberths Aufsatz »Von oben für unten«, in dem er den Pakt von Friedrich Ebert mit der Obersten Heeresleitung (Groener) zur Liquidierung der Revolution von 1918 in seiner Besprechung der dreibändigen Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik von Heinrich August Winkler kritisiert. In: konkret 5/1988, S. 70f. Nach dem sozialdemokratischen Mitglied des Vorstandes des Bundes der religiösen Sozialisten Emil Fuchs sucht man im umfänglichen Werk von Winkler vergebens. Zur Rolle von Ebert und Noske siehe auch die Äußerung von Sebastian Häfner (1907-1998): Ebert und Noske »haben die Revolution verraten, sind schuld an der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, ohne sie wäre Hitler nicht an die Macht gekommen.« zit. nach: Uwe Soukup, Meister der Gegensätze, Zum Tod des Berliner Publizisten Sebastian Häfner, in: junge Welt, Berlin, vom 4.1.1999, Nr. 2, S.14.

17 PdW vom 2. bis 9. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 3 vom 17.1.1932, S. 12.

18 Der ehemalige religiöse Sozialist und Theologieprofessor an der Universität Halle war von nationalistischen Studenten, die seine Amtsentlassung forderten, massiv angegriffen worden, weil dieser sich gegen Kriegerdenkmäler in Kirchen ausgesprochen hatte. Siehe Werner Prokoph, Demokratische Bestrebungen und faschistischer Ungeist an

der Universität Halle-Wittenberg in den Jahren 1929-1934, 2 Bde., Halle 1967, Dissertation Halle 1968; Werner Prokoph, Die Universität Halle-Wittenberg in Hochschulpolitik und Wissenschaftsorganisationen der Weimarer Republik, 2 Bde. Halle 1980, Dissertation B Halle 1981; Hartmut Ludwig, Kirche und Völkerversöhnung: Vor 50 Jahren »Fall Dehn«, in: Standpunkt, Evangelische Monatsschrift, Berlin(DDR), [Ausgezeichnet mit der EMIL-FUCHS-PLAKETTE des Friedensrates der DDR], 9 (1981), S. 304-308; Werner Prokoph, Politische Aspekte des Halleschen »Fall Dehn«, in: Standpunkt 11(1983), Beilage S.8-13.

19 PdW vom 20. bis 26. März 1932, in: RS 1932, Nr. 14 vom 3.4.1932, S. 56.

20 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.1.1932, S. 8.

21 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.6.1932, S. 96

22 PdW vom 8. bis 14. August 1932, in: RS 1932, Nr. 34 vom 21.8.1932, S. 136.

23 PdW vom 24. bis 30. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 32 vom 7.8.1932, S.128.

24 Brief von Emil Fuchs an Erwin Eckert vom 18.11.1931, zit. nach: F.M. Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten, Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Köln 1973, 3. Auflage, Bonn 1993, S. 202.

25 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.6.1932, S. 96.

26 ebd.

27 PdW vom 24. bis 30. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 32 vom 7.8.1932, S.128.

wie ihre Vorgänger. Aber sie wird das Tempo beschleunigen.«²⁸

Über die sozialpolitischen Maßnahmen der Papen-Regierung notierte Fuchs: »Wenn ein Erwerbsloser in seiner letzten Not zur Selbsthilfe greift, so nennen ihn die Gesetze der Bourgeoisie einen Dieb. Wenn die Regierung Papen mit einem Federstrich 1,5 Milliarden Mark aus den Taschen der Werktätigen zieht, so ist das eine »nationale Tat!«²⁹

In einem Offenen Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen ergänzte Fuchs: »Sie haben durch Ihre Notverordnungen die kärglichen Lebensnotwendigkeiten der Alten, Kranken, Invaliden, Kriegsverletzten, Erwerbslosen herabgedrückt – in einem Volke, in dem nur vollendete Gewissenlosigkeit überzeugt sein kann, daß man den besitzenden Ständen keine Opfer mehr zumuten könne.«³⁰ Im gleichen Brief an von Papen macht Fuchs deutlich, daß dessen Politik der Aufrüstung zum Kriege führen werde. »So befangen sind Sie und ihre militärischen Ratgeber im Geiste der alten Zeit, daß Sie die ungeheure Veränderung der Welt, die keinem Volke mehr ein isoliertes Dasein gestattet, glauben mißachten zu können. Wir aber sehen auch sehr deutlich, daß Sie mit dieser Politik der »Aufrüstung« nichts weiter erreichen können, als unser Volk einzureihen in den Ring des Verderbens, in dem eine in ihrer Erwerbsgier zum Wahnsinn verblendete Welt ihren Untergang vorbereitet.«³¹ Fuchs wußte, daß die Nazis, die sich selbst Sozialisten nannten, alles andere als Sozialisten waren. »Dieser offene Terror der Unternehmer hat aber keine Aussicht auf Erfolg, wenn er nicht von einem verschärften Terror der SA-Banden begleitet ist. Da man auf dem Brüningwege die zur Erhaltung des Kapitalismus notwendigen Forderungen nicht mehr durchsetzen konnte, hieß es: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen; man mußte die letzte Reserve des Kapitalismus, die Nazis. [Hervorhebung F.M.B.] an die Macht bringen.«³²

Im August 1932, nachdem die NSDAP bei den Wahlen 37,4 % der Stimmen erzielt hatte und damit gegenüber der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ihre Abgeordnetenzahl von 107 auf 230 mehr als verdoppelt hatte, verschärfte sich nach Fuchs »der faschistische Unterdrückungskurs der Papenregierung gegen die Arbeiterschaft. Im Rheinland sind sämtliche kommunistischen Zeitungen verboten. Das Charakteristische an den Zeitungsverboten auch der anderen Gebiete ist, daß sie zum Teil ohne jede Begründung und für lange Zeit ausgesprochen werden.«³³

Die »wachsende Gegenwehr der Arbeiterschaft... soll durch Ausnahmezustand, SA-Terror und Militärdiktatur niedergeworfen werden.«³⁴ Zugleich hoffe das Finanzkapital, »durch die beschleunigte Faschisierung und Militarisierung... den deutschen Imperialismus auch außenpolitisch zu stärken.«³⁵ Die »ansteigende Hetze gegen die Sowjetunion in der bürgerlichen Presse« zeige, »wozu Herr von Schleicher die Kriegsstimmung gebrauchen wird. Die deutsche Bourgeoisie versuche, »durch Säbelrasseln« »sich in den von Frankreich geführten Interventionsblock [gegen die UdSSR, F.M.B.] einzureihen.«³⁶ Unter dem Deckmantel der militärischen »Gleichberechtigung Deutschlands«, d.h. der Aufhebung der Versailler Rüstungsbeschränkungen sollen deutsche Expansionsabsichten abgesichert werden.

Das Ergebnis der Juli-Wahlen, bei der nicht nur die NSDAP, sondern auch die KPD auf Kosten der SPD Erfolge verbuchen konnte, hat nach Fuchs »im Lager der Bourgeoisie nicht nur Überraschung, sondern, man kann schon sagen, Verwirrung, hervorgerufen. Die Nazis und die Deutschnationalen fordern kategorisch das Verbot der KPD.«³⁷

Die SA-Führung hatte von Hitler verlangt, die Führung in dem kommenden Präsidialkabinett einzufordern. Noch aber scheitern die Verhandlungen mit Papen. Fuchs kommentierte das Ergebnis so: »Das Ergeb-

nis zeigt deutlich, daß die führenden Teile der deutschen Bourgeoisie, die sich im »Herrenklub« ihr Stelldichein geben und die Schleicher-Papen eingesetzt haben, nicht gewillt sind, der Hitler-Partei den ganzen Staatsapparat auszuliefern... Sie haben Hitler finanziert, um eine Massenbasis zu gewinnen, und als Massenbasis für ihre Herrschaft [Hervorhebung F.M.B.]... wollen sie die Hitlerpartei benutzen.«³⁸ Wie nicht anders zu erwarten war, hatte Papen bei Regierungsantritt mit seiner ersten Notverordnung das SA-Verbot aufgehoben. So konnte mit Duldung der Regierung die SA zu einem beispiellosen Terror gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen fortfahren.

Zum letzten Reichskanzler vor Hitlers Kanzlerschaft, dem General von Schleicher, beobachtete Fuchs: »Es wird behauptet, im Umkreis Schleichers würden Sozialisierungs-ideen vertreten. Die Arbeiterschaft wird sich vor einem solchen »Sozialismus« hüten, denn sie weiß, was es auf sich hat, wenn ein General anfängt zu »sozialisieren«. Natürlich haben Generäle ein großes Interesse an der Verstaatlichung gewisser Industrien, nämlich solcher, die für die Kriegsführung besonders wichtig sind. Eine solche Verstaatlichung wäre aber keine Sozialisierung, sondern im Gegenteil eine Stärkung des kapitalistischen Staates und zugleich ein Akt der Kriegsvorbereitung.«³⁹ Fuchs sah keine Lösung, »der die SPD anders als in schärfster Opposition gegenüber stehen könnte.«⁴⁰ Zu Beginn des Jahres 1933 notierte Fuchs: »Deutschland sitzt tief in der Butter... Das danken wir gewiß auch dem, der die Reichswehr so organisierte und einsetzte, daß unter ihrem Schutz Hitler groß werden, die Industrie die Arbeitermassen vergewaltigen, die Großlandwirtschaft die Industrie tributpflichtig machen konnte – und nun die Verwirrung da ist, die auch das Maschinengewehr nicht bannen kann. – Wir wollen nicht vergessen, welchen Dank für das alles wir Herrn v. Schleicher schulden.«⁴¹

Fuchs wußte sehr wohl, »daß Hitler nicht aus prinzipiellen Gründen Gegner des Herrn von Papen war, sondern nur aus dem Grunde, daß er Reichskanzler war und nicht Hitler. So ist er heute Gegner des Herrn von Schleicher – aus demselben Grunde und Freund des Herrn von Papen, dessen politische Anschauungen kein Hindernis mehr sind, sobald er nicht mehr Hindernis auf dem Weg zur Macht ist.«⁴²

Die Intrigen von Papens zur Absetzung Schleichers und Ernennung Hitlers wohl registrierend, kommentierte Fuchs diese mit den Worten, es handele sich um heimliche Intrigen, »von deren Inhalt das Volk erst erfährt, wenn es die Kosten zahlen darf.«⁴³

Nicht erst am 30. Januar 1933 sah Fuchs »die deutsche Republik vor die letzte Ent-

28 PdW vom 5. bis 11. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 25 vom 19.6.1932, S.100.

29 PdW vom 11. bis 18. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 26 vom 26.6.1932, S.104.

30 Offener Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen, in: RS 1932, Nr. 37 vom 11. September 1932, S. 145f.

31 a.a.O., S. 146.

32 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.6.1932, S. 96.

33 PdW vom 14. bis 21. August 1932, in: RS 1932, Nr. 35 vom 28.8.1932, S.140.

34 PdW vom 17. bis 23. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 31 vom 31.7.1932, S.124.

35 ebd.

36 PdW vom 5. bis 14. August 1932, in: RS 1932, Nr. 34 vom 21.8.1932, S.136.

37 PdW vom 31. Juli bis 7. August 1932, in: RS 1932, Nr. 33 vom 14.8.1932, S. 132.

38 PdW vom 14. bis 21. August 1932, in: RS 1932, Nr. 35 vom 28.8.1932, S.140.

39 PdW vom 21. bis 27. August 1932, in: RS 1932, Nr. 36 vom 4.9.1932, S. 144.

40 PdW vom 13. bis 20. November 1932, in: RS 1932, Nr. 48 vom 27.11.1932, S. 192.

41 PdW vom 24. bis 31. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 2 vom 8.1.1933, S. 8.

42 PdW vom 1. bis 7. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 3 vom 15.1.1933, S. 12.

43 PdW vom 8. bis 15. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 4 vom 22.1.1933, S. 16.

scheidung gestellt, ob sie diesen Prozeß rücksichtslos durchführen wird und will und Hochverrat als Hochverrat bestrafen oder ob sie sich selbst die Existenzberechtigung absprechen will, indem sie eine Partei schon, die alle Not steuern will einfach durch den Mord an ihren Mitbürgern.«⁴⁴

Am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler schrieb Fuchs: »Die deutsche Tragödie dehnt sich zu einer Tragödie Europas.« Weitsichtig sah er voraus: »Die Weltkatastrophe, deren Mittelpunkt Deutschland heißt, geht weiter. Von unserem klaren Mut hängt mehr ab als nur Deutschlands Existenz. Zumindest für Europa geht es« – hier knüpfte Fuchs indirekt an Rosa Luxemburg an – »um die Frage: Rettung der Kultur oder Zurücksinken in hoffnungslose Verelendung und Barbarei«. Es sei jedoch keine Ursache zu verzweifeln, aber jeder Grund da, »alle Kräfte entschlossenen Widerstandes, klaren Willens, ehrlicher, unbeugsamer Führung einzusetzen. Noch kann die Katastrophe vermieden werden, die eine Herrschaftszeit, wie Hitler sie plant und Hugenberg will, herbeiführen müßte. Keiner allerdings hilft sie vermeiden, der jetzt noch schwächlich zögert, alle seine Energie gegen diese Regierung zu gebrauchen.«⁴⁵ Dabei forderte Fuchs, »daß auch diese dumme Polemik zwischen SPD und KPD einer wirklich sachlichen Aussprache, sachlichem Austragen der nicht zu verdeckenden taktischen Meinungsverschiedenheiten und einer klaren Entschlossenheit gemeinsamen Widerstandes weicht.«⁴⁶

Für antifaschistische und antiimperialistische Einheitsfront

Durch alle Berichte zieht sich die Forderung von Fuchs nach Einheitsfront von SPD und KPD. Angesichts des barbarischen

Terrors fand sein Ruf nach Einheitsfront endlich und zunehmend auch ein Echo, weil zumindest teilweise begriffen wurde, »Wie unbedingt notwendig es ist, daß wir zur Einheitsfront des Proletariats kommen. Die öffentliche Diskussion wird darüber zwischen SPD und KPD geführt. Möge man bald und entschlossen der Schwierigkeiten Herr werden, die sie noch nicht zustande kommen lassen.«⁴⁷

Beschwörend schrieb Fuchs am 3. Juli 1932 im »Religiösen Sozialisten«: »Gelingt es nicht, in kürzester Zeit die Einheitsfront der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter dem SA-Terror entgegenzustellen, dann werden die Zustände der letzten Tage in diesem Sommer [1932, F.M.B.] der normale Zustand werden.«⁴⁸

Zur Jahreswende 1932/33 richtete Fuchs erneut einen dringenden Appell an die Arbeiterparteien und die sie stützenden Massen: »Entschlossener Kampf diesen Gewalten! Sammlung aller, die spüren, wie sie heute mit Hunger die Völker vernichten, für morgen den Krieg bereiten in einer Gestalt, die unfaßbar furchtbar ist. Ihre eigene Selbstsucht macht sie uneinig und schwach. Seien wir einig, und wir werden die Gefahr überwinden können.«⁴⁹

Epilog

In der letzten Ausgabe des Bundesorgans vor seinem Verbot durch die Nazis schrieb Fuchs »im Glauben eines Christen, der Sozialist ist«⁵⁰ in einem programmatischen Aufsatz – außerhalb der Wochenberichte – unter dem Titel »Die Aufgabe der Religiösen Sozialisten«: »Gewaltiger – und schwerer – als wir je dachten, ist eine Aufgabe uns zugefallen.«⁵¹ Er bekannte: »Wir gehören zu den Arbeitermassen, über die man heute als »Sieger« triumphiert... Nun hören wir über

dem augenblicklichen Schicksal dieser Massen das Wort unseres Herrn: »Selig sind, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden«... Wir sind gefragt«, so der Theologe Fuchs, »ob wir die Stimme Gottes und den Ruf dessen, der am Kreuze starb, hören und von ihm den Mut gewinnen, der über Menschenkraft ist, das Wort geistiger Erneuerung aus Jesu Ruf und Botschaft allem Geiste der Gewalt und der Unbrüderlichkeit entgegenzustellen. »Selig sind«, so Fuchs in Vorahnung der kommenden Jahre der ungeheuren Opfer und des Widerstandes außerhalb und innerhalb Deutschlands, »die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn das Himmelreich ist ihr.«⁵²

III.

Haben die Zeitgenossen von Emil Fuchs ihn in der DDR so kennenlernen können, wie er aus diesen Wochenberichten spricht? Auch dem großen marxistischen Gelehrten und Kollegen aus den Leipziger Jahren, Walter Markov, ist der »rote Pfarrer« der Weimarer Republik, Emil Fuchs, verborgen geblieben, wenn er von dem »verdiente(n) alte(n) Theologe(n)« Emil Fuchs spricht, »ein ergreifender Prediger des Friedens schon in jenen Tagen.«⁵³ Auf Fuchs trifft zu, was Peter Weiss über den großen Gegenstand der Forschungen von Walter Markov, Jacques Roux, sagt: Er gehört zur Revolution dazu. »Leider hat die Zensur sehr viel gestrichen von seinen Aussagen im Spiel, denn sie gingen in ihrem Ton zu weit für die Ordnungsbewahrer in unserer Zeit.«⁵⁴ Mit seiner größtenteils während des »Dritten Reiches« bereits verfaßten Autobiographie »Mein Leben«⁵⁵ hat Fuchs selbst allerdings nicht viel dazu beigetragen, um das ausschließliche Bild des »Friedenstheologen« zu korrigieren.

In der Weimarer Republik wäre Fuchs als »religiöser Sozialist« nicht auf den Gedanken gekommen, über ein »Bündnis von Christen und Marxisten« nachzudenken.⁵⁶ Er und die anderen religiösen Sozialisten stellten dieses Bündnis in Person dar. Theoretisch sind Christentum und Marxismus unvereinbar. Es führt auch »keine breite Straße von der Bergpredigt zum Kommunistischen Manifest. Nach dem Kriterium der Praxis indes schließt das ein Zusammengehen »für die beste Sache

44 PdW vom 21. bis 28. November 1931, in: RS 1931, Nr. 49 vom 6.12.1931, S. 206.

45 PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 7 vom 12.2.1933, S. 28.

46 ebd.

47 PdW vom 11. bis 18. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 26 vom 26.6.1932, S. 104.

48 PdW vom 19. bis 26. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 27 vom 3.7.1932, S. 108.

49 PdW vom 24. bis 31. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 2 vom 8.1.1933, S. 8.

50 Siehe Emil Fuchs, Jesus von Nazareth im Glauben eines Christen, der Sozialist ist, in: Karl-Heinz Deschner, Jesusbilder in theologischer Sicht, o.O. o.J. zit. nach: Karlheinz Bangard, Reich Gottes und soziale Gerechtigkeit bei Emil Fuchs. Theorie und Praxis des religiösen Sozialisten im werdenden Sozialismus, Diss., Frankfurt/Main 1985, S. 199.

51 Siehe die Äußerung des Kundschafters für den Frieden, Klaus Fuchs: »Wir haben uns den Weg nicht so schwer gedacht. Wenn wir ihn aber noch einmal zu wählen hätten, würden wir ihn doch wieder wählen. Wir könnten ja nicht anders!« – zit. nach: Emil Fuchs, Mein Leben, Zweiter Band, a.a.O., S. 236.

52 Emil Fuchs, Die Aufgabe der Religiösen Sozialisten, in: RS, 15. Jg. 1933, Nr. 11 vom 12. März 1933, S. 41.

53 Walter Markov, Zwiesprache, a.a.O., S. 180.

54 Peter Weiss, Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspieltruppe des Hospizes zu Clarenton unter Anleitung des Herrn de Sade, Frankfurt/Main 1968, S. 16.

55 Als der 2. Band, der die Zeit nach dem 1. Weltkrieg beschrieb, 1959 in Leipzig erschien, war Fuchs inzwischen 85 Jahre alt.

56 Siehe Erwin Eckert, Sind wir Marxisten?, in: Zeitschrift für Religion und Sozialismus (ZRS), Mannheim 1930, H. 3, S. 277ff.

auf dieser Erde« mitnichten aus.⁵⁷ Emil Fuchs und Erwin Eckert dachten politisch und hätten sicher Fidel Castro zugestimmt, als dieser im Gespräch mit dem brasilianischen Priester Frei Betto formulierte, »daß man Marxist sein kann, ohne das Christsein aufzugeben und daß man vereint mit den marxistischen Kommunisten für die Veränderung der Welt arbeiten kann.«⁵⁸ An ihrem Glauben hielten Fuchs und Eckert – in abgewandelter Form – bis zu ihrem Tode fest. Fuchs trat schon 1922 dem »Kreis der Freunde der Freunde (Quäker)« und 1933 der »Religiösen Gesellschaft der Freunde« bei. Eckert trat nach seiner Entlassung aus dem Pfarrdienst der badischen Landeskirche 1931 aus der Kirche aus. Der Kirche und seinen Genossen in der KPD verheimlichte er seine Glaubensbindung in dessen nicht.⁵⁹ Religion stand ihnen, wie schon Walter Markov über den roten Priester Jacques Roux in der Französischen Revolution schrieb, über allen Gesetzen, »weil sie bis in die Tiefe des Herzens, die »Brutstätte des Verbrechens«, in Denken und Fühlen eindringt.«⁶⁰ Mit der Kirche als Institution brachen sie. An ihrem Glauben aber hielten sie fest. Sie blieben davon überzeugt, daß es einen »Himmel für Revolutionäre« gebe. Insofern blieben die Provinzpfarrer, die sie in Meersburg/Baden und Eisenberg/Thüringen gewesen waren, bevor sie in den Krisenstürmen der Reichsrepublik von Weimar in Zentren der Klassenseinsetzungen nach Mannheim und Kiel getragen wurden, bei ihrer sancta simplicitas. Das schloß ihre rastlose Tätigkeit in Sachen Antifaschismus, Frieden, Demokratie und Sozialismus in keiner Weise aus.

Wolfgang Abendroth hat zurecht darauf hingewiesen, daß in der wirklichen Geschichte »Teile der Arbeiterklasse zunächst von Denkweisen bestimmt« seien, »die sich aus Traditionen ergeben, die von den herrschenden Klassen der Gesellschaft ausgehen, wie es damals die religiös-erzogenen Arbeiter in Kleinstädten und Randgemeinden der Groß-

städte waren. Immer werden sie nach Vermittlungsvorstellungen drängen, um zu klarerem Bewußtsein über ihre eigene Lage und die Vertretung ihrer Interessen zu kommen.«⁶¹

Im Gegensatz zur Parteiführung und zum Parteiapparat der SPD war die marxistische Lehre für Emil Fuchs, Erwin Eckert und andere religiöse Sozialisten keine falsche Integrationsideologie bzw. jeweils instrumental zu verwendende Verhüllungsterminologie. Für die kleinen religiös-sozialistischen Gruppen war »im Gegenteil die Aneignung der Methoden der Analyse sozialer Probleme und der Ziele sozialer Bewegungen, wie sie Marx und Engels entwickelt hatten, lebendigstes Problem einer neuen Fragestellung (und also keineswegs bloße Verhüllung einer völlig anderen praktischen Politik), für die sie durch den Wegfall der »Thron- und Altar«-Ideologie frei geworden waren.«⁶²

Wolfgang Abendroth, der marxistische Gesellschaftswissenschaftler und Historiker der Arbeiterbewegung, nannte immer nur Eckert und Fuchs, wenn er auf die herausragenden Repräsentanten des Bundes der Religiösen Sozialisten zu sprechen kam.⁶³ Die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED herausgegebene »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden« aus dem Jahre 1966 verzeichnete dagegen in Bd. 4 (Von 1924 bis Januar 1933) weder Erwin Eckert noch Emil Fuchs, obwohl beide Teilnehmer am Internationalen Antiimperialistischen Antikriegskongress 1932 in Amsterdam waren und schon dadurch ihre hervorragende Stellung in der Arbeiterbewegung belegt wird. Noch 1983 erschien ein lexikalischer Beitrag über den »Bund der Religiösen Sozialisten« in dem von Dieter Fricke herausgegebenen »Lexikon zur Parteiengeschichte«, das den »bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Organisationen« gewidmet war.⁶⁴

Wolfgang Abendroth selbst wird noch in der 4. Auflage des DDR-Handbuchs »Kritik

der bürgerlichen Geschichtsschreibung« aus dem Jahre 1977 – bei aller positiven Würdigung seiner Arbeiten – zwar zu den »progressiven«, teilweise an »sozialistischen Zielvorstellungen« festhaltenden, aber eben doch letztlich zu den »bürgerlichen« Geschichtswissenschaftlern gerechnet.⁶⁵

Wenn keine einzige der über 200 Veröffentlichungen von Emil Fuchs im Bundesorgan der religiösen Sozialisten in einer DDR-Bibliographie Erwähnung und – obwohl zugänglich – in den wissenschaftlichen Arbeiten über das Wirken von Emil Fuchs in der Weimarer Republik Verwendung fand, muß da nicht vermutet werden, daß »Politik« Wissenschaft und Person vereinnahmte, weil die SED-Führung aus Rücksicht auf die angestrebten, aber keineswegs sich als ehrlich und zuverlässig erweisenden Bündnispartner unter bürgerlichen Christen und Kirchen auf den Sozialisten Emil Fuchs, erst recht auf den religiösen Sozialisten glaubte verzich-

ten zu müssen und ihn statt dessen auf den liberalen Theologen und Autor der linksliberalen bürgerlichen »Christlichen Welt« reduzierte? Am Ende bleiben so beide, Wissenschaft und Politik, auf der Strecke.

In der von Kurt Meier betreuten Dissertation von Detlef Döring mit dem hochgesteckten Titel »Christentum und Faschismus. Die Faschismusdeutung der religiösen Sozialisten«, 1982 mit einer Vorbemerkung von Arnold Pfeiffer in Stuttgart erschienen, werden die Wochenberichte von Emil Fuchs nicht berücksichtigt, obwohl Döring das Bundesorgan unter den Publikationsorganen der religiösen Sozialisten aufführt, »die innerhalb dieser Arbeit ausgewertet wurden.«⁶⁶ Peter Friedrich Zimmermann hat in seiner Leipziger Dissertation »Emil Fuchs und die religiös-sozialistische Bewegung bis 1933« die Veröffentlichungen aus dem Bundesorgan der religiösen Sozialisten entweder nicht gekannt oder nicht herangezogen.⁶⁷ Die Tat-

57 Walter Markov, Zwiesprache, a.a.O., S. 257, (Hervorhebungen von F.M.B.).

58 zit. nach: Walter Markov, Zwiesprache, a.a.O., S. 256

59 Siehe auch die Wiedergabe der Mitschrift von Günther Hahne in: Friedrich-Martin Balzer / Manfred Weißbecker, Erwin Eckert, Badischer Pfarrer und revolutionärer Sozialist 1893-1972, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg, hrsg. von Gerhard Taddey und Joachim Fischer, Stuttgart 1998, S. 543-545.

60 Walter Markov, Zwiesprache, a.a.O., S. 255.

61 Wolfgang Abendroth, Vorwort zu F.-M. Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, S. 11f. (Hervorhebung von F.M.B.).

62 Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse Köln 1978, vierte Auflage, S. 63.

63 Siehe Wolfgang Abendroth, ebd. S. 64; Wolfgang Abendroth, Der Weg der marxistischen Widerstandskämpfer zum Verständnis für den christlichen Widerstand der »Bekennenden Kirche«, in: Heinz Kloppenburg u.a. (Hrsg.), Martin Niemöller, Festschrift zum 90. Geburtstag, Köln 1982, S. 117.

64 Siehe Konrad Breitenborn, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, hrsg. von Dieter Fricke u.a., Bd. 1, Leipzig 1983.

65 Siehe Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch (hrsg. von Werner Berthold u.a.), Köln 1977, S. 641f. Vgl. die Hausmitteilung der SED an Albert Norden vom 4.4.1973: »Obwohl Abendroth zweifellos eine positive politische Persönlichkeit ist, empfiehlt es sich nicht, das Gespräch allzu offenerherzig zu führen«. Die Kopie befindet sich im Privatarchiv F.M. Balzer. Siehe dagegen die Einschätzung von Wolfgang Abendroth als marxistischem Wissenschaftler bei Hans Heinz Holz, Wolfgang Abendroth – Demokratie als Sozialismus, in: Topos, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Bonn, Heft 2 (Demokratie), 1993, S. 99-110.

66 Detlef Döring, Christentum und Faschismus. Die Faschismusdeutung der religiösen Sozialisten, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1982, S. 141. Der Titel der Leipziger theologischen Dissertation aus dem Jahre 1980 lautete: Faschismusinterpretation in evangelischer Theologie und Kirche, Leipzig 1980.

67 Peter Friedrich Zimmermann, Emil Fuchs und die religiös-sozialistische Bewegung bis 1933, Dissertation zur Promotion A, Karl Marx Universität zu Leipzig 1984

sache, daß das Bundesorgan in der DDR einsehbar war, belegt Michael Rudloff in seinem Aufsatz über Christliche Antifaschisten der »ersten Stunde« im Widerstand.⁶⁸

Nichts gegen »christliche Demokraten«, wenn sie denn wirkliche Demokraten und wirkliche Christen sind, von denen es in Vergangenheit und Gegenwart nur allzu wenige in diesem Lande ohne siegreiche bürgerliche Revolution gab und gibt. Aber vielleicht ist es an der Zeit, sich von der in der DDR gängigen Sprachregelung zu verabschieden, wonach Emil Fuchs ein »mit der Arbeiterklasse verbündeter christlicher Demokrat«⁶⁹ war. Emil Fuchs sollte als der wiedererkannt werden, der er war: ein christlicher Demokrat, der sich im Laufe seines langen Lebens vor 1933 unter den Bedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise zum revolutionären Sozialisten entwickelte und heute der Linken innerhalb und außerhalb dieses Landes alle Ehre machen würde.

Die Wochenberichte, von denen nur ein Bruchteil vorgestellt werden konnte, stellen eine bisher ungenutzte Schatztruhe für das ebenso lebendige wie präzise Begreifen des Endes der ersten deutschen Republik dar, weil sie sich ebenso seismographisch wie scharfsinnig und sensibel-entschieden von der Bourgeoisie abgrenzen und für die Mühseligen und Beladenen, für die Arbeiterklasse und ihre politischen Organisationen kritische Partei ergreifen.

Die ausgiebig wiedergegebenen Original-Töne von Emil Fuchs belegen, warum Herbert Trebs recht hatte, als er Fuchs zur »linken Richtung« im Bund der Religiösen Sozialisten zählte.⁷⁰ Sie unterstreichen seinen langen Weg von Friedrich Schleiermacher über Friedrich Naumann und Martin Rade zu Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin. Theoretisch mag bedauert und angefochten werden, daß dabei der Marxismus-Leninismus nicht als ausschließliche und abgeschlossene Weltanschauung, sondern als Methode und Werkzeug von Fuchs begrif-

fen wird. Die hier dargelegten Analysen der Endphase der Weimarer Republik begründen jedoch, warum sich Emil Fuchs in der Praxis im Alter von 75 Jahren von der SPD definitiv lossagte und 1949 in die DDR nach Leipzig übersiedelte.

Seine Parteinahme für den »werdenden Sozialismus« in der DDR war kein »Bruch« gegenüber seiner in den Wochenberichten eingenommenen Haltung. Der Leipziger Lehrstuhl für »Christliche Ethik und Religionsphilosophie« war nicht, wie die der Sozialdemokratie nahestehende *Frankfurter Rundschau* schrieb, der »Lohn« des Bolschewismus für den »Vater des Atomspions«, Klaus Fuchs. Seine in der DDR eingenommene Position war auch keine »Liebedienerei gegenüber den Machthabern seines Asyls.«⁷¹ Fuchs nannte als entscheidenden Grund für seine Übersiedlung in die DDR, daß ihm dort eine Möglichkeit geboten werde, die Erkenntnisse, zu der er sich im Laufe seines Lebens durchgerungen hatte, weiterzugeben. Er fühlte die Pflicht, wie es in seinem Abschiedsbrief an Kurt Schumacher hieß, »dahin zu gehen, wo man das würdigt.«⁷²

Daß das Alterswerk von Emil Fuchs gewürdigt wurde, geht allein aus der Tatsache hervor, daß sich im Zeitraum zwischen 1950 und 1985 ca. 550 Veröffentlichungen in der DDR mit dem Wirken von Emil Fuchs beschäftigten. Von ihm selbst erschienen im Zeitraum von 1952 bis 1971 ca. 200 Veröffentlichungen.⁷³

In der BRD erschien 1961 in einem Kleinstverlag gerade einmal ein Nachdruck seines Vortrages auf der Versammlung der Gesellschaft der Freunde (Quäker) in Bad Pyrmont aus dem Jahre 1939.⁷⁴ Wäre Fuchs in der BRD und in der SPD geblieben, so hätte das Festhalten an seinen am Ende der Weimarer Republik errungenen Positionen nicht nur – wie bei Wolfgang Abendroth – letztlich zum Ausschluß aus der SPD geführt, sondern auch zum Berufsverbot und

zur Überwachung durch diverse bundesdeutsche Geheimdienste geführt. Nach seiner Übersiedlung nach Leipzig war die Fuchs-Rezeption in Westdeutschland, wenn es überhaupt eine solche gegeben hat, sowohl politisch als auch wissenschaftlich vom Kalten Krieg geprägt. Von seinen ehemaligen religiös-sozialistischen Bundesgenossen, die sich nach 1949 in der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten e.V. unter Heinrich Schleich zirkelförmig zusammenfanden, stellten sich nur Eberhard Lempp und Daniel Jäger angesichts der antikommunistisch motivierten Angriffe halbwegs – menschlich, aber nicht politisch – vor Emil Fuchs, als dieser wegen seines Überwechselns ins Lager des »Totalitarismus« durch eine Erklärung des Bundesvorsitzenden Heinrich Schleich 1962 aus der Mitgliederliste des Bundes der Religiösen Sozialisten gestrichen wurde.⁷⁵

Auch im fusionierenden und zugleich konkurrierenden »Weltimperialismus« (Emil Fuchs) muß immer noch eingreifendes Denken und gemeinsames Handeln bewirken, was die Kämpfe und Opfer von Krieg und Faschismus, Faschismus und Krieg, die noblen Schwüre, die wohlmeinenden Vorsätze und Absichtserklärungen nach den Katastrophen bisher nicht dauerhaft und weltweit vermocht haben. Nicht Glorifizierung der Vergangenheit und Nostalgie, nicht selektive Wahrnehmung, nicht Verdrängung und Diffraktion, sondern kritische Aufarbeitung und Wiederbelebung einer teilweise verschollenen Erbschaft von Emil Fuchs und Erwin Eckert, die die Verteidigung der normativen Demokratie ebenso wie den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für den Sozialismus einschließt, sind angezeigt. Wie Peter Weiss den roten Priester Jacques Roux sagen läßt: »Zum letzten Mal erhebt euch. Lernt zu sehen. Lernt ein Urteil zu for-

68 Michael Rudloff, Christliche Antifaschisten der »ersten Stunde« im Widerstand, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 38 (1989), 3, S. 297-307.

69 Siehe Herbert Trebs, Die linke Richtung im »Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands« – mit der Arbeiterklasse verbündete christliche Demokraten der Weimarer Zeit, in: Zwischen Aufbruch und Beharrung, Der deutsche Protestantismus in politischen Entscheidungsprozessen, Berlin 1978, S. 90-124. Nach dem Tode von Emil Fuchs drängte der Parteivorsitzende Gerald Götting die Familie Fuchs, Emil Fuchs von Bischof Moritz Mitzenheim beerdigen zu lassen. Unter Berufung auf den letzten Willen von Emil Fuchs verweigerte sich die Familie diesem Drängen und ließ Fuchs vom Schweriner Domprediger und religiös-sozialistischen Kampfgefährten Karl Kleinschmidt bestatten. Was die Familie Fuchs damals nicht wußte, ist, daß Karl Kleinschmidt zu diesem Zeitpunkt (1971) bereits in der SED in »Ungnade« gefallen war. Darauf deutet nicht nur die Rezeption des von Heinrich Fink im Jahr 1968 herausgegebenen Buches »Stärker als die Angst«, sondern auch das Nicht-Erscheinen des vom Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser in Auftrag gegebenen Buchmanuskripts »Kirchenkampf und Widerstand« erstmals veröffentlicht in: F.M. Balzer / Chr. Stappen-

beck, Sie haben das Recht zur Revolution bejaht, a.a.O., S. 20-110) und die Tatsache hin, daß Kleinschmidt in der Konfrontation mit dem Vorsitzenden des Evangelischen Pfarrerbundes, Georg Schäfer, dem eine NSDAP-Vergangenheit vorgehalten werden konnte, den Kürzeren zog.

70 Siehe Herbert Trebs, Die linke Richtung a.a.O.; Trebs kommt zu diesem Urteil ohne Auswertung der Veröffentlichungen von Emil Fuchs im Bundesorgan der religiösen Sozialisten zwischen 1926 und 1933.

71 Siehe Frankfurter Rundschau vom 18. August 1950.

72 Abschiedsbrief an Kurt Schumacher vom 25. Oktober 1949, Kopie im Privatarchiv Erwin Eckert.

73 Siehe Dittmar Rostig, Bibliographie, a.a.O., S. 91-127; S. 72-90.

74 Emil Fuchs, Der Ruf Jesu Christi, in: Evangelische Zeitstimmen, Heft 5, Hamburg-Bergstedt 1961, 535.

75 Die Erklärung ist abgedruckt in: Christ und Sozialist, Blätter der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Frankfurt/Main, Nr. 1/1962, S. 22ff. Auf die diskontinuierlichen Wellenbewegungen der Religiösen Sozialisten nach 1945 in den Besatzungszonen und den beiden deutschen Staaten zwischen Aufbruch, Stagnation, Ausgrenzung, Integration und Marginalisierung kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden.

men. Zeigt ihnen, daß ihr nicht die Geprellten seid.»

Dabei kann die Aussage von Franz Führmann, wonach Wahrhaftigkeit die ganze Wahrheit will, eine Richtschnur sein: »denn die Wahrheit ist immer das Ganze, nicht abgewogen, nicht zugemessen, nicht ausgewählt und nicht abgestuft, nicht in irgendeinem Dienste stehend, der sie nach Belieben gebraucht und von dafür Befugten verwaltet läßt, nicht für Programme zugeschnitten, nicht Strategien untergeordnet, nicht modifiziert nach Erfordernissen, nicht Präzeptoren vorbehalten, die Volk als das schlechthin Unmündige ansehen, nicht wie Tranquillizer auf Rezepten verordnet, nicht zweigeteilt nach Nutzen und Schaden, ungeachtet aller



Gerd Lüdemann: Jesus nach 2000 Jahren – Was er wirklich sagte und tat.

Eine Rezension von HEINZ RÖHR

Dieser Riesenwälzer von 890 Seiten ist ein Meisterwerk! Lüdemann schafft es, zusammen mit Frank Schleritt (Johannes-Evangelium) und Martina Janßen (apokryphe Jesustradition), vier Kommentarwerke (Mk, Mt, Lk, Joh) von der Qualität von Bultmanns Johannes-Kommentar zu ersetzen, und das alles ohne ein Wort Griechisch! Das Werk ist also für Laien gedacht.

Lüdemann druckt zunächst die Evangeliums-Texte in eigener neuer Übersetzung ab, und zwar je nach Quellen- bzw. Schichtenzugehörigkeit in verschiedenen Schrifttypen: normal, kursiv, fett, einmal unterstrichen, zweimal unterstrichen, so dass die verschiedenen »Hände«, die am jeweiligen

Konsequenzen, nicht einteilbar nach diesen Konsequenzen, ein absoluter, kein relativer Wert.«⁷⁶

Wenn wir nicht mehr davon überzeugt sind, daß letztlich die ganze Wahrheit, auch wenn diese immer nur annäherungsweise erzielt werden kann, auf der Seite des Fortschritts und der Fortschrittlichen steht, können wir einpacken und Däumchen drehen. Parteilichkeit wird durch den Versuch, die ganze Wahrheit in all ihren Widersprüchen zu erforschen, nicht beeinträchtigt.

⁷⁶ zit. nach: Wolfgang Ruge, Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

Der erste Teil ist in der vorigen Ausgabe abgedruckt.

Text gearbeitet haben, rein optisch zu erkennen sind.

Zum Beispiel im berühmten Johannes-Prolog (Joh 1,1-18) wechseln die »Hände« von Vorlage (vorchristlich), Evangelist und Redaktor bzw. nachträglicher Bearbeitung vierzehnmal! Vers 1 und 3f (»Im Anfang war der Logos« und »Alles ist durch ihn geworden«) werden durch Vers 2 (»Dieser war im Anfang bei Gott«) unterbrochen. Strophe II des vorchristlichen Logos-Hymnus (Vers 5 und 11-12c) setzt sich in der verchristlichten Strophe III fort (»Und der Logos wurde Fleisch«). Dazwischen setzt der Evangelist: »Es trat ein Mensch auf, ... Johannes«. Da »schneit Johannes der Täufer in die Ewigkeit hinein« (J. Wellhausen).

Vers 12d - der Evangelist ergänzt: »denen, die an seinen Namen glauben«. Ein späterer Bearbeiter fügt hinzu: »die weder aus Blut noch aus Fleischeswillen noch aus Manneswillen, sondern aus Gott gezeugt sind« (Vers 13).

Vers 16 und 17 fallen dadurch auf, dass dreimal das Wort »Gnade« vorkommt, ein Wort, das sonst nicht zum johanneischen Wortschatz gehört. (Es klingt eher paulinisch.) Ferner ist zu bemerken, dass der Er-Stil in Vers 14 in den Wir-Stil (»wir sahen seine Herrlichkeit«) wechselt.

In drei erläuternden Abschnitten folgen dann (wie durch das ganze Buch hindurch) Bemerkungen zu »Redaktion«, »Tradition« und »Historisches«. Für das ganze Johannes-Evangelium gilt in puncto »Historisches«: Fehlzanzeige! Alle Jesusworte beziehungsweise -reden sind unecht, wenngleich von hohem theologischen Rang.

Schauen wir uns eine relativ geschlossen wirkende Perikope an: **Mk 8, 27-33** (Messiasbekenntnis und Versagen des Petrus). Das Stück ist nicht einheitlich: es wechseln markinische Sätze mit altem, echtem Traditions-gut. Auf Vers 27a (von Markus geschaffen) folgen ein Traditionsstück (Vers 27b-29) und ein redaktionelles Stück (Vers 31-32). An Vers 29 (»Du bist der Christus«) schließt Vers 33 an: »...bedrohte Petrus und sagte: »Tritt hinter mich, Satan...«. Die Anrede des Petrus als »Satan« geht auf »historisch zu nennende Überlieferung« zurück. »Denn diese »Verteufelung« des angesehenen Jüngers lässt sich nicht aus der Gemeinde ableiten.« Der Sinn der Perikope liegt darin: »Jesus weist die Erwartung, er sei der Messias ... als satanische Anfechtung zurück.« Im Jüngerkreis wurde diskutiert, ob Jesus der »politische Messias« sei, der die Römer aus dem Land jagt und das Reich Davids wieder errichtet. Jesus weist das zurück und »dämonisiert seinen ersten Jünger« (S. 81). Diese Satanisierung geht also nicht auf Vers 32b zurück, wo sich Petrus dem Gedanken widersetzt, dass Jesus leiden muss. (Vers 30 enthält das sogenannte markinische Messiasgeheimnis, Vers 31f ist die erste Leidens- und Auferstehungsweissagung, von Markus eingefügt.)

Betrachten wir kurz die matthäische Parallele zu diesem Stück: **Mt 16, 13-20** (»Das

Bekenntnis des Petrus und die Verheißung für ihn«). Wieder wechseln zwei »Hände« miteinander ab. Vers 13-16 verarbeitet die markinische Vorlage einschließlich Christusbekenntnis: »Du bist Christus«. Bemerkenswert ist, dass Matthäus eine Steigerung der messianischen Titel vornimmt: »Menschensohn« (Vers 13), »Christus« und »Sohn Gottes« (Vers 16). Nach einem überleitenden redaktionellen Satz (Vers 17) »Selig bist du, Simon Barjona (= Petrus)« schiebt Matthäus das berühmte »Felsenwort« ein (Vers 18f). Lüdemann übersetzt: »Du bist Stein (Petrus) und auf diesem Gestein will ich meine Gemeinde bauen...« (Luther: »Du bist Petrus und auf diesem Felsen...«) Im Französischen funktioniert das Wortspiel »Petrus - Fels«: »Du bist Pierre und auf diesen pierre will ich...«, im Deutschen dagegen nicht.

Jesus kann dieses Wort nicht gesprochen haben, da er keine Kirche gegründet hat. (Das Wort »ekklesia« erscheint in den Evangelien nur hier und noch einmal bei Matthäus.) Es ist vielmehr ein Wort des »Auferstandenen«: Petrus hat als erster den »Auferstandenen« gesehen (I. Kor. 15,5). »Das Stück wurde dann von Petrus selbst oder von seinen Anhängern Jesus in den Mund gelegt und anschließend von Matthäus ins Leben Jesu vordatiert. Es ist unecht.« (S. 256) Hier spricht sich das »eschatologische Bewusstsein der palästinensischen Gemeinde der Endzeit« aus (Bultmann, bei Lüdemann ebd.). Das Stück soll die Autorität der Gemeinde und ihres Leiters begründen: Zur Leitung der Gemeinde gehört auch die Vollmacht zur Sündenvergebung (vgl. Vers 19). Zum schwankenden Charakterbild des Petrus in den Evangelien vergleiche noch die dreimalige Verleugnung (Mk 14, 66-72) und die »Ehrenrettung« (»Weide meine Lämmer/Schafe«, dreimal) in Joh 21,15-19.

Das vorliegende Buch zitiert des öfteren andere Wissenschaftler (Bultmann vornweg, Wrede, Wellhausen, Windisch, Dibelius u.a., leider ohne Quellenangabe). Insgesamt fil-

tert Lüdemann 80 Stücke als echt heraus (bei Bultmann waren es ca. 100), hinzu kommen noch 8 Stücke aus dem Thomas-Evangelium, darunter der wahrscheinlich echte Spruch (122) »Jesus sagte: »Werdet Vorübergehende!« (S. 776).

Lüdemann gibt dem Werk ein »Leben Jesu in Kurzfassung« bei (S. 877ff): Jesus ist eine »naturwüchsige Gestalt« mit Humor und Witz. In seinem »Schwärmertum« und »seinem vertrauten Umgang mit Gott« wirkt er auf Lüdemann eher »lächerlich«. Lüdemann schließt mit dem »Negativbekenntnis«: »Ich lege ihn deshalb mit diesem Buch zu den Akten« (886). Nein! Hier widerspreche ich: Wir sind mit Jesus noch lange nicht fertig, gerade nach diesem Buch nicht!

Gerd Lüdemann, *Jesus nach 2000 Jahren. Was er wirklich sagte und tat*, zu Klampen-Verlag, Lüneburg 2000, 890 Seiten, 98 DM.

Einladung zur kritisch-feministischen Bibellektüre

Das *Kompodium Feministische Bibelauslegung*, vorgestellt von DÖRTE MÜNCH

Vor noch nicht ganz zwei Jahren erschien das *Kompodium zur Feministischen Bibelauslegung*. Gut hundert Jahre nach dem Erscheinen von Elizabeth Cady Stanton's *Woman's Bible* – und damit der »Geburtsstunde« der feministischen Bibelauslegung – ist dieses 850 Seiten dicke Kompodium die erste vollständige und systematisch-feministische Kommentierung der biblischen Schriften in Deutschland.

Dieser große Kommentar dokumentiert, dass die feminis-

tische Exegese inzwischen anerkannt wird und weite Verbreitung findet. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Exegetinnen, denen es schon lange nicht mehr um biblische »Frauentexte« oder feministisch-theologische »Lieblingsthemen« geht, so die Herausgeberinnen, »sondern dass kritisch-feministische Analysen sich auf die biblischen Bücher, die Bibel insgesamt zu beziehen haben.«

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Wissenschaft immer von bestimmten Standpunkten aus betrieben wird. Die feministische Exegese arbeitet daher explizit aus der Blickrichtung von Frauen und ergreift gegebenenfalls ihre Partei. Die Forschung geht von einem (Beziehungs-)Miteinander aber einer geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Erfahrungsgeschichte und von einer männerdominierten, zum Teil sexistischen Schreibweise der Bibel aus.

In diesem Zusammenhang ist der Kanon der biblischen Schriften aus einer rein männlichen Perspektive entstanden, aus der Frauen größtenteils nicht oder nur in bestimmten Rollen wahrgenommen werden. Um die Rolle von Frauen und ihren Anteil zu erforschen, müssen viele biblischen Schriften neu bewertet und gegebenenfalls noch andere Quellen herangezogen werden. So ist es auch zu begrüßen, dass das Kompodium neben dem katholischen und dem protestantischen Kanon auch außerbiblische Texte berücksichtigt hat, die bei der Entstehung des biblischen Kanons eine Rolle spielten wie beispielsweise das Evangelium nach Maria (Magdalena). Die Beiträge sind sehr unterschiedlich in der Herangehensweise und von ihrer Struktur. Generell ist das Projekt getragen von einem konfessionsübergreifenden Verständnis und darüber hinaus auch von einer jüdisch-feministischen Auseinandersetzung. Durch die übersichtliche Anord-



nung, dem Namens- und dem Stichwortregister ist das Kompodium für Feministische Bibelauslegung sehr gut zu handhaben. Mit seinen 78 Kommentaren haben wir damit einerseits ein umfangreiches informatives Nachschlagewerk vorliegen, das einen guten Überblick über den Stand feministischer Bibelauslegung bietet und andererseits jedoch ebenfalls zum Blättern, Schmökern und Weiterdenken einlädt. Problem für Einzelpersonen ist leider der Preis von 125 Mark; inzwischen dürfte das Kompodium aber hoffentlich in keiner Bibliothek mit einer theologischen Abteilung mehr fehlen und so sollte sich jede und jeder eingeladen fühlen, bei Gelegenheit mal einen Blick in dieses vielversprechende Werk zu werfen.

Luise Schottroff und Marie-Theres Wacker (Hg.): *Kompodium Feministische Bibelauslegung*. Chr. Kaiser Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1998 (ISBN 3-579-00391-7).

Kirchengeschichte – Geschichte von Frauen und Männern

DÖRTE MÜNCH über die Bücher *Eva, Maria, Erdenfrau* von Christel Beilmann und *Geschlechterperspektiven* von Heide Wunder und Gisela Engel

Im folgenden möchte ich zwei Bücher vorstellen, die beide auf unterschiedliche Weise das Verhältnis der Geschlechter zueinander einmal in der katholischen, einmal in der evangelischen Kirche aufgreifen: Christel Beilmann, »*Eva, Maria, Erdenfrau. Der Verrat an den Frauen durch Kirche und Theologien*« und Heide Wunder / Gisela Engel (Hg.), »*Geschlechterperspektiven. Forschungen zur Frühen Neuzeit*«.

CHRISTEL BEILMANN hat umfassend Aussagen über Frauen im Weltbild der katholischen Kirche gesammelt. Dabei hat sie sich nicht nur auf den Bereich der Theologie beschränkt, sondern ebenso Quellen aus Philosophie, Geschichte und Literatur herangezogen.

Zwischen Eva und Maria: Wo bleibt die Erdenfrau? – Frauenbilder im Wertesystem der katholischen Kirche



Entstanden ist eine Arbeit, die bisweilen schockierendes, aber auch klärendes Material präsentiert. Die ersten zwei großen Kapitelabschnitte sind zwei bedeutenden Frauen der katholischen Kirche gewidmet: Eva, der »Mutter aller Lebendigen«, und Maria, der »Königin des Himmels«. Die beiden Abschnitte lesen sich wie Biographien, die aus Bruchstücken der überlieferten Geschichten zusammengesetzt jeweils ein sehr konkretes Eva- und Marienbild entstehen lassen. Für die Autorin sind die-

se beiden, Eva und Maria, die »Schicksalsfrauen« der Christinnen und Christen geworden. Sie deckt auf, wie Christinnen durch das Überhöhen der beiden Frauen in Rollen der Jungfrau, Ehefrau und Mutter geraten und ständig Konflikten zwischen Anspruch und Wirklichkeit ausgesetzt sind, um diesen Rollen nach christlichen Maßstäben gerecht zu werden.

Vieles ist nicht neu, interessant ist aber, wie Christel Beilmann diesen Konflikt mit kirchlichen, allgemeinen und literarischen Texten illustriert. Vor den Augen der Leserinnen entfaltet sich dadurch ein Bilderbogen von Vorstellungen, wie Frauen zu sein haben, der zeigt, wie tief diese Stereotypen und Wertvorstellungen in unserer Welt verankert sind, jedoch auch, wie Umdeutungen und Kritik versucht werden. Dabei po-

lemisiert die Autorin an keiner Stelle, sie breitet aus und stellt zur Diskussion. So ruft das Buch dazu auf, Auseinandersetzungen zu führen: Wenn sie Frauen gerecht werden wollen, müssen Frauen und Männer ihr durch unsere religiöse Geschichte patriarchalisch geprägtes Menschen- und Gottesbild neu überdenken. In diesem Sinne gibt es auch keine isolierte »Frauenfrage«, denn es wird keine Emanzipation der Frauen ohne eine spezifische Emanzipation der Männer geben, so Christel Beilmann. Männer müssen weiter Macht abgeben; sie sind genauso zum Denken, Selbstreflexion und Handeln aufgerufen! Dieses Buch kann helfen sich prägender Wertvorstellungen und Bildern bewusst zu werden.

Katharina Zell – Eine Frau schreibt Reformationsgeschichte

Unter dem Titel »Geschlechterperspektiven« präsentieren die Herausgeberinnen HEIDE WUNDER und GISELA ENGEL Forschungen zur frühen Neuzeit. Ihre Motivation zu diesem Band liegt vor allem in dem Wunsch, Frauengeschichte und Informationen über Frauen in der Geschichte zu vertiefen und zu vervollständigen. Frauenforschung heißt hier ebenso Geschlechterforschung, d. h. fokussiert wird vor allem das Verhältnis von Frauen und Männern zueinander und die jeweiligen Auswirkungen. Die frühe Neuzeit ist in dieser Hinsicht eine bedeutende Periode, da sie die Phase der Herausbildung der modernen Welt kennzeichnet: In dieser Zeit entstanden neue Herrschaftsordnungen und Herrschaftsformen, neue gesellschaftliche Ordnungen und neue Formen des Wissens und der Wissenschaften. In diese Zeit fallen auch die kirchlichen Reformationsbewegungen. So berücksichtigen die Herausgeberinnen eben auch



die Geschlechterperspektive unter religiösen und spirituellen Aspekten.

Durch die Aufwertung der Laien in der Reformation entstanden neue Räume der Religiosität und Spiritualität für Frauen und Männer unterschiedlicher Schichten und Stände. Frauen hatten zum ersten Mal – mit konfessionellen Einschränkungen – die Möglichkeit auch öffentlich für ihren Glauben einzutreten. Zum Beispiel machen die drei Arbeiten zu Katharina Zell und ihrer Rolle in der Straßburger Reformationsgeschichte deutlich, wie dieses neue weibliche Engagement aussehen konnte:

1523 heiratete Katharina Schütz den Prediger Matthäus Zell. Schon diese Ehe war ein sichtbares politisches Zeichen als eine der ersten Pfarrerehen. Katharina stammte aus einer angesehenen Familie im Straßburger Bürgertum und hatte eine gute Bildung genossen. Sie gehörte zu den ersten, die sich für Luthers Ideen begeisterten, und sie engagierte sich schon früh im Rahmen der Kirche. Dieses führte sie auch in ihrer Ehe weiter, nahm an Gesprächskreisen teil, schrieb Flugblätter, ja, entwickelte so etwas wie eine eigene Theologie. Dabei stieß sie auch in eigenen Reihen auf Widerstand, da sie zu einer sehr spirituell geprägten Theologie neigte, die von dominierenden protestantischen Gruppen in Straßburg ab-

gelehnt wurde. Von dieser Kritik wie auch von Rückschlägen, die der Protestantismus einstecken musste, blieb sie unbeeindruckt und nutzte – selbst wenn ihr das Schreiben zwischendurch verboten wurde – immer wieder die Gelegenheit mit ihren Überzeugungen an die Öffentlichkeit zu treten.

Anders an ihrer Arbeit war, dass Katharina Zell im Unterschied zu ihren männlichen Mitstreitern auch immer wieder die Situation von Frauen thematisierte, deren Verhält-

nis zur Kirche durch die geschlechtsspezifischen Umstände geprägt und eingeschränkt wurde. Auch musste sie sich selbst mit der Rolle der Frau in einer Männerdomäne auseinandersetzen, vor allem als der Protestantismus anfang sich zu etablieren und um Machtpositionen gekämpft wurde. Dabei ist sie allerdings keine Kämpferin für die Frauen geworden: Die Untersuchungen zeigen, dass Katharina Zell dem Kampf für die Reformation alles unterordnete, und dass sie genauso die negativen Frauenbilder ihrer Zeit verinnerlicht hatte, indem sie sich beispielsweise abgrenzt von der angeblich weiblichen Betonung des Äußerlichen durch Schmuck, etc. Die Autorinnen versuchen aus Katharina Zell nicht rückwirkend eine neue Heilige oder eine frühe Frauenrechtlerin zu machen.

Feministische Forschung ist immer wieder ein verstellter Blick vorgehalten worden; das Buch »Geschlechterperspektiven« belegt jedoch, wie wissenschaftlich-fundiert und urteilskompetent feministische Forschung sein kann im Gegensatz zu unreflektierten Ansprüchen auf Allgemeingültigkeit anderer Forschungsansätze. Das Buch ist fachübergreifend angelegt und beinhaltet noch wesentlich mehr interessante Aspekte, leider ist es allerdings für wissenschaftlich ungeübte LeserInnen hier und da auch ein harter Brocken. Durch seinen Ansatz aus der Frauen- bzw. Geschlechterforschung können wir jedoch den genauen situationsspezifischen Blick auf Menschen und einzelne Lebensläufe in der Geschichte neu lernen und eine so interessante Epoche, wie sie die frühe Neuzeit repräsentiert, aus anderen Blickwinkeln kennen lernen.

Christel Beilmann: Eva, Maria, Erdenfrau. Der Verrat an den Frauen durch Kirche und Theologen. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1999 (ISBN 3-87294-829-6).

Heide Wunder und Gisela Engel (Hg.): Geschlechterperspektiven. Forschungen zur Frühen Neuzeit. Ulrike Helmer Verlag, Königsstein/Taunus 1998 (ISBN 3-89741-004-4).

Zwei Eröffnungsreden zur »Wehrmachtausstellung«

ALEXANDRA LÜNSKENS kommentiert Reden von Ivan Nagel und Jan Philipp Reemtsma zur Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«, die als Hörbuch-CD erschienen.

Das vom Verlag Hörbuch Hamburg jüngst angebotene Tondokument zu einer der wichtigsten gegenwärtigen politischen Debatten in Deutschland wird vermutlich wenig Verbreitung finden. Und obwohl ich als Buchhändlerin sogar ein ökonomisches Interesse daran hätte, dass es sich verkaufen ließe, kann ich es guten Gewissens nicht nur anpreisen, denn ich weiß leider allzu gut, dass die interessiertesten KundInnen im Buchhandel nicht die mit den größten finanziellen Mitteln sind, und wenn mensch schon auswählen muss, dann sind zwei Reden und Stückchen Musik für 32 Mark ein vergleichbar schlechtes Preis-Leistungsverhältnis. Diese Feststellung soll niemandem zum Vorwurf gereichen – nicht den AnbieterInnen und nicht jenen, die (sehr zu meinem Bedauern) nicht zu KundInnen und HörerInnen werden. Da aber Hörbücher den Vorteil haben, dass mensch sie in bequemer Körperhaltung zu mehreren Personen gleichzeitig nutzen kann, sei an dieser Stelle der Vorschlag der gemeinsamen Anschaffung, des gemeinsamen Hörens und des anschließenden Gesprächs gemacht. Denn hörensWert ist die CD allemal.

Die Feststellung J. P. Reemtsmas zu Ende seiner Rede, die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« habe der ursprünglichen Intention vieler der gezeigten Bilder, nämlich ihre Helddenposen als das gültige Bild des Krieges in der Nachkriegsgesellschaft zu verankern, einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie dieser Geschichtsschreibung nicht das letzte Wort überlassen hat, möchte ich

als Aufforderung begreifen, die Diskussion nicht abbrechen zu lassen, niemals das letzte Wort gesprochen sein zu lassen, allerdings doch die, mit denen mensch sich in Diskussion begeben hat, ausreden zu lassen.

Gerade diese Haltung habe ich in der Diskussion um die nachgewiesenen Fehler in der Ausstellung vermisst und manchmal schien mir, als wolle all die hektische Aufregtheit nichts anderes, als davon ablenken, dass die grundsätzlichen Aussagen der Ausstellung durch die berechtigte Kritik an einzelnen Bildern nicht berührt wurden. Das ruhige Zuhören, dass die CD gewährt, ist daher ein politisch-akustischer Genuss.

Die beiden zu hörenden Reden wurden anlässlich der zweiten Eröffnung der Ausstellung am 31. Mai 1999 in Hamburg gehalten. Fünf Monate später wurde sie dann vorläufig wieder geschlossen, um die in die Kritik geratenen Bilder überprüfen zu lassen. Zu dieser Diskussion sind daher noch keine Beiträge auf dem »Hörbuch« zu finden.

Recht ausführlich aber geht der erste Redner, Ivan Nagel, auf die Walser-Bubis Debatte ein. »Schuld und Unschuld, Erinnern und Vergessen« hat er seine Rede betitelt, in der er versucht aufzuzeigen, was von nachfolgenden Generationen angesichts der Gräueltaten in der Geschichte erwartet werden darf und was nicht. Als Theaterkritiker, Dramaturg und Professor an der Hochschule der Künste in Berlin findet Nagel seinen Zugang zu den Fragen, die die Ausstellung, die Walser- und die Goldhagen-Debatte aufgeworfen haben, über ein Stück Musik, nämlich die Matthäus-Passion von J. S. Bach.

Nagel ist deutlich geworden, wie es Bach gelingt, die historischen oder legendären Figuren und Ereignisse auf dem Ölberg mit der sich erinnernden Gemeinde einer jeden Zeit zu verbinden. Als Jesus den Jüngern sagt, dass einer unter ihnen ein Verräter sein wird und jeder einzelne von ihnen bestürzt fragt, ob er derjenige sei, antwortet im Choral die heutige Gemeinde – wohl gemerkt alle gemeinsam, aber jede und jeder für sich: »ich bin's«. Ein jedes Gemeindemitglied nimmt für sich an, dass

es selbst der Verräter hätte sein können und werden kann und bereitet sich doch genauso darauf vor, es nicht zu werden, nein zu sagen. Diese Haltung der freiwilligen Reue und die damit verbundene Wachsamkeit nämlich lässt die vielbeschworene Normalität und den von Martin Walser gesuchten Seelenfrieden nicht entstehen.

Das ist gut so, denn aus genau dieser von so vielen geforderten Normalität heraus wurden die Verbrechen der Wehrmacht und nicht allein diese begangen.

»Keiner darf darauf vertrauen, dass die Kraft seiner Seele jedes Mal die Schwäche seiner Persönlichkeit, dass die Normalität seiner Unschuld immerfort und in allen Bedrängnissen dem Druck des Staates, der herrschenden Ideologie, des aufgehetzten Volkes standhalten wird. Jeder fragt: »Herr, bin ich's?«, weil jeder zum Verräter an Überzeugung und Menschlichkeit werden kann, wie denn auch nicht vor 2000, sondern vor 57 Jahren die braven Hamburger Polizisten des 101. Bataillons, – Familienväter, Vereinsbrüder, Kirchgänger vielleicht – also normale Unschuldige, im deutschen Ostfeldzug mit seinen Morden an Juden, Polen und Russen zu Verbrechern an ihren Mitmen-

schen wurden. Wären sie es fast allesamt geworden, wenn sie im Wissen ihrer Anfälligkeit, Hinfälligkeit gelebt, sich und ihren Gott erschrocken gefragt hätten, »bin ich's?«, kann ich zum Schuldigen am Tod von Unschuldigen, kann ich zum Mörder werden? Aber sie waren normal, wie wir Deutschen jetzt wieder werden sollen. Sie fragten sich nicht.«

In der Rezeption der Ausstellung ist der Wunsch nach Normalität – und das heißt letztlich nach einem Ende der Diskussion – sich selbst aufgefressen, indem die Ausstellung, wie J. P. Reemtsma in seiner Rede feststellt, »als Angebot der eigentlichen Geschichte des deutschen Anteils am zweiten Weltkrieg aufgefasst« wurde. Sie war als solches nicht erdacht worden, wurde aber unmittelbar genau so – und daher so schmerzlich – empfunden. Noch einmal Nagel: »Diese Ausstellung hat Geschichte gemacht. Denn deutsche Geschichte der Schreckensjahre machen nicht allein die Taten der Mörder und die Leiden ihrer Opfer, sondern bis heute der Wille und der Mut derer, die unser Wissen um jene Taten unserer Erinnerung an jenen Leiden klären und vertiefen.«

Zwei Reden zur Eröffnung der Ausstellung »Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«. Hörbuch Hamburg, 1 CD, 53 Min., 32 DM

»Drei Irrwege, ein Ausweg?«

DARIUS DUNKER hat sich den Katalog zur Ausstellung »Gerechtes Geld – gerechte Welt« der AG Gerechte Wirtschaftsordnung angeschaut.

Ausgehend von dem Buch »Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« von Helmut Creutz hat die Arbeitsgruppe Gerechte Wirtschaftsordnung eine Ausstellung zur Geldwirtschaft entwi-

ckelt und einen Katalog veröffentlicht, der die rund fünfzig schwarz-weißen Ausstellungstafeln in Postkartengröße abbildet und erläutert.

Die beiden Leitgedanken der Ausstellung sind erstens die Kritik am Zinswesen und – damit verbunden – zweitens die Forderung nach einer Liquiditätsabgabe: »Statt überschüssiges Geld durch Zinsen in den Wirtschaftskreislauf zurückzulocken, sollten Geldblockaden kostenpflichtig werden« (7.9).

In eigenen Abschnitten werden die Themen »Geld und Gerechtigkeit«, »Geld und Wachstum«, »Geld, Krieg und Frieden« und »Geld und Boden« behandelt.

Die Herausgeber konzentrieren sich dabei eine Reform des Geldwesens, obschon sie bereits im Vorwort feststellen, »dass ein (sach-)gerechtes Geldwesen notwendig, aber nicht hinreichende Bedingung für gesellschaftliche Gerechtigkeit ist.« Als Sozialistinnen und Sozialisten werden wir zustimmen, »Die Macht des Geldes in unserer Gesellschaft lässt sich durch geldpolitische Maßnahmen allein nicht abbauen, da sie gleichzeitig Ausdruck unserer geistig-seelischen Verfassung und Merkmal unserer noch unterentwickelten Demokratie ist.«

Dass aber Sozialismus nur in Form eines »Staatssozialismus, verstorben an Sklerose« erwähnt wird, scheint mir recht einseitig. Die Tafel »Drei Irrwege – EIN AUSWEG«, die jenem Staatssozialismus noch »Kapitalismus (Zinswirtschaft), krebsskrank« und die »verbrannte Erde des Faschismus« zuordnet, und als Ausweg einzig die »sozial-ökologische Bewegung« hochleben lässt, ist sicher der Tiefpunkt der Ausstellung. Hier wurde – auch gestalterisch – Didaktik mit Propaganda verwechselt: Man mag sich nicht vorstellen, was etwa in einer Schulklasse anhand dieser Tafel diskutiert wird.

Ein weiterer Schwachpunkt der ansonsten wirklich guten und didaktisch brauchbaren Ausstellung sind die gewiss gut gemeinten Bemerkungen zur antisemitischen

Propaganda: »Die berechtigte Forderung ›Brechung der Zinsnechtschaft‹ missbrauchten die Nationalsozialisten als antisemitisches Propagandainstrument. Statt den Strukturfehler des Geldes zu beheben, erklärte Hitlerdeutschland die Juden zum Sündenbock, ermoderte sie und zementierte das Tabu des ungelösten Geldproblems.« Eine derart verknäppte Darstellung reproduziert das antisemitische Bild vom jüdischen Wucherer, ohne es substantiell zu kritisieren. Ein eigener Abschnitt zu diesem Thema oder seine Ausklammerung wären sinnvoller gewesen.

Abgesehen davon umfasst der siebte Teil der Ausstellung Zitate zu »3000 Jahren Kritik am Zins«, angefangen bei Mose (Dtn. 23,20), über Aristoteles (»Durch Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.«), Jesus (Lk 6,35), Silvio Gesell (»Christentum und Zins sind glatte Widersprüche«), bis hin zu John Maynard Keynes, obschon letzterer mehr zur Abgrenzung vom Marxismus denn vom Zins herangezogen wird mit dem Zitat, »Ich

glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.«

Der letzte Abschnitt schließlich trägt den Titel »Was können wir tun?«. Hier setzen die Herausgeber auf Wissen und Information, nennen aber auch Projekte eines anderen Umgangs mit Geld vor, etwa Tauschringe und Leihgemeinschaften.

Die HerausgeberInnen empfehlen, die Tafeln für Schulunterricht oder Erwachsenenbildung vergrößert auf Folie zu kopieren. Sie sind aber auch als A4-Drucke erhältlich, die noch weiter zu Ausstellungstafeln vergrößert werden können. Die einzelnen Tafeln enthalten meist nur eine Hauptthese oder Frage, eine Abbildung und darunter drei weitere Fragen, die zum Nachdenken und Diskutieren anregen, ohne zu einfache Antworten vorzugeben (vgl. Abb. unten). Zumindest viele der Tafeln dürften sich sehr gut für Bildungsarbeit mit Jugendlichen oder Erwachsenen eignen.

Der Katalog im Format A5 quer ist für 6 DM erhältlich beim Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 73087 Bad Boll (Telefon 07164/3573), die Kopiervorlagen aller Tafeln im Format A4 kosten 10 DM, mit den Erläuterungen 18 DM.

Zeichen der Zeit

WILLY SPIELER VON UNSERER SCHWEIZERISCHEN SCHWESTERZEITSCHRIFT »Neue Wege« veröffentlichte einen Brief an Oskar Lafontaine anlässlich dessen Buches »Das Herz schlägt links«

Lieber Genosse Lafontaine!

Dank ein paar freien Tagen bin ich endlich dazu gekommen, Ihr Buch »Das Herz schlägt links«* mit der ihm angemessenen Sorgfalt zu lesen. Gerne gebe ich hier meine Eindrücke wieder, die weit tiefer gehen, als ich nach verschiedenen Rezensionen und Reaktionen erwarten konnte. Das Buch wird allzu rasch als eine blosse Rechtfertigungsschrift für Ihren Doppeltücktritt als Finanzminister und als Vorsitzender der SPD abgetan. Aber es ist weit mehr als ein Plädoyer in eigener Sache. Es zeigt die Risse auf, die heute nicht nur durch die SPD gehen, sondern die letztlich auch die ganze europäische Sozialdemokratie entzweien. Auf der einen Seite wächst die Zahl sozialdemokratischer Politiker und Politikerinnen, die im Mainstream neoliberaler Wirtschaftsdogmen mitschwimmen und sich im Konvertiteneifer der von Marx zum Markt Bekehrten gleich noch die antisozialistischen Versatzstücke des politischen Gegners aneignen. Auf der andern Seite gibt es eine grundsatztreue Basis, für die nicht einfach alles falsch sein kann, was die Arbeiterbewegung mit ihren Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität 100 Jahre lang erstrebt und teilweise auch erreicht hat. Für diese Basis ist »Das Herz schlägt links« ein ermutigendes Buch, da es eigenständige sozialdemokratische Perspektiven für Deutschland, für Europa und für eine neue Weltwirtschaftsordnung aufzeigt.

Gerne möchte ich den Leserinnen und Lesern mitteilen, wie ich nach der Lektüre dieses Buchs Ihren Rücktritt verarbeite, wie sehr ich mit Ihrer Kritik am Neoliberalismus

innerhalb der eigenen Reihen übereinstimme, und was ich mit Ihnen, aber auch von Ihnen für die Sozialdemokratie der Zukunft erwarte. Seitenblicke auf die gegenwärtige Auseinandersetzung in der SP Schweiz sind nicht ganz zufällig. Leider kann ich nicht auf Ihre Kritik am Nato-Krieg im Kosovo eingehen. Ich hoffe, es biete sich dazu noch eine andere Gelegenheit, denn mit Ihnen bin ich der Meinung, dass diese »humanitäre Intervention« für die internationale Staatengemeinschaft ein Rückfall in das »Recht des Stärkeren« war.

Seitenblick auf die SPS

Natürlich macht den Leser oder die Leserin besonders betroffen, was Sie zur Vorgeschichte Ihres doppelten Rücktritts als Finanzminister und als Vorsitzender der SPD schreiben. In Ihrem Buch verkommt das Bundeskanzleramt zur Intrigenküche gegen den Parteivorsitzenden. Die Vereinbarung, dass alle wichtigen Entscheidungen im Einvernehmen zwischen Bundeskanzler und Parteivorsitzendem getroffen werden sollte, galt schon bald nichts mehr: »Absprachen wurden nicht eingehalten, die Regierungsarbeit wurde nicht koordiniert, der für eine erfolgreiche Regierungsarbeit notwendige Teamgeist war nicht vorhanden.« Sie müssen sich immer wieder der Heckenschützen aus dem Kanzleramt erwehren. Es heckte offenbar auch das Schröder/Blair-Papier aus, das sich ideologisch von der Sozialdemokratie verabschiedet, um statt dessen in der Sackgasse einer Marktwirtschaft pur, einer ohne Adjektive und Alternative, zu landen.

Ähnliches erleben die Schweizer Genossinnen und Genossen zur Zeit im Konflikt um ihre Parteipräsidentin Ursula Koch. Nur geht das innerparteiliche Gerangel nicht von einem Regierungsgebäude aus, sondern von sozialdemokratischen Parlamentsmitgliedern, die ihre unbestreitbaren Fähigkeiten mehr für die Eigenprofilierung einsetzen als für die Grundwerte der Partei. Gewiss

Die Welt ist verteilt



Landlose

Weltweit werden 75% des Landes in Privatbesitz von nur 2,5% aller Landbesitzer kontrolliert - mit welcher Rechtfertigung?

Die Welt ist verteilt. Die meisten haben einen Platz. Wer etabliert ist, fordert vom Staat die Sicherheit seines Besitzstandes.

Zugleich gibt es immer mehr Menschen, die ihren bisherigen Ort verlassen wollen oder müssen - aus kulturellen oder ökonomischen Gründen, aus staatlichem Zwang, aus Sicherheitsgründen. Als Flüchtlinge, als Boat-People, erwarten sie Aufnahme in der Fremde, dort, wo Eingesessene sie argwöhnisch betrachten, weil sie von ihnen eine Beeinträchtigung ihres Besitzes befürchten.

Unsere Bodenordnung zementiert die Besitzstände. Sie gibt den Eigentümern ewige Rechte. Der Konflikt zwischen denen, die Boden haben, und denen, die ihn brauchen, ist damit programmiert. Wir brauchen daher eine Bodenordnung, in der nicht allein früherer Erwerb, sondern vor allem heutiger Bedarf die Zuordnung und Verteilung bestimmt.

muss Solidarität nicht Kritiklosigkeit bedeuten, aber ebenso gewiss sollte Kritik die Solidarität nicht verletzen. Eine wenig hilfreiche Kritik kommt auch von ehemaligen Parteipräsidenten der SPS, die eh nur gut finden, was sie selbst vollbracht haben. Es fällt ihnen offenbar schwer, eine Nachfolgerin zu ermutigen, die sich nicht zuschade ist, die lokalen Sektionen zu besuchen und mit ihnen über eine grundwertorientierte Zukunft der Partei zu diskutieren. Statt auf diese Qualität einer Basisfrau mit hohem ethischem Anspruch zu setzen, wird die ganze Grundwertediskussion von den Alt-Präsidenten und von Teilen des Parteiapparates mit einem müden Lächeln quittiert.

Das geht soweit, dass der Programmkommission, die den Diskurs über die Grundwerte und ein neues Programm führen und vor allem anregen sollte, kein Geld, geschweige denn ein professionell arbeitendes Sekretariat zur Verfügung gestellt wird. Die SP Schweiz ist wohl die einzige sozialdemokratische Partei, für die sich das eigene Programm »nicht rechnet«. Der Satz, dass nichts wert ist, was nichts kostet, wird hier umgekehrt: Um die Programmarbeit als wertlos vorzuführen, darf sie auch nichts kosten. Ich weiss, wovon ich spreche, da ich selbst Mitglied dieser Programmkommission bin. Sie waren der Geschäftsführende Vorsitzende der Programmkommission der SPD. Ihre Erfahrung mit dem Grundsatzprogramm 1989 zeigt, dass eine grosse linke Volkspartei zerfällt, wenn sie sich nicht auf gemeinsame Grundwerte, auf gemeinsame Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft verständigen kann.

Die Parallele zwischen der Vorgeschichte Ihres Rücktritts und den Angriffen auf die Präsidentin der SPS besteht in der Glaubwürdigkeitslücke einer Partei, die Solidarität in der grossen Politik verwirklichen will und nicht einmal in der Lage ist, Solidarität in den eigenen Reihen zu praktizieren. Sie, lieber Genosse Lafontaine, bringen es auf den

Punkt, wenn Sie schreiben, es gehöre zur Tradition der SPD, »ihren Mitgliedern das Gefühl zu geben, dass sie in einer Gemeinschaft von Menschen angekommen sind, die füreinander eintreten wollen«. Und weiter: »Aus dieser Tradition heraus erklärt sich die Anrede Genossinnen und Genossen. Solidarität und Mitmenschlichkeit müssen das Innenleben der SPD bestimmen. Wie oft versagen wir dabei durch Gleichgültigkeit oder Selbstsucht.« So gibt es bei Ihnen wie bei uns »Genossinnen und Genossen«, denen »die eigene Medienpräsenz... wichtiger ist als das Gesamtinteresse der ...Sozialdemokratie, die keiner als Trampolin für eigene hohe Sprünge missbrauchen darf«. Sie übernehmen dieses – leider verallgemeinerungsfähige – Zitat von Hans-Jochen Vogel.

Fragen zum Rücktritt vom Präsidium der SPD

Doch zurück zu den Umständen Ihres Rücktritts. Entscheidend war für Sie nicht so sehr der politische Graben, der sich zwischen Ihnen und dem Bundeskanzler auf tat. Darüber hätten Sie vielleicht hinwegsehen können, wäre es nicht zugleich ein Graben zwischen der gewählten Regierung und ihren Wählerinnen und Wählern gewesen.

Sie unterscheiden zwischen dem Ministerrücktritt, der zur »demokratischen Kultur« gehöre, wann immer ein Mitglied der Regierung mit deren Politik nicht einverstanden ist, und dem »Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden«. Die Unterscheidung ist wichtig, denn ich meine, der Ministerrücktritt sei plausibler gewesen als der gleichzeitige Rücktritt vom Präsidium der SPD. Sie argumentieren für die Unvermeidlichkeit des Zusammenhangs beider Rücktritte: »Ein ständiger Streit zwischen Bundeskanzler und Parteivorsitzendem hätte der Regierung und der SPD sehr geschadet.« Erlauben Sie mir dazu ein grosses Fragezeichen.

Sie begründen Ihre Entscheidung mit der Abkehr der rot-grünen Regierung vom Wahl-

versprechen, »mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land zu verwirklichen« und damit »nicht nur einen Regierungswechsel, sondern auch einen Politikwechsel« anzustreben. Sie mussten feststellen, dass der Kanzler und seine Entourage eine andere Politik verfolgten, als sie den Wählerinnen und Wählern versprochen worden war. Sie schreiben: »Es ist einfach nicht seriös, im Herbst 1998 gegen »soziale Kälte« zu Felde zu ziehen, um im Frühjahr 1999 die Sozialdemokratie zu verabschieden.« Gerade darum aber meine ich, hätten Sie nicht auch vom Amt des Parteivorsitzenden zurücktreten sollen. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, den Kanzler und die Regierung im Namen der Partei an die Wahlversprechen zu erinnern und notfalls die Konfrontation nicht zu scheuen. Dadurch dass Sie kapitulierten, war niemand mehr da, der dieses Wahlversprechen hätte durchsetzen können.

Sie argumentieren zwar, dass die Partei ja schliesslich nicht Sie, sondern Schröder als Kanzlerkandidaten nominierte. Ihr Rücktritt vom Parteivorsitz wäre demnach als Akt der Loyalität gegenüber Gerhard Schröder und gegenüber der Partei, die ihn als Kanzler wollte, zu werten. Aber, und hier gibt es ein grosses ABER: Wie steht es dann mit der Loyalität gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die ihm das Mandat für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit erteilt haben? Wenn schon der Kanzler und seine Regierung diese Loyalität verletzen, wäre es dann nicht erst recht Auftrag der Partei, die – auch in ihrem Namen – Regierenden an die Versprechen zu erinnern, für deren Einlösung sie gewählt wurden? Und wie anders, besser, hätte die Partei diesen Auftrag wahrnehmen können als unter Ihrer Führung? Dass Schröder nun den Parteivorsitz übernommen hat, honoriert das gebrochene Wort gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Was ist überhaupt von einem SPD-Vorsitzenden zu halten, der sich vor der Kanzlerkür »die Zustimmung der Medien da-

durch erworben hatte, dass er sich immer wieder abfällig über die Partei und ihr Programm äusserte?»

Neoliberalismus in den eigenen Reihen

Kaum hatten Sie Ihren Posten geräumt, ist der sozialdemokratische Damm gegenüber der neoliberalen Flutwelle geborsten. Am 8. Juni 1999 wurde kurz vor der Europawahl das Schröder/Blair-Papier veröffentlicht. Jetzt können Sie gegen den damit verbundenen »radikalen Kurswechsel der rot-grünen Koalition zum Neoliberalismus und das Vom-Tisch-Nehmen der Wahlversprechen« nur noch ein Buch schreiben. Das Buch soll uns immerhin eine Lehre sein, uns, das heisst auch der Sozialdemokratie in andern europäischen Ländern. Es geht, wie Sie schreiben, um einen »fundamentalen Richtungsstreit«.

Es geht um die Auseinandersetzung mit dem, wie Sie schreiben, »einheitlichen Denken«, das nur noch die Gesetze des Marktes gelten lässt«. Sie erinnern an Lezsek Kolakowskis »Der Mensch ohne Alternative«, diesen »Aufschrei gegen stalinistische Denkverbote«. Bald sind wir wieder soweit, wenn das vermeintliche »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) sich mit der strukturellen Gewalt neoliberaler Globalisierung durchsetzen sollte. Warum sind die »intellektuellen Linken« nicht zur Stelle, die als erste auf diese Zerstörung der (politischen) Freiheit im Namen der (ökonomischen) Freiheit reagieren müssten? Sie sprechen gar von einer »geistigen Kapitulation«.

Bereits Ihre Mannheimer Rede 1995, mit der Sie Rudolf Scharping im Präsidium der SPD ablösten, trat den »neoliberalen Ideen« in den eigenen Reihen entgegen, diesem »Standortgejammere«, das zur Rechtfertigung von Sozialabbau, Lohnkürzungen und Steuersenkungen bemüht wird. Es geht vom verstaubten Rezept aus, dass jedes Angebot eine Nachfrage schaffe. »Die Weisheit, dass derjenige, der irgendwo eine Kneipe oder

einen Laden aufmacht, sich erst fragt, ob er genug kaufkräftige Kunden hat, ist der angebotspolitischen Glaubensgemeinschaft nicht zu vermitteln. Sie ist fest davon überzeugt, dass die Investoren Vertrauen schöpfen, wenn soziale Leistungen gekürzt werden, in den öffentlichen Haushalten gespart und Lohnzurückhaltung geübt wird.« Sie zitieren dagegen das schöne Wort von »Bruder Johannes« (Rau), dass die Sozialdemokratie die »Schutzmacht der kleinen Leute« sei. In dieser Rolle hat sich die Arbeiterbewegung im Bewusstsein der Menschen verankert. »Mit Sprüchen wie: Die sozialen Leistungen sind zu hoch, die Löhne sind zu hoch, die Arbeitsbedingungen müssen noch flexibler werden, und die Arbeitnehmerrechte müssen weiter abgebaut werden, kann kein Sozialdemokrat Wahlkämpfe bestehen.«

Im Schröder/Blair-Papier sehen Sie eine »derart rasante und waghalsige ideologische Wende«, wie es sie »wohl noch nie gegeben« habe. Sie weisen nach, dass dieses Papier nicht einmal Anthony Giddens gerecht wird, dessen Thesen für Blairs »Dritten Weg« es wiedergeben sollte. Denn Giddens verlangt eine politische und nicht nur eine ökonomische Globalisierung. Er spricht von einer »Regulierung der Finanzmärkte« und des Welthandels, von der die Autoren des Schröder/Blair-Papiers nichts zu wissen scheinen. Zur ökologischen Erneuerung der Gesellschaft trägt Giddens ebenfalls mehr als nur Platitüden vor. Bei ihm findet sich auch nichts von einer »historisch blinden Diffamierung des Sozialstaats« (wie im Schröder/Blair-Papier). Nochmals, diese »ideologische Wende« hätten Sie verhindern müssen und als SPD-Vorsitzender auch am ehesten verhindern können. Dass Sie es nicht getan haben, bleibt als Vorwurf bestehen. Daran kann auch Ihr redliches Buch nichts ändern.

Neoliberalismus in der SPS ? – ein (weiterer) Seitenblick

Kürzlich hatten wir auch in der Programmkommission der SP Schweiz eine Auseinandersetzung mit diesem Papier, das in Tobias Kästli einen, wenn auch einsamen Befürworter fand. Ich erwähne hier seinen Namen, weil er unter Protest aus der Kommission austrat und nun in den Chor der Kritiker an der Parteipräsidentin einstimmt: Es gehe ihr nur darum, der Parteibasis eine Art Schutzimpfung »gegen die neoliberale Seuche« zu verpassen, schreibt er in der neusten Ausgabe der Roten Revue. Die Präsidentin wolle die Kommissionsmitglieder wie »Barfussärztinnen und -ärzte in die Sektionen schicken, um überall nach einem vorgegebenen Schema die Grundwertedebatte anzuzetteln«. Richtig ist, dass der Genosse Kästli vergeblich versucht hat, der Programmkommission die Schröder/Blair-Linie beliebt zu machen. Ein derartige Kurswechsel wäre jedoch der Anfang vom Ende einer selbstbewussten linken Bewegung, als die sich die schweizerische Sozialdemokratie noch immer versteht – unter Einschluss selbst der vehementesten Kritiker der Grundwertedebatte aus dem Umfeld des Alt-Präsidenten Bodenmann.

Gewiss, der Prozess eines Parteiprogramms ist langwierig, wenn die Diskussion in den Sektionen gesucht – und gerade nicht gesteuert bzw. »angezettelt« wird. Es wäre soviel einfacher, ein Papier auszuarbeiten, das dann in die »Vernehmlassung« ginge. Noch effizienter wäre es, wenn die Präsidentin selbst ein Grundsatzpapier verfasste, um der Partei den ideologischen Tarif durchzugeben. So wie Kästli Vorbilder Schröder und Blair es taten...

Auch unseren Genossinnen und Genossen, die das süsse Gift des Neoliberalismus schlürfen, als sei es »eine diskussionwürdige Position« (Kästli), möchte ich Ihr Zitat aus dem Godesberger Programm der SPD entgegenhalten: »Wer in den Grossorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionen-

werte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, der übt Herrschaftsmacht über Menschen aus... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Grosswirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht... Die Bändigung der Macht der Grosswirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik... Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet.« Warum wird diese Wahrheit umso mehr verschwiegen, je aktueller sie wäre?

Vorrang der Arbeit vor dem Kapital

Was mich besonders beeindruckt, ist Ihr Beharren auf dem sozialethischen Vorrang der Arbeit vor den Gesetzen des Marktes und den Interessen des Kapitals. Sie kritisieren schon den Begriff »Arbeitsmarkt«, denn er verleite zur »Vermutung, dass sich Arbeitskräfte, also Menschen, auf einem Markt feilbieten, auf dem dann irgendwelche Kaufwilligen, also Unternehmer, diese Menschen beschäftigen.« Es folgt Ihr trotziges ABER: »Aber der Mensch ist keine Ware.« Sie entwickeln eine besondere Sensibilität für die Sprache und deren ideologische Besetzung: »Im Zusammenhang mit Menschen Wörter zu benutzen, die eigentlich nur auf Dinge anwendbar sind, zeigt den Verlust an Menschlichkeit in der Politik.«

Die letzte Perversion erfährt dieser »Arbeitsmarkt«, wenn er auch noch »flexibilisiert« werden soll, so dass »mit Menschen disponiert werden kann wie mit Warenbeständen oder mit Geldbeträgen«. Mit Richard Sennett sind Sie der Meinung, »flexible Arbeitsverhältnisse« führten »zur Zerstörung des Charakters und zum Verlust der Selbstachtung«. Sie führen aber auch zu einer »Mentalität der Unsicheren« und dadurch zum Verlust der

Freiheit: »Um frei zu sein, braucht man eine feste Arbeit.«

Den neoliberalen Standortpropheten halten Sie entgegen, »die Löhne und Arbeitsbedingungen der Menschen seien nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs zu betrachten«. Und: »Der Neoliberalismus, der den Arbeitnehmer auf eine Kostenstelle reduziert, hantiert mit sozialem Sprengstoff und rüttelt an den Grundfesten unserer westlichen Zivilisation.« Dabei geht es nicht nur um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit, sondern auch um die Zukunft der Demokratie: »Wo der Geldwert vor der Beschäftigung rangiert, ist die Notenbank wichtiger als die demokratisch gewählten Regierungen.«

Eine globale Sozialdemokratie

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist heute nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen möglich. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist das Kapital am sozialen Frieden und dessen Voraussetzungen nicht mehr sonderlich interessiert. Seine Interessen kann es dank Globalisierung schonungslos durchsetzen. Und bist du nicht willig, so brauche ich Sachzwänge. Darum wollen Sie die Soziale Marktwirtschaft zunächst einmal auf der europäischen Ebene »offensiv vertreten«. Sie setzten sich schon im Wahlkampf dafür ein, dass der Sozialabbau in Europa durch »gemeinsame soziale Standards« überwunden werden sollte. Sie sind bald noch der einzige namhafte Politiker der SPD, der den »internationalen Steuersenkungswettlauf« nicht als »gottgegeben« hinnimmt. Der Vorschlag einer europäischen Steuerharmonisierung trug Ihnen von der britischen SUN den Ehrentitel ein, Sie seien der »gefährlichste Mann Europas«.

Sie betonen immer wieder, »dass die Idee des Nationalstaates nicht mehr die Grundlage für eine zukunftsweisende Politik im ausgehenden 20. Jahrhundert sein kann«. Heute sei vielmehr »eine Politik gefordert, die an

die Tradition des sozialdemokratischen Internationalismus anknüpft und die die sozialen und ökologischen Fragen der nationalen Frage überordnet«. Wie recht Sie haben, zeigt die »Anarchie der Finanzmärkte«, die »ganze Volkswirtschaften in die Krise« stürzt, den Menschen »Elend und Massenarbeitslosigkeit« bringt. Wiederum geht es um Markt versus Demokratie: »Nicht die Märkte, sondern demokratische gewählte Regierungen und Parlamente müssen die Entscheidungen treffen, die die Zukunft unserer Gesellschaft bestimmen. Schritt für Schritt muss eine auf internationaler Zusammenarbeit aufbauende Weltinnenpolitik die Antworten auf die Globalisierung geben.«

Wie die Deregulierung der Kapitalmärkte eine politische Entscheidung war, so können, ja müssen deren verheerende Folgen auch wieder durch politische (Re-)Regulierungen bekämpft werden. Sie schreiben: »Schon die Gründerväter der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien wussten, dass eine Gesellschaft dann nicht gerecht ist, wenn die Gewinne privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden.« Genau das geschieht heute auf dem globalen Finanzmarkt, indem der IWF Steuergelder aufbringt, um das Risiko unverantwortlicher Spekulationen zu »verstaatlichen«. Darum sehen Sie als Ziel einer sozialdemokratischen Weltinnenpolitik »eine neue und faire Weltwirtschaftsordnung, die sich an den Grundsätzen der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft orientiert«. In der Tobin-Tax, die den kurzfristigen Kapitalverkehr besteuert, liegt auch für Sie »der Schlüssel«, »um der weltweiten Finanzspekulation Herr zu werden.«

Leider ist es Ihnen nicht gelungen, »aus der Position des deutschen Finanzministers auf eine Neuordnung der Weltfinanzmärkte hin(zu)wirken, um die Währungsspekulation zu bekämpfen«. Aber das Kapital hat Sie ernst genommen. Der »Spiegel« schrieb nach Ihrem Rücktritt: »Lobbyisten und Wirtschaftsverbände triumphierten über Lafontaines Abgang, als gelte es, den zweiten Sieg des Kapitalismus

über die Planwirtschaft zu feiern.« Jetzt haben Sie das Feld einem Kanzler überlassen, dem an der Hätschelung des Kapitals mehr liegt als an sozialer Gerechtigkeit, der schon »die Regierung Jospin mit der schnodderigen Bemerkung brüskierte, die Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich sei gut für Deutschland.«

Wenn ich Ihr Buch lese, kommt mir die Alternative »Sozialismus oder Barbarei« von Rosa Luxemburg in den Sinn. Barbarei droht, wenn es nicht gelingt, ein »europäisches Sozialstaatsmodell« zu entwickeln und sowohl soziale als auch ökologische Standards auf Weltebene einzuführen. Es wird vor allem eine »Barbarei« des Rechtsextremismus sein: »Radikale Parteien werden Zulauf erhalten, wenn die sozialdemokratischen Regierungen Europas die einmalige Chance verpassen, dem Neoliberalismus, der zu dramatischen Währungs- und Finanzkrisen geführt hat, ein sozialdemokratisches Gesellschaftsmodell gegenüberzustellen.«

Wie weiter?

Eben habe ich im »Spiegel« gelesen, dass Sie möglicherweise ein politisches Comeback planen. Aber eigentlich sehe ich Sie nicht mehr in der Rolle des aktiven Politikers, sondern in derjenigen des programmatischen Vordenkers. Wenn schon die »deutschen Intellektuellen« nicht zur Stelle sind, um Alternativen zum Neoliberalismus zu entwickeln, dann ist es um so wichtiger, dass intelligente Politiker wie Sie, die es vorziehen, radikal statt korrupt zu werden, dem System an die ideologischen und vor allem egoistischen Wurzeln gehen. Schön wär's, wenn demnächst ein Lafontaine/Jospin-Papier als sozialdemokratische Alternative zum neoliberalen Mainstream zustande käme. Es könnte auch ein Lafontaine/Jospin/Koch-Papier sein, denn die Präsidentin der SPS teilt Ihre Abneigung gegen neoliberale Grundsatzlosigkeit. Sie würde – mutatis mutandis und bestimmt nicht in der Vergangenheits-

form – Ihren Satz unterschreiben: »Den Aufstand gegen den neoliberalen Mainstream zu wagen, das war der Kern meiner Arbeit als Parteivorsitzender der SPD.«

Wie ich Ursula Koch kenne, würde sie ein solches Papier allerdings erst herausgeben, wenn sie es zuvor mit der Basis hätte diskutieren können. Sie verstösst damit gegen das »eherne Gesetz der Oligarchie«, das 1925 Robert Michels in seiner »Soziologie des Parteiwesens« an den Organisationen der Arbeiterbewegung studierte und das, sich auch heute wieder durchzusetzen scheint. Für diesen Tabubruch muss die Präsidentin der SPS denn auch büßen. Die einfachen Mitglieder aber wissen es zu schätzen. Ein alter Genosse schrieb mir dieser Tage: »Die Besinnung auf die Grundwerte muss von der Basis her wie ein Sauerteig von unten alle Mitgliederkreise durchdringen.«

Aber das ist nicht das Thema Ihres Buchs, wiewohl es zu den Weiterungen dieses Themas gehört. In der ganzen Kontroverse begegnen sich letztlich auch der Wärmestrom und der Kältestrom in der Linken. Bei aller Analyse und Strategie wissen Sie sich dem Wärmestrom verbunden. Sie haben es bei Ihrem Rücktritt gesagt: »Das Herz wird noch nicht an der Börse gehandelt. Aber es hat einen Standort. Es schlägt links.« Ich danke Ihnen.

Mit solidarischen Grüßen
Willy Spieler

Oskar Lafontaine, Das Herz schlägt links, Econ Verlag, München 1999, 317 Seiten. Die Zitate sind alle diesem Buch entnommen.

Diesen Beitrag entnehmen wir mit freundlicher Unterstützung »Neue Wege«, Nr. 3 vom März 2000.

Briefe an die Redaktion

Bedingungsloser Schuldenerlass ist nicht erwünscht

(Zu »Gegen den Hurrikan der Armut« von Wolfram Treiber, CuS 1/2000, S. 25ff.)

Liebe Redaktion,

ich habe mich gefreut, dass sich CuS 1/2000 mit der Frage des Schuldenerlasses für Nicaragua befasst hat. Allerdings muss ich zu dem Artikel von Wolfgang Treiber einige Anmerkungen machen:

Die Erlassjahrkampagne tritt nicht für die Entschuldung von 38 Ländern ein, wie Treiber schreibt, sondern für die Reduzierung der Schulden aller hoch und mäßig verschuldeten Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen auf ein tragfähiges Niveau. Diese etwas sperrige Definition der Welt-

bank betrifft im Moment 66 Länder, darunter große Mitteleinkommensländer wie Brasilien, Argentinien, Indonesien u.a.. Die von uns vorgeschlagene Tragfähigkeitsgrenze (Tragfähigkeit lässt sich ex ante nicht bestimmen, sondern nur schätzen) liegt bei 5% der jährlichen Exporteinnahmen, nicht bei 10% wie Treiber vermutet. (Weltbank und Bundesregierung sind inzwischen übrigens auch nicht mehr bei 20-25%, sondern bei 15%).

Gravierender als solche Ungenauigkeiten in der Darstellung ist allerdings das seltene Plädoyer für einen »vor allem bedingungslosen Schuldenerlass«. Der Autor wäre gut beraten, an diesem Punkt die Positionen nichtstaatlicher Organisationen und sozialer Bewegungen aus den betroffenen Ländern zur Kenntnis zu nehmen (u.a. auch

aus Nicaragua), die auf eine bedingungslose Streichung zugunsten ihrer korrupten Regierungen (in diesem Fall des Herrn Alemán) keinen Wert legen.

Vollkommen sinnlos (und garantiert nicht von Pedro Morazán) ist die Aussage, Nicaragua bekäme nach HIPC-II lediglich einen Erlass von 100 Mio. seiner Forderungen, weil die Post-Cut-Off-Forderungen nicht einbezogen würden (alle Ex-DDR-Forderungen sind vor dem ersten Gang des Landes in den Pariser Club entstanden), lediglich kleinere Hermes-Bestände resultieren aus der Zeit danach. Nach den letzten Schätzungen würde durch eine Behandlung unter HIPC-II einschließlich der inzwischen absehbaren vollständigen Streichung aller Post-Cut-Off-Date-Forderungen durch die Bundesregierung der verbliebene Schuldenstand etwa halbiert.

Die Kölner Initiative ist mit Sicherheit unzulänglich und kritikwürdig: eine weniger schlampige Recherche hat sie trotzdem verdient.

Herzliche Grüße

JÜRGEN KAISER,
Koordinator Erlassjahr 2000

Nicht mit dem Zivi

(Zu »50 Jahre CuS« von Ulrich Peter, CuS 1/2000)

Im o. g. Heft heißt es im Beitrag von Ulrich auf der Seite 76, Spalte 2, 2. Absatz, »Es entsteht in Jürgen Finnerns Bielefelder Studentenfarramt, und sie sind zu dritt: Jürgen, sein Zivildienstleistender und die Druckmaschine.«

Es trifft zu, daß die Hefte damals im Druckkeller der Räume des Ev. Studentenpfarramtes Bielefeld hergestellt wurden. Aber der Zivildienstleistende war nie dabei – das hätte ich als eine unzulässige Vermischung von Dienstauftrag und politischer Arbeit bewertet. Vielmehr habe ich abends – oder nachts – die Hefte gedruckt unter Ver-

wendung der von den Resos bezahlten Materialien und ebenso hat dann die Ortsgruppe (vor allen Irene und Siegfried Katterle, Ursula Finnern, Reinhard Gaede, und Klaus Kreppel) die Blätter zu Heften zusammengelegt, geheftet und versandfertig gemacht. Manches Ortsgruppentreffen verbrachten wir so des abends oder nachts im Keller.

JÜRGEN FINNERN

Im eigenen Saft schmoren

(Zu CuS allgemein)

Mir gefällt das Heft, aber ich habe zwei Anmerkungen: Mir scheint, daß Ihr etwas zu sehr im eigenen Saft schmort.

Artikel aus der Geschichte von Sozialismus und Christentum sind interessant, aber sie sollten in einer Quartalszeitschrift nicht einen übermäßigen Raum beanspruchen. Wäre es nicht gut, mehr Tagespolitik hereinzubringen, innen- und außenpolitisch? Mal einen Versuch starten.

Mit freundlichen Grüßen
THOMAS NIPPE



Im Netz geht's weiter:

www.brsd.de

Autorinnen und Autoren

Friedrich-Martin Balzer ist Studienleiter a.D. und als Schüler von Wolfgang Abendroth Historiker.

Elisabeth Bohlken-Zumpe wuchs als Enkelin von Eberhard Arnold auf den Bruderhöfen auf. Heute lebt sie in den Niederlanden.

Annelie Buntenbach ist Mitglied der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen des Deutschen Bundestages.

Klaus Dräger ist Mitglied der sozialistischen Fraktion im Europaparlament.

Darius Dunker ist Sprecher der Juso-Hochschulgruppen in Nordrhein-Westfalen und Redakteur von CuS.

Udo Fleige ist Lehrer für Biologie und Evangelische Religionslehre in Tübingen und Redakteur von CuS.

Hans Küng ist Theologe und Kirchenkritiker in Tübingen.

Alexandra Lünkens ist Buchhändlerin in Aachen.

Dörte Münch ist Referendarin für Deutsch und Religion an einer Gesamtschule in Oberhausen und Redakteurin von CuS.

Heinz Röhr ist emeritierter Professor für Theologie und war viele Jahre im BRSD-Vorstand.

Hermann Scheer ist Bundestagsabgeordneter der SPD.

Willy Spieler ist Redakteur von »Neue Wege – Beiträge zu Christentum und Sozialismus«, dem Organ der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz.

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leserinnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur Ausnahmen Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf PC. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zu senden:

- ohne besondere Gestaltung in einer der PC-üblichen Textformate (RTXT oder DOC) auf einer PC-formatierten 3½-Zoll-Diskette oder per Mail an CuS@dunker.de

- Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheidet die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Aktuelle Friedenspolitik und christliche Friedensvision

Eine gemeinsame Tagung von BRSD, Pax Christi,
Versöhnungsbund und Kommende Dortmund

29. Sept. bis 1. Okt. 2000 in Dortmund

— siehe Seite 26 —

**Abonnement
und Retour:**

BRSD e.V.
Martina Ludwig
Hohensteiner Str. 12
09117 Chemnitz

WARUM BIN ICH ALS CHRIST SOZIALIST? WARUM WIRD EIN MENSCH SOZIALIST? THESEN VON HELMUT GOLLWITZER

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.

(Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)